



# Sachsen-Anhalt 2020

Innovation und soziale Gestaltung  
für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt

Die Linkspartei.PDS  
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt





Wulf Gallert

# Sachsen-Anhalt 2020

Innovation und soziale Gestaltung  
für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt

**DIE LINKE.** **PDS** *Fraktion im Landtag  
Sachsen-Anhalt*



# Inhalt

Einleitung.....	4	Erschließung neuer Geschäfts- und Beschäftigungsfelder .....	22
<b>Sozialökonomische Grundlagen und Schlussfolgerungen für die künftige Landesentwicklung .....</b>	<b>7</b>	Neue Pfade zur Rückkehr in die Erwerbsarbeit ....	28
Wo wir herkommen – sachsen-anhaltische Regionen als politische, geistige und wirtschaftliche Zentren, als Ausgangspunkte von kultureller und technischer Innovation .....	7	Umbau, Öffnung und Erweiterung der Arbeitswelt .....	30
Größe und Zerstörung .....	8	Bildung: Das Tor in die Zukunft öffnen.....	35
Fehlentscheidungen gestern – Herausforderungen heute .....	9	Sachsen-Anhalt zum europäischen Hochschulstandort ausbauen .....	40
Voraussetzungen und Aufgaben .....	13	Regionen und Räume – differenzierte Entwicklung, kooperatives Handeln .....	42
<b>Konturen und Ansatzpunkte einer zukunftsträchtigen Entwicklung .....</b>	<b>17</b>	Sozialpolitische Schwerpunktvorhaben: Vorsorge und Teilhabe statt Nachsorge und Isolation .....	47
Stabilisierung einheimischer Unternehmen auf zukunftsfähiger Grundlage – Fundament für eine künftige innovations- getragene Entwicklung .....	17	Staat, Kommunen, Bürgergesellschaft: stabilisieren und wandeln .....	51
Einbettung überregional tätiger Unternehmen in regionale Kontexte – Von der Förderung industrieller Kerne zur Gestaltung innovativer Räume .....	19	Öffentliche Finanzen, Modernisierung von Haushaltsrecht und Förderkulisse .....	57
		<b>Allianz für ein innovatives Sachsen-Anhalt .....</b>	<b>62</b>

## Einleitung



Sachsen-Anhalt ist unter den deutschen, auch den ostdeutschen Bundesländern nach wie vor eines der großen Sorgenkinder. Alles, was im Osten schlimm ist, scheint hier immer noch etwas schlimmer als anderswo: Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Unternehmenslücke, Staatsverschuldung, Tristesse. Gewaltige Ressourcen wurden aufgebracht – mit unzureichendem Ertrag für die Gesellschaft. Die Transferabhängigkeit des Landes bleibt bestehen; nur 40 Prozent des Landeshaushalts stammen aus eigenem Steueraufkommen. Lassen wir die Dinge so laufen, wie sie derzeit laufen, so ist eine Veränderung zum Besseren nicht absehbar.

Keine demokratische Partei im Lande kann sich dieser Herausforderung durch bloßen Fingerzeig auf die politische Konkurrenz entziehen. An der Bilanz des Landes sind wir alle mehr oder weniger stark durch Phasen von Regierungsverantwortung in Land und Bund bzw. als Tolerierungspartner beteiligt; jede Kritik ist also auch immer ein Stück Selbstkritik.

Das Wissen darum ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass es in Sachsen-Anhalt so ausgeprägt wie in kaum einem anderen Bundesland seit etwa drei Jahren eine intensive Zukunftsdebatte gibt. Obwohl sich in Sachsen-Anhalt auf parlamentarischer Ebene in der zweiten und dritten Wahlperiode des Landtags jeweils eine Enquetekommission mit der Zukunftsfähigkeit Sachsens-Anhalts befasste, wurde eine intensive öffent-

liche Zukunftsdebatte erst durch den Wahlkampf 2002 ausgelöst, als durch die CDU mit dem Bild von der »Roten Laterne« die schwierige Lage des Landes ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt wurde. Mit einem medial stark beachtetem Strategiepapier hat die SPD dann bewusst gemacht, wie begrenzt die Ressourcen und wie tief die Krise des Landes ist – und die Frage nach der (Über-)Lebensfähigkeit des Landes generell aufgeworfen.

An dem Grundproblem des Landes hat sich dennoch nichts geändert: Die Entwicklung stagniert auf einem ökonomisch und sozial unakzeptablen Niveau. Erfolge bleiben eingekapselt und entwickeln eine viel zu geringe Strahlkraft. Die kulturelle und soziale Spaltung schreitet voran, Deklassierung und Degeneration drohen, die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern wie die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von Institutionen und Ritualen der Verfassungswirklichkeit und der Wirtschaftsordnung nehmen zu.

Es ist an der Zeit, in der Zukunftsdebatte zwei wichtige Schritte zu tun:

Erstens muss eine eigenständige und selbsttragende Perspektive für Sachsen-Anhalt formuliert werden, die die Zielfunktion politischer Entscheidungen neu bestimmt, Aufgabe und Rolle des Staates zeitgemäß definiert und die gewährleistet, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt stärker als bisher selbst zum Träger dieser Entwicklung werden können.

Deswegen muss – zweitens – diese Perspektive von den Menschen her gedacht und gemeinsam mit ihnen entwickelt werden.

Es ist lange genug über die strukturellen Grenzen, über die Dynamik der Verluste und über die Nöte der Politiker geredet worden. Doch Sachsen-Anhalt – das sind eben nicht in erster Linie Strukturen, Zahlenreihen und ein Korsett aus Gesetzen und Verordnungen. In erster Linie ist Sachsen-Anhalt Herkunfts- und Lebensort von zweieinhalb Millionen Menschen zwischen Altmark und Burgenland, zwischen Chemiedreieck und Harz. Sachsen-Anhalt – das sind Menschen, Kommunen,

Regionen. Und zwar in Mitteldeutschland, in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union.

Sachsen-Anhalt gibt es nicht der Politik wegen – sondern es gibt die Politik, damit vernünftige und demokratisch legitimierte Entscheidungen über Heute und Morgen dieser Region getroffen werden. Aus der Lebenslage der Menschen und ihren Zukunftsinteressen erwachsen die Handlungszwänge der Politik. Sie sind das Bestimmende – nicht die von der Politik auf unterschiedlichsten Ebenen selbst geschaffenen »Sachzwänge«.

Der Anspruch ist einfach: für alle ein Leben in Würde und mit Perspektive, ohne Not und Angst in Sachsen-Anhalt. Jetzt und erst recht künftig. Für das gute Leben aller ist entscheidend, ob es das gute Leben jedes/jeder Einzelnen gibt. Wie es um die Aussichten darauf steht. Das gilt innerhalb Sachsen-Anhalts – es gilt aber ebenso für die äußeren Verhältnisse des Landes.

*Eine erste wichtige Aufgabe künftiger Landespolitik wird es also sein, diesen Anspruch auch gegenüber der EU und dem Bund zur Geltung zu bringen – aktiv und drängend.*

Es geht nicht darum, Verantwortung abzuschieben. Sicher: Sachsen-Anhalt ist als deutsches Bundesland in Bund und EU integraler Bestandteil eines Rechtssystems, eines arbeitsteiligen Kompetenzgefüges und einer Werte- und Solidargemeinschaft. Und es ist auch richtig, dass die Probleme des Landes sowohl Teil umfassender gesellschaftlicher und ökonomischer Umbrüche als auch Folge politischer Fehlentscheidungen, falscher Weichenstellungen und bundespolitischer Versäumnisse der letzten anderthalb Jahrzehnte sind.

Die erste Forderung ist aber nicht der Ruf nach mehr Geld, sondern nach den richtigen Rahmenbedingungen, nach Planungssicherheit einerseits und nach der Öffnung von Handlungsspielräumen andererseits.

Die Landespolitik muss in die Lage versetzt werden, kreativer und wirksamer auf die Entwicklung im Lande hinzuwirken. Und sie muss dann auch selbst tatsächlich kreativer und wirksamer sein.

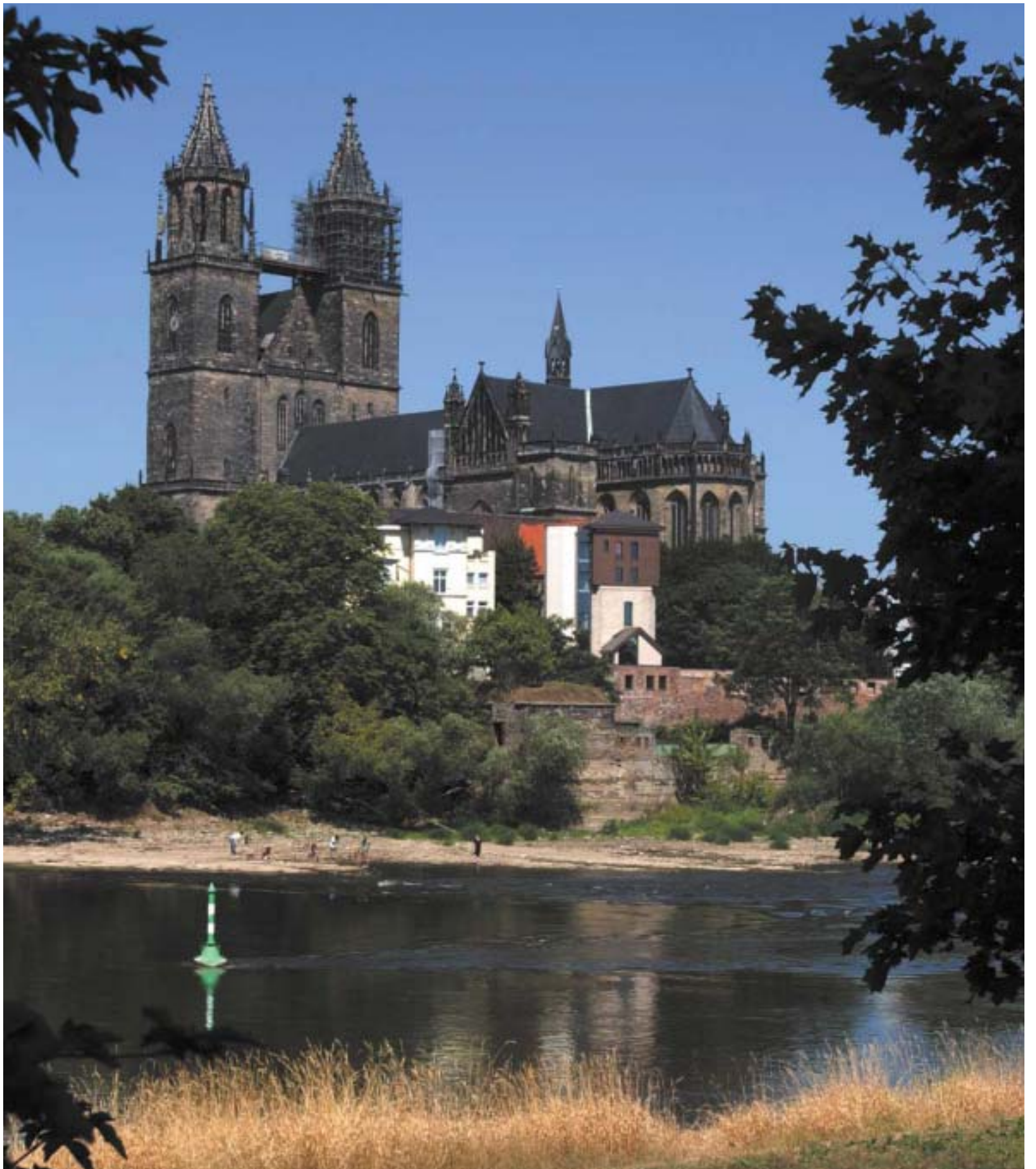
*Die zweite wichtige Aufgabe künftiger Landespolitik besteht also in der eigenen Erneuerung. Kein Aufbruch im Lande ohne einen neuen Aufbruch in der Politik – aber auch nicht ohne einen Aufbruch engagierter Bürgerinnen und Bürger, verantwortungsbewusster Unternehmen, von Verbänden und Initiativen in die Politik.*

Den Weg zu einem künftigen guten Leben kann man nicht beschreiten mit dem Blick zurück oder nach Wes-

ten. Unser Land hat vielfältige, große und wichtige Traditionen – und es ist Teil des Westens, der Verfassungsordnung, des Wirtschafts- und Sozialsystems der Bundesrepublik Deutschland. Darauf aufbauend gilt es, einen Weg in eine Zukunft zu bestimmen und zu begehen, die *vor* uns liegt – nicht hinter uns, nicht westlich von uns. Einen Weg, der nicht nur nach glücklichen Umständen den Begünstigten offen steht und andere, abgehängt in der Tristesse von Armut, Beschäftigungslosigkeit und kultureller Begrenzung, zurücklässt.

Auf diesen Weg machen wir uns aus dem Herzen Ostdeutschlands heraus – in besonderer Nähe zu Sachsen und Thüringen, partnerschaftlich verbunden mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, in guter Nachbarschaft zu Niedersachsen und den anderen westdeutschen Ländern.

*Wulf Gallert*



## Sozialökonomische Grundlagen und Schlussfolgerungen für die künftige Landesentwicklung

### Wo wir herkommen – sachsen-anhaltische Regionen als politische, geistige und wirtschaftliche Zentren, als Ausgangspunkte von kultureller und technischer Innovation

Das heutige Sachsen-Anhalt gehörte über tausend Jahre und länger zu einer Schlüsselregion für die politische, geistige, kulturelle und ökonomische Entwicklung Deutschlands. Schon während der Bronzezeit und der Eisenzeit wurde in der Gegend von Halle/Saale Salz gewonnen. Bei Nebra entsteht das frühzeitliche Observatorium, das die Himmelsscheibe beherbergt. Aus einer Salzsiedersiedlung des 9. Jahrhunderts wird die spätere Hansestadt Halle. Magdeburg war für Otto I. im 10. Jahrhundert nicht nur die wichtigste und liebste Kaiserpfalz, sondern auch Ausgangspunkt für die Missionierung der Slawengebiete östlich der Elbe und die Befriedung der hiesigen Grenzen. Dort liegt Havelberg – das erste ostelbische Bistum, noch vor Magdeburg zum Bischofssitz erhoben.

Zwei Jahrhunderte später inspiriert das »Magdeburger Recht« von 1188 europaweit das Stadtrecht. Magdeburg wird Hansestadt. Auch Merseburg war Pfalzort und wichtiger Handelsplatz. Die Neuzeit beginnt in Wittenberg mit Martin Luther, Friedrich dem Weisen und Philipp Melanchthon; die Reformation verändert die Welt. Während ein Jahrhundert später der Dreißigjährige Krieg Deutschland verwüstet, so auch Magdeburg, entwickelt hier Otto von Guericke die Vakuumpumpe und präsentiert ihre Wirkung mit den »Magdeburger Halbkugeln«. Durch die Beobachtung von Luftdruckveränderungen gelingt es ihm, Unwetter vorherzusagen – und er wird zum Vorvater der Meteorologie. 1672 entwickelte er die erste Maschine zur Erzeugung einer elektrischen Ladung.

Ende des 17. Jahrhunderts werden in Magdeburg Georg Philipp Telemann und in Halle Georg Friedrich Händel geboren. In den darauf folgenden beiden Jahrhunderten steigt Halle zu einem Zentrum des deutschen Geisteslebens auf – hier lehren u. a. Christian Thomasius und Christian Freiherr von Wolff; hier stu-

dieren Joseph von Eichendorff, Clemens Brentano und Johann Ludwig Tieck – allesamt später führende Vertreter der deutschen literarischen Romantik. 1754 promoviert an der Universität Halle erstmals in Deutschland eine Frau (im Fach Medizin).

Im 18. Jahrhundert gewinnt auch Dessau rasch an Bedeutung. Nachdem unter Leopold I. ein zukunfts-trächtiges Wirtschaftsregime entstanden war, leitete sein Enkel Leopold III. Friedrich Franz umfassende Reformen ein. Die Stadt wird zu einem Zentrum der deutschen Aufklärung, deren Geist sich bis heute im Dessau-Wörlitzer Gartenreich niederschlägt. Basedow geht von Dessau aus daran, das Schulwesen in Deutschland neu zu gestalten – das 1774 gegründete »Philanthropinum« wird zum ersten Modell einer staatlichen, auf Naturwissenschaften und praktisches Leben orientierten Schule in Deutschland.

Mit der industriellen Revolution beginnen auch Magdeburg, Dessau und die heute zu Sachsen-Anhalt gehörenden Teile des Mitteldeutschen Industriereviere einen rasanten Aufstieg. Maschinenbau und Flugzeugindustrie entstehen in Magdeburg und Dessau, aber auch in Halle. Die Saale-Stadt profitiert nicht mehr nur vom Salz und vom Kali-Bergbau des Umlandes, sondern es siedeln sich Ziegeleien, Zuckerfabriken und Maschinenbau-Unternehmen (Pumpenwerk, Waggonbau) an. Im Gebiet Bitterfeld/Wolfen, Leuna/Lützendorf/Schkopau und Piesteritz entsteht ab Ende des 19. Jahrhunderts das Chemiedreieck – begünstigt durch reiche Vorkommen an Braunkohle, Kali- und Steinsalze, ab dem Ersten Weltkrieg aber auch durch beträchtliche staatliche Intervention und Förderung. Ab den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickeln sich die Unternehmen mehr und mehr als Teil des nazistischen Kriegsapparats – Kampfflugzeuge und Giftgas stehen dafür.

Eng mit der Chemie verknüpft, wird der Braunkohlenbergbau zum dominierenden Wirtschaftszweig in der Region. Die Eckpunkte des Chemiedreiecks bilden die Werke in Leuna, Bitterfeld/Wolfen und Piesteritz.

Die Börde hat nicht nur die fruchtbarsten Böden Deutschlands und ein günstiges Klima im Windschatten des Harzes – so entwickelte sich nicht nur eine leistungsstarke Landwirtschaft, es entstand darum herum auch eine starke verarbeitende Industrie. Seit mehr als einem Jahrhundert wird in der Region Nordharz/Börde auch die Pflanzenbiotechnologie entscheidend mit vorangetrieben. Die Saatzuchtbetriebe genießen Weltruf; gemeinsam mit der chemischen Industrie gehören sie zu den Wegbereitern der Biotechnologie.

### Größe und Zerstörung

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges war das Gebiet der späteren DDR dem Westen deutlich überlegen: »Die Industrieproduktion je Einwohner lag bei 725 Reichsmark – im Westen waren es nur 609 Reichsmark. Mitteldeutschland war vor 1945 das ökonomische Kraftzentrum des Reiches...«<sup>1</sup> Dieses Niveau hat die Region, zu der auch große Teile des heutigen Sachsen-Anhalt gehören, nie wieder erreicht. Kriegszerstörungen, Reparationslieferungen und der Fachkräfteverlust an den Westen waren Mitte vorigen Jahrhunderts die entscheidenden Gründe dafür.

»Zehntausendfach gingen dem Osten nach 1945 mit den Menschen Forschergeist und Marketingwissen sowie Geschäftsideen und Firmenkonzpte verloren, um im Westen neu zur Entfaltung zu kommen. Dank dieses Potenzials sind der Bundesrepublik nach der »Stunde Null« vermutlich 360.000 Unternehmen und Gewerbe zugewachsen. Ohne die Zuwanderung hätte die Industrieproduktion im Westen 1975 um etwa 18 Prozent niedriger gelegen – wobei in diesem Wert nicht einmal die zwischen 1945 bis 1950 angekommenen Flüchtlinge und Aussiedler berücksichtigt sind.«<sup>2</sup>

Die DDR-Führung hat dennoch und auch mit Erfolg an die wirtschaftliche Leistungskraft der Region angeknüpft. In den Bezirken Magdeburg und Halle – etwa das Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt – waren große und leistungsstarke Großunternehmen der Chemie, des Schwermaschinen- und Anlagenbaus, der Braunkohlegewinnung und Energieerzeugung, des Schienenfahrzeugbaus, der Kupfergewinnung und -verarbeitung und der Baustoffgewinnung sowie eine hoch produktive Landwirtschaft ansässig. Gleichwohl erwies sich dieses Erbe Ende der 80er Jahre vielfach als eine schwere Hypothek. Es gab sehr wohl eine Vielzahl Betriebe mit modernen Ausrüstungen – dennoch war der Grundmittelbestand infolge der verfehlten

Wirtschaftspolitik der SED insgesamt überaltert und z.T. völlig verschlissen.

Mit und nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vollzog sich so gerade im Land Sachsen-Anhalt mit seiner Konzentration von Schwerindustrie ein Deindustrialisierungsprozess von bis dahin historisch unbekannter Dimension. Die Trennung von den Hauptmärkten in Osteuropa infolge der deutsch-deutschen Währungsunion, die marktradikale Treuhand-Politik und die Überzeugung der Kohl-Regierung, die bloße Übertragung des westdeutschen Erfolgsmodells auf die neuen Bundesländer im Osten – modifiziert durch einige neoliberale Deregulierungsmuster – würde hier ein zweites Wirtschaftswunder generieren, erwiesen sich als grobe Fehlkalkulationen mit vernichtenden Folgen, zumal sie tiefer greifende technologische und weltwirtschaftliche Umbrüche ausblendeten. Schon Ende 1991 waren das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Osten Deutschlands auf zwei Drittel und die Industrieproduktion auf ein Drittel des Niveaus von 1989 abgesunken.<sup>3</sup> In Sachsen-Anhalt verschwand fast die vollständige, über ein Jahrhundert hinweg gewachsene Großindustrie bzw. schrumpfte auf einen Bruchteil zusammen – insbesondere bezüglich der Zahl der Beschäftigten. Die Industriedichte (Industriearbeitsplätze je 1000 Einwohner) sank auf die Hälfte des Wertes der alten Bundesländer (40 im Osten, 80 im Westen). Besonders dramatisch und existenziell bedrohend war und ist die Zerstörung des wirtschaftsnahen, produktionsbezogenen Forschungs- und Entwicklungspotenzials. Schon 1994 war das personelle Potenzial auf 17,3 Prozent des Niveaus von 1989 abgestürzt; später folgte eine leichte Erholung. Ein durch Förderung und Subventionierung künstlich erzeugter Bauboom führte zu einer überproportionalen Ausdehnung der Kapazitäten in allen Gewerken; mit Versiegen der Subventionsgelder und Schwächung der Kommunal Finanzen brach der Boom zusammen. Der Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen in der Baubranche hält immer noch an.

Alles in allem führten in den 90er Jahren die marktradikale Abwicklungspolitik der Treuhand und der weitestgehend der Anlage- und Expansionsstrategie

<sup>1</sup> Supergau Deutsche Einheit, DIE WELT, 7. März 2005

<sup>2</sup> Supergau Deutsche Einheit, DIE WELT, 7. März 2005

<sup>3</sup> S. Wenzel, Was war die DDR wert? Versuch einer Abschlussbilanz...

westlicher Investoren überlassene Aufbau einer marktwirtschaftlichen Wirtschafts-, insbesondere Industriestruktur im Osten zu einer Filialwirtschaft, die die Erzeugnisstrukturen und Produktionskapazitäten westdeutscher industrieller Produzenten ergänzt und erweitert, sowie zu einer strukturell verfestigten Transferökonomie. Daran ändern auch die erheblichen finanziellen und sonstigen Interventionen des Bundes seit Anfang der 90er Jahre zugunsten des Chemiedreiecks nichts. Auch die beträchtlichen und spürbaren Aufwendungen von Bund und Land zum Aufbau einer hochmodernen Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur erzeugten nicht die erhofften Sogwirkungen auf Investoren. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in Sachsen-Anhalt bleibt stark fragmentiert, innovative Ansätze in wissensbasierten Technologiefeldern sind noch zu schwach, um dem Arbeitsmarkt wirksame Impulse zu geben. Strukturschwache Regionen und Landesteile haben weiter an Boden verloren. Die Grundlagen für einen selbsttragenden Aufschwung sind noch nicht ausreichend. Ginge man nach den Maßstäben des Westens, dann fehlen für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung laut wirtschaftswissenschaftlicher Expertisen ca. 15 bis 20 Mrd. Euro BIP jährlich, 100.000 Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt und ca. 20.000 bis 30.000 Unternehmen.

Sachsen-Anhalt bleibt angesichts dessen wie die anderen Ostländer *auf Transfers angewiesen*. Der Landeshaushalt wird nur zu etwas mehr als 40 Prozent aus Steuereinnahmen gedeckt; Zuweisungen des Bundes, anderer Länder, der EU sowie Kreditaufnahmen machen den »Rest« aus. Die Entwicklung des eigenen Steueraufkommens wird auch künftig bestenfalls gedämpft verlaufen, schon weil die Einwohnerzahl – wichtige Bemessungsgröße für die Transfers – im Zuge der unabwendbaren »demografischen Echos« der Geburtenausfälle der 90er Jahre weiter sinkt. Schon jetzt hat Sachsen-Anhalt nach Berlin die höchste Pro-Kopf-Verschuldung unter den neuen Ländern und wurde im Jahre 2004 »Schuldenmeister« unter allen Flächenländern – Ost wie West. Die Schuldentilgung begrenzt den landespolitischen Handlungsspielraum für zukunftsichernde Aufgaben.

Im Zeitraum von 2005 bis 2019 kann das Land auf den Solidarpakt II bauen, aber die zugesagten Mittel werden – beginnend bereits 2007 – vereinbarungsgemäß deutlich abschmelzen. Die Möglichkeit darüber hinausgehender Transferzahlungen würde sich erst längerfristig nach einer grundlegenden Änderung der

ökonomischen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen innerhalb der Bundesrepublik und auf der EU-Ebene ergeben. Wir werden uns dafür einsetzen. Die Landespolitik in Erwartung eines solchen Erfolges auszurichten, wäre jedoch reiner Zweckoptimismus. Die Zukunft lässt sich nur gewinnen, wenn die knappen und knapper werdenden Mittel zugunsten von Zukunftsinvestitionen gebündelt und an klaren Prioritäten ausgerichtet werden.

### **Fehlentscheidungen gestern – Herausforderungen heute**

Ein selbsttragender Aufschwung misst sich nicht allein an quantitativen Wachstumskennziffern, sondern in erster Linie an der Fähigkeit im Lande, Innovation und Zukunft zu öffnen und hierfür Menschen zu motivieren. Das setzt eine glaubwürdige Überwindung politischer Fehlentwicklungen und die Formulierung klarer Alternativen voraus.

Bereits 1990 – zum Zeitpunkt der Vereinigung – war zu erkennen, dass sich ehemals erfolgreiche Modelle, Lösungen, Regeln und Institutionen der Alt-Bundesrepublik überlebt hatten, nur noch begrenzt zukunfts-tauglich waren. *Die politische Dynamik dieser Zeit wie auch die dominierenden Interessenlagen in beiden Teilen Deutschlands führten jedoch dazu, dass der Aufbau Ost als Nachbau West konzipiert wurde. Verkannt und verdrängt blieb, dass die Transformation Ostdeutschlands eingebettet ist in übergreifende Transformationen und Herausforderungen.*

Mit »Globalisierung«, »Übergang von der industriellen zur wissensbasierten Gesellschaft«, »Wandel der Arbeitsgesellschaft« werden diese übergreifenden Herausforderungen beschrieben. Sie verlangen nach Strukturveränderungen und neuen Entwicklungswegen: einem Umbau der Wirtschafts- und Arbeitsstrukturen, dem nachhaltigen Einsatz von Energie und Ressourcen, konstruktiven Antworten auf den demografischen Wandel der Alters- und anderer Sozialstrukturen. Diesen Herausforderungen einer »doppelten Transformation« ist mit der rigiden Übertragung des gesamten Institutionengeflechts der alten Bundesrepublik nicht entsprochen worden. Die später zunehmenden Reformtendenzen in die Richtung einer neoliberalen »Flexibilisierung« vertieften die Konflikte und weisen den falschen Ausweg.

Der Entwicklungspfad des »Nachbaus West« und neoliberaler Experimente engten die Suche nach kreativen, eigenen Entwicklungswegen – nach wirtschaft-

licher und gesellschaftlicher Innovation für unser Land – stark ein. Er brachte Sachsen-Anhalt nicht auf den Weg einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung. *Das Land braucht deshalb einen Richtungswechsel.*

Erforderlich ist ein *neuer Entwicklungspfad, der durch Innovation – im wissenschaftlich-technischen wie vor allem umfassenderen gesellschaftspolitischen Sinne – geprägt ist, die sich so auch als soziale Gestaltung erweist.*

Eine Wende zu einer auf umfassende Innovation zielenden Politik ist insbesondere deshalb erforderlich, weil einzig auf dieser Grundlage die Wertschöpfungszuwächse zu erreichen sind, die unser Land benötigt, um seine Handlungsspielräume auch bei abschmelzenden Solidartransfers zu bewahren. Wie der Verband innovativer Unternehmen nachweist, erwachsen in diesem Bereich aus einem Euro Forschungsinvestitionen zehn bis fünfzehn Euro Umsatz; allein in den Jahren von 1998 bis 2000 stieg in den Mitgliedsunternehmen der Umsatz um 88 Prozent, der Export um 68 Prozent – und die Beschäftigtenzahl um 20 Prozent. Diese Bilanz zeigt auch: Lohn, Arbeit und Kapital als klassische Produktionsfaktoren können durch den neuen Produktionsfaktor Wissen in jeder Hinsicht eine erhebliche Aufwertung erfahren – und in der Kombination Nachfrage auslösen. Dann ist langfristig auch nicht mehr allein das Lohnniveau der so genannten »Tiger-Staaten« in Asien oder Osteuropa der alleinige Maßstab wirtschaftlichen Handelns. Innovative Produkte, Technologien und Geschäftsmodelle verlangen qualifizierte Produzenten – das setzt dem Lohndumping gleichwertigen Druck aus innovativen Entwicklungen entgegen.

Von allein, also zwangsläufig und automatisch, wird es zu einem solchen neuen Entwicklungspfad aber nicht kommen. Realistisch betrachtet sind angesichts der Lage in unserem Land sehr unterschiedliche Entwicklungsszenarien möglich. Politik und Gesellschaft stehen in der Verantwortung, den besten dieser Wege zu wählen und alles zu tun – erst dann kann die Landesentwicklung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden.

#### **Szenario 1: Zwischen »Weiter so!« und Resignation**

CDU und FDP setzen auch angesichts der Zuspitzung der bisherigen Probleme des Landes auf die Kontinuität ihrer bisherigen Politik und stützen sich dabei auf die punktuellen, aber in ihrer Wirksamkeit begrenzten

Erfolge der ersten anderthalb Jahrzehnte seit der Vereinigung. Es gibt durchaus interessante, bedenkenswerte Vorschläge, aber insgesamt wird der Regierungskurs von der Erwartung geprägt, mit dem Kurs von Anpassen und Aufholen gegenüber dem Westen doch noch einen Durchbruch zu erzielen, sowie von einem gewissen Fatalismus angesichts der Folgen der absehbaren Verknappung insbesondere finanzieller Ressourcen bestimmt. Damit fehlt den Konzepten der Regierung und der sie tragenden Parteien der Atem der Zukunftsfähigkeit. Es fehlt am Gesamtkonzept, das den neuen Herausforderungen gerecht wird.

Nicht anders sieht es in der öffentlichen Debatte aus, wenn Gestaltungsmöglichkeiten für das Land generell bestritten werden. Vielfach scheint angesichts anhaltender Abwärts- oder Schrumpfungsspiralen keine Umkehr mehr möglich, Resignation macht sich breit. Es scheint, als habe sich Sachsen-Anhalt endgültig von Entwicklungsperspektiven verabschiedet und als neige zu passiver Sanierung – mit Verödung von Regionen und Verlust des Humanpotenzials. »Hilfe von außen« sei der einzige Ausweg; die Potenziale des Landes scheinen aufgebraucht.

#### **Szenario 2: Öffnung zum Neoliberalismus – Auszehrung der Potenziale unseres Landes**

Eine solche Richtungsänderung zeichnet sich seit einigen Jahren in Deutschland generell wie in unserem Land ab – ein *Umbau der gesamten Gesellschaft nach neoliberalen Vorzeichen*. Wertschöpfung und Gewinnsteigerung der Wirtschaft werden zur dominierenden gesellschaftlichen Zielgröße, der Seiltanz völliger »Eigenverantwortung« ohne Netz wird zur (a)sozialen Maxime. Vieles von dem, was heute als Reform ausgegeben wird – von Hartz IV bis zur Unternehmenssteuerreform – stellt nur einen Scheinausweg dar und wird langfristig innovative Entwicklungsansätze untergraben. Kurzfristig sind höchstens zweifelhafte Erfolge einzufahren.

Der neoliberale Kurs führt zu einer Gesellschaft, mit der soziale Mehrheiten, ganze Generationen und nicht wenige Regionen an Erfolgen gesellschaftlicher Entwicklung nicht mehr teilhaben werden. Eine solche Gesellschaft kann für sich nicht beanspruchen, eine innovative Gesellschaft zu sein, denn sie verschleudert ihr wichtigstes Potenzial. Gerade *weil wir Innovationen wollen und diese für gesellschaftliche Entwicklung unverzichtbar sind*, lehnen wir den Weg einer neoliberalen Gesellschaft sozialer Polarisierung und



Ausgrenzung ab. Der globale Wettlauf um Niedriglohn und Deregulierung sozialer, kultureller und ökologischer Standards ist für Sachsen-Anhalt nicht zu gewinnen.

### Szenario 3: Innovation und soziale Gestaltung – Erlangung von Zukunftsfähigkeit

Das dritte ist jenes Szenario, das wir aus den vorhandenen Entwicklungspotenzialen ableiten und für das politische und gesellschaftliche Handeln in unserem Lande vorschlagen. Es besteht in einer Richtungsänderung, die Sachsen-Anhalt langfristig auf den Weg einer zukunftsfähigen Entwicklung bringt. Dies ist nicht leicht, denn die Voraussetzungen hierfür in Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft oder gerade jene im Landshaushalt sind kompliziert. Wo aber die materiellen Ressourcen knapper werden, müssen immaterielle Ressourcen mit mehr Energie erschlossen werden. Recht und Gesetz sind elementare Handlungsgrundlagen für Staat und Gesellschaft – wo sie verantwortungsbewusstes und sozial engagiertes Handeln blockieren, behindern oder in die falsche Richtung lenken, müssen sie erneuert, nicht abgeschafft werden. Soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat sind gerade in Umbruchzeiten unverzichtbar – sie müssen funktionstüchtig bleiben und auf die neuen Herausforderungen zugeschnitten werden. Risiken können nicht ausgeschaltet werden – aber ihre Folgen für die Menschen müssen Gegenstand von Politik, Inhalt einer neuen sozialen Idee sein. Dabei geht es um mehr als halbwegs annehmbares Essen und Wohnen. Es geht heute mehr als früher um Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, um Kommunikation, um Beteiligung am Fortgang der Wissensgesellschaft. Hier ist ein neuer gesellschaftlicher Konsens gefragt, nicht staatliche Verordnung.

*Unsere* strategische Vision für 2020 heißt, Sachsen-Anhalt auf den Kurs eines innovativen und damit zugleich sozial stabilen Landes zu bringen, eines Landes, in dem auch die jungen, leistungsfähigen Menschen wieder bleiben wollen, weil sie ihre Zukunft gestalten können.

Das heißt zunächst: Abschied von vertrauten und scheinbar zwingenden Denk- und Entscheidungsmustern. Es ist eben nicht so,

- dass mehr (v. a. finanzieller) Input in wirtschaftliche und soziale Prozesse allein und automatisch mehr Output schafft,

- dass allein immer mehr technische Infrastruktur lange Reihen von Investoren anlockt,
- dass staatliche Strukturpolitik ein verabscheuungswürdiges planwirtschaftliches Übel sei,
- dass dort, wo das gute Leben sich nicht von sich aus einstellen will, nur der Staat hinreichend viel gutes Geld geben muss, um die Dinge zu kompensieren,
- dass Entwicklungsperspektiven, Maßstäbe und politische Handlungsmuster erfolgreich unter der Prämisse zu bestimmen sind, man müsse den guten westdeutschen Durchschnitt in Sachsen-Anhalt einführen, und
- dass das Wechselspiel der Parteien ausreicht, die Politik hinreichend zu erneuern.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hat für sich einen weitreichenden Paradigmenwechsel vollzogen:

- Unser Anspruch ist, *von der nachsorgenden Sozialpolitik zu einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik* umzusteuern. Wir wollen, dass die Politik aus der Falle herauskommt, mit hohem Aufwand und mit immer geringerem Effekt jene Wunden in der Gesellschaft heilen zu müssen, die sie zuvor mit einem *Festhalten an überlebten Strukturen* und mit *Reformen in der falschen Richtung* selbst geschlagen hat.

- Wir sagen selbstbewusst: *Nicht Kopie, sondern Innovation* – in allen Bereichen: von den wirtschaftlichen bis zu den sozialen Technologien. Überlebte Strukturen sehen wir in einem erstarrten Wirtschafts- und Sozialmodell; die falschen Reformen beruhen auf dem Irrglauben, dass ein ungezügelter Kapitalismus den neuen Aufschwung und mehr Arbeitsplätze brächte. In Wahrheit entstehen auf diesem Weg immer tiefere soziale Verwerfungen, die mit den bisherigen Mitteln des Sozialstaates nicht mehr zu lösen sind. Stattdessen geht es uns um eine neuartige Kombination der verschiedenen Entwicklungspotenziale. Diese neue Entwicklungsphilosophie ist der Dreh- und Angelpunkt unseres Konzepts »Sachsen-Anhalt 2020«.

- Deswegen werben wir für ein *Umschwenken von alleiniger staatlicher Verantwortung zu einem kooperativen Stil, zu Akteursbündnissen aus Politik, Bürgergesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft*. Unser strategisches Konzept für das Land verlässt die tradierte Interessen- oder Klientelpolitik und setzt auf die breite Entfaltung zivilgesellschaftlicher Allianzen und demokratischer Akteure. Was wir brauchen, ist ein Wandel der Institutionen – statt bürokratischer Bevormundung

gesellschaftliche Innovation – und ein Wandel der Mentalitäten – statt Abwarten Aktivität. »Entstaatlichung« geht in diesem Sinne nicht mit dem Abbau von öffentlicher Verantwortung einher, sondern definiert gesellschaftliche Verantwortung in einer neuen Balance von Staat und Bürgerengagement.

### Voraussetzungen und Aufgaben

Eine solche politische und gesellschaftliche Wende muss allerdings damit beginnen, die Voraussetzungen im Lande auf den dafür notwendigen Stand zu bringen. Sachsen-Anhalt steht nicht am Punkt null – eine Basis für einen solchen neuen Entwicklungspfad ist durchaus gegeben, wenn auch nicht ausreichend stabil, breit und ausgewogen.

Nach dem jüngsten Standort-Ranking der Bertelsmann-Stiftung (2005) hat Sachsen-Anhalt seinen »Erfolgsindex« in den Punkten Einkommen, Beschäftigung und Sicherheit im Vergleich zu anderen Bundesländern in den Jahren 2002 bis 2004 deutlich verbessert, stieg auf vom letzten Platz auf Platz 13 (von 16). Beim »Aktivitätsindex«, der die politischen Bemühungen der Länder um eine Verbesserung der Standortqualitäten und Lebensverhältnisse messen soll, erscheint Sachsen-Anhalt auf Platz 15. Die gegenwärtige Landesregierung wertet dies als Erfolg ihrer bisherigen Politik. Die Bertelsmann-Studie selbst kommt aber auch zu dem Ergebnis, dass in Sachsen-Anhalt »die soziale Sicherheit abnimmt«. Verhalten steigende Wachstums- und Investitionsraten im verarbeitenden Gewerbe sind erfreulich; neue Weichen in die Zukunft wurden damit aber nicht gestellt.

Bei komplexeren Vergleichen kommen die Ranking-Listen für Sachsen-Anhalt zu mehr oder weniger ähnlichen, Besorgnis erregenden Ergebnissen wie der von der »prognos AG« vorgelegte bundesweite »Zukunftsatlas«. Er basiert auf einem Vergleich der Themenbereiche Demografie, Arbeitsmarkt, Wettbewerb und Innovation sowie Wohlstand und soziale Lage. Nur einem einzigen Kreis wird darin ein ausgewogener Chancen-Risiko-Mix zugemessen – für alle übrigen Kreise überwiegen hingegen beim Blick in die Zukunft die Risiken, mehrheitlich stehen sie vor hohen, drei Kreise sogar vor sehr hohen Zukunftsrisiken.

Ostdeutschlandweit zeichnet sich seit Ende der 90er Jahre im verarbeitenden Gewerbe »ein verändertes Grundmuster des Strukturwandels ab. Der bis dahin zu konstatierende Trend einer Regionalisierung der Produktion konnte aufgebrochen und von einer ver-

stärkten Präsenz ostdeutscher Unternehmen auf überregionalen Märkten abgelöst werden. Dementsprechend vergrößerte sich das Gewicht leicht handelbarer Güter von 9,3 Prozent (1996) und 12,8 Prozent (2000) auf einen Wert, der nur noch wenig unter dem für Westdeutschland (16,8 Prozent) liegt. Dies spiegelt sich in einer Zunahme des Exportanteils und einem Anwachsen der Exportquote (2003: 25,1 Prozent) wider, einer Entwicklung also, die unter den gegenwärtigen Bedingungen einer rückläufigen Binnennachfrage die Basis für mehr Wachstum bildet.«<sup>4</sup> Dieser Trend darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass es sich im Osten immer noch um eine »wirtschaftlich, regional und sozial völlig unausgewogene Mischung« gegensätzlicher Entwicklungstendenzen« handelt, dass diese Entwicklung heraus aus einer robusten, »breitere(n) industriellen Basis, die sich auf organisch gewachsene Strukturen und Netzwerke und einen größeren Intra-Handel stützen könnte«, erwächst.<sup>5</sup> Vielmehr wird damit ein weiteres Mal – diesmal quasi »von unten« – das Problem der Entkopplung von regionalen und überregionalen Märkten sowie der dort jeweils tätigen Akteure aufgeworfen. Die kleinteiligen Betriebsgrößenstrukturen, die Eigenkapital- und die Exportschwäche vieler Unternehmen bleiben als Problem bestehen und verschärfen sich sogar, indem Regionen und eben auch Unternehmen von Aufwärtsentwicklungen abgekoppelt werden.

Das Land verfügt dennoch über beachtliche innovative wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale, die in den vergangenen Jahren modernisiert oder neu formiert wurden. Obwohl weder Stabilität noch Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte ausreichend gesichert sind, bieten diese Potenziale wichtige Ansatzpunkte für die politische und soziale Gestaltung regional verankerter, wissensbasierter Ökonomien.

■ Zu diesen Potenzialen gehört die modernisierte einheimische Nahrungsmittelindustrie, die sich mit 23 Prozent am Gesamtumsatz und 20.000 Beschäftigten sowohl als führende Wachstumsbranche wie auch als

<sup>4</sup> BUSCH, ULRICH: Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019. In: UTOPIE kreativ, H. 172 (Februar 2005), S. 144.

<sup>5</sup> Vgl.: BUSCH, ULRICH: Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019. In: UTOPIE kreativ, H. 172 (Februar 2005), S. 137/144.

beschäftigungsstärkste Branche erweist. Traditionelle Handelsmarken (Rotkäppchen, Burger Knäcke, Röstfein u. a.) konnten sich trotz großer Konkurrenz auf den Märkten durchsetzen und haben ihre Wachstumspotenziale noch nicht ausgeschöpft. In der Ernährungswirtschaft sind Impulse für Forschung und Produktion auf dem Feld der Biotechnologie, bei nachwachsenden Rohstoffen und der Nutzung regenerativer Energiequellen ausgelöst worden.

Die Landwirtschaft ist der einzige Wirtschaftsbe- reich, der in den Transformationsprozessen der 90er Jahre einen völlig neuen Akzent setzte. Hier ging es nicht ausschließlich um den Umbau der vorhandenen Wirtschafts- und Arbeitsstrukturen nach dem Muster der alten Bundesrepublik, sondern mit der Einführung des genossenschaftlichen Prinzips in den landwirt- schaftlich-produktiven Bereich sind im Gegenteil ver- krustete Strukturen in der Bundesrepublik aufge- brochen worden. Das alles geschah – und geschieht immer noch – »gegen den Trend«, wie aktuell die De- montage der landwirtschaftlichen Fakultät der Martin- Luther-Universität Halle zeigt. Den »wissenschaftlichen Überbau« für einen solchen Bereich zu sichern, wäre hingegen eine Herausforderung für das Land, die unbedingt angenommen werden sollte.

■ Weiter gehören zu diesen Potenzialen die chemi- sche Produkte und Kunststoff produzierenden Indus- trien; die wettbewerbsfähige chemische Industrie in den Räumen Bitterfeld-Wolfen, Leuna, Schkopau, Pies- teritz und Zeitz erwirtschaftet hohe Exportanteile und bindet immer mehr Zulieferer und Verarbeiter an den Standort (Dow-Industriepark). Dynamisch hat sich auch die Kunststoff- und Gummiwarenindustrie entwickelt, die Vorleistungen aus chemischen Branchen bezieht. Diese kapitalintensiven Industrien arbeiten eng zu- sammen mit Hochschulen und Forschungsinstituten; wichtige Voraussetzungen für die Entstehung eines neuen Wachstumskerns sind gegeben.

■ An vorderer Stelle stehen bereits wieder Maschi- nenbau, Metallerzeugung und -bearbeitung. Im Schat- ten des Ringens um die Erhaltung traditionsreicher Industrien wie z. B. die des Schienenfahrzeugbaus (Ammendorf, Dessau, Halberstadt) hat sich eine diver- sifizierte Automobilzulieferindustrie etabliert. Auf dem Gelände von SKET Magdeburg werden heute Wind- räder und in Wolfen/Thalheim Sonnenkollektoren her- gestellt. Unternehmen der Metall verarbeitenden und

Automobilindustrie sowie vorgelagerter Branchen ver- zeichnen ein dynamisches Wachstum. Entscheidend sind qualifizierte Beschäftigte, gute Standortbedin- gungen sowie das exzellente Know-how. Neben dem Kompetenzzentrum für Leichtmetallguss entstehen weitere Innovations- und Technologiezentren.

■ Grüne Biotechnologien in Sachsen-Anhalt können sich auf eine lange Tradition stützen, Weltgeltung er- langte das heutige Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben; insgesamt um- fasst das Potenzial grüner, roter und weißer Biotech- nologien mehr als 20 Unternehmen mit ca. 700 Ar-beitsplätzen. Prognosen besagen, dass der Standort Gatersleben für Biotechnologie-Unternehmen künftig eine noch größere Anziehungskraft gewinnen wird. Unternehmen der roten Biotechnologie konzentrieren sich in Halle und Magdeburg, die als innovative regio- nale Wachstumskerne anerkannt sind und besondere Unterstützung aus Bundesmitteln erfahren.

■ In Sachsen-Anhalt ist zudem die Entwicklung tech- nischer Kompetenzfelder vorangekommen, die zuneh- mend zur Wertschöpfung beitragen (Nanotechnologie, Mikrosystemtechnik, Medizin, Pharmaforschung).

■ In jüngster Zeit hat es per saldo bei *Existenzgrün- dungen* eine erfreuliche Entwicklung gegeben. Jedoch hat Sachsen-Anhalt mit 7 Prozent die niedrigste Selbst- ständigenquote der deutschen Länder. Sehr viele der neuen Existenzgründungen, die unter anderem die Förderung der »Ich-AG« nutzen, befinden sich in pre- kärer wirtschaftlicher und sozialer Lage.

■ Sachsen-Anhalt hat für bundesdeutsche Verhält- nisse eine überdurchschnittliche Betreuungsinfra- struktur für Kinder. Leider ist es beim Volksentscheid Anfang 2005 nicht gelungen, die damit verbundenen Bildungschancen für alle Kinder im Lande aufrechtzu- erhalten.

Beachtlich ist der *Auf- und Ausbau einer wissenschaft- lichen und Forschungs- bzw. Entwicklungsinfrastruk- tur in unserem Land*: Zwei Universitäten mit medi- zinischen Fakultäten, vier Fachhochschulen, eine Kunsthochschule, 14 außeruniversitäre Forschungs- einrichtungen, 43 An-Institute der Hochschulen sowie Technologie- und Gründerzentren. In Sachsen-Anhalt sind 272 Forschungs- und Entwicklungsunternehmen

mit knapp 3.000 Beschäftigten tätig. Wir verfügen mithin in Sachsen-Anhalt über wichtige Innovationsbasen an Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Wenn wir das Innovationspotenzial des Landes an der Zahl der *Patentanmeldungen* pro Jahr und der Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner messen, kann Sachsen-Anhalt leichte Zuwächse verbuchen. Bezogen auf 100.000 Einwohner waren das 14 (2002), 18 (2003), 16 (2004). Der Bundesdurchschnitt lag 2004 jedoch bei 59 Anmeldungen je 100.000 Einwohner. Von den 44.448 Patenten des Jahres 2004 stammen 398, also weniger als 1 Prozent, aus Sachsen-Anhalt. Ohne den gerade für hiesige Verhältnisse beträchtlichen finanziellen und bürokratischen Aufwand für eine Patentanmeldung könnte diese Quote höher sein – Anlass zur Nachdenklichkeit bietet sie dennoch.

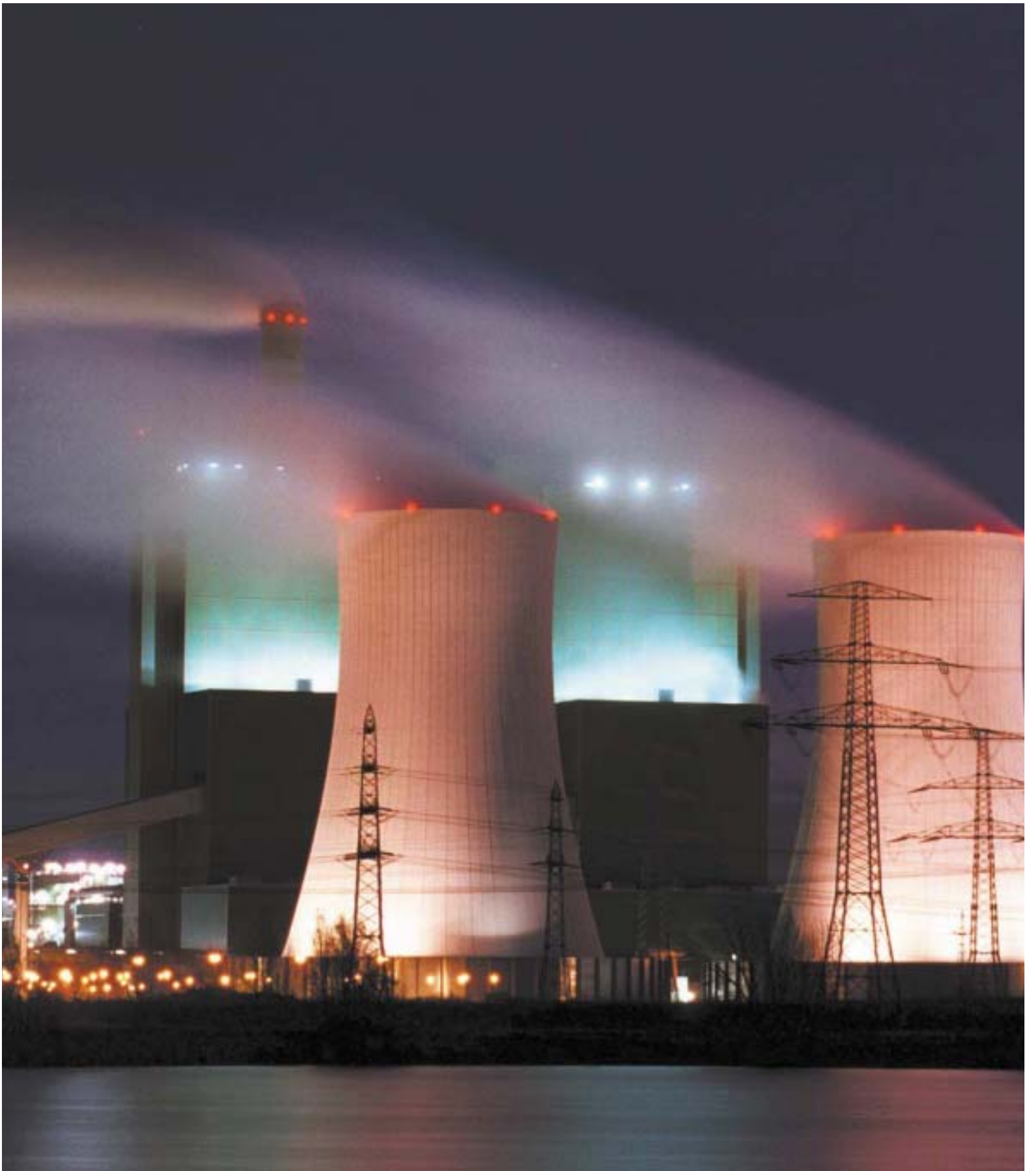
Insgesamt sind die Ressourcen von Forschung und Entwicklung in unserem Lande zu knapp. Die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) sind zu gering. Nur 1,9 Personen pro 1.000 Erwerbstätige sind in Forschung und Entwicklung tätig, weniger als im Durchschnitt Ostdeutschlands (3,3 Personen pro 1.000 Erwerbstätige). Der bundesdeutsche Durchschnitt beträgt 8,8. Sachsen-Anhalt liegt nicht nur bei der Zahl der SV-Beschäftigten je 100 Erwerbsfähigen in wissensintensiven und unternehmensbezogenen Dienstleistungen unter dem Durchschnitt der neuen Länder, sondern auch bei den Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung, höherem Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulabschluss. Über dem Durchschnitt der neuen wie der alten Länder rangiert Sachsen-Anhalt bei der Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss.

Derzeit hat Sachsen-Anhalt 2,5 Mio. Einwohner – ein halbe Million weniger als zur Wende. Sachsen-Anhalt musste seit 1989 den höchsten Bevölkerungsrückgang unter allen ostdeutschen Bundesländern verkraften. Laut Prognose wird die Landesbevölkerung bis 2020 nochmals um knapp 500.000 Personen auf 2 Millionen schrumpfen. Das ist vor allem deshalb schmerzhaft, weil junge und gut ausgebildete, aktive Menschen das Land verlassen – darunter vor allem Frauen.

All das zeigt: Wir müssen unsere Kraft weit mehr als bisher auf den weiteren Ausbau von Bildung, Forschung und Entwicklung sowie ihrer Voraussetzungen und ihres Umfeldes lenken.

Dabei geht es vor allem darum, die zentralen Ansatzpunkte, die zentralen Projekte zu bestimmen, die Weichenstellungen für eine stabile und sozial gerechte Zukunft des Landes darstellen können:

- Stabilisierung einheimischer Unternehmen auf zukunftsfähiger Grundlage – Fundament für eine künftige innovationsgetragene Entwicklung
- Einbettung überregional tätiger Unternehmen in regionale Kontexte – von der Förderung industrieller Kerne zur Gestaltung innovativer Räume
- Erschließung neuer Geschäfts- und Beschäftigungsfelder
- neue Pfade zur Rückkehr in die Erwerbsarbeit
- Umbau, Öffnung und Erweiterung der Arbeitswelt
- Bildung: das Tor in die Zukunft öffnen
- Sachsen-Anhalt zum europäischen Hochschulstandort ausbauen
- Regionen und Räume: differenzierte Entwicklung, kooperatives Handeln
- sozialpolitische Schwerpunktvorhaben: Vorsorge und Teilhabe statt Nachsorge und Isolation
- Staat, Kommunen, Bürgergesellschaft: stabilisieren und wandeln
- öffentliche Finanzen, Modernisierung von Haushaltsrecht und Förderkulisse



## Konturen und Ansatzpunkte einer zukunftssträchtigen Entwicklung

### Stabilisierung einheimischer Unternehmen auf zukunftsfähiger Grundlage – Fundament für eine künftige innovationsgetragene Entwicklung

Blickt man auf die Entwicklung unseres Landes bis 2020, so ist von einer längeren Konsolidierungsphase auszugehen – einer Konsolidierungsphase, in der zugleich die Grundlagen für eine künftige innovationsgetragene Entwicklung geschaffen werden. Dabei müssen im Land Handlungsstrategien für die Bewältigung des andauernden strukturellen Wandels der Wirtschaft, die Überwindung der noch zu geringen Innovationskraft sowie die Gestaltung der demografisch bedingten Schrumpfs- und Umstrukturierungsprozesse entwickelt werden – und das bei gleichzeitig stark eingeschränkten finanziellen Handlungsspielräumen. Wir wollen keine Luftschlösser, sondern die Wirtschaft Sachsen-Anhalts vor allem in den Bereichen unterstützen und stärken, in denen sie Potenziale und Perspektiven aufweist. Daraus entsteht eine Chance auf Schaffung neuer Arbeitsplätze, die das Land so dringend braucht.

In der Konsolidierungsphase soll der Erhalt bestehender Unternehmen in innovativen Wirtschaftsbereichen und Branchen mit besonders hoher Wertschöpfung in der Regel Vorrang vor der Neuansiedlung haben. Das heißt, die öffentlichen Ressourcen werden auf die Erweiterung der industriellen Basis und die Innovationskraft der bereits ansässigen Unternehmen, speziell des Mittelstandes, konzentriert. Struktur-, Technologie-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik werden enger verknüpft, um die Innovations- und Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt insgesamt zu stärken. Es geht um den Ausbau unternehmensinterner Forschung und deren Zusammenwirken mit den universitären Forschungseinrichtungen.

Um der anhaltenden Verschlechterung der Eigenkapitalsituation vieler Unternehmen gegenzusteuern und drohende Insolvenzen zu vermeiden, kann das Bürgschaftssystem im Lande – unter Beachtung des europäischen Regelwerks – ausgebaut werden. Auf

diesem Weg könnten zudem einerseits Barmittel eingespart und in andere Bereiche umgelenkt werden. Andererseits würden sich zugleich die Zugangsbedingungen der Unternehmen zum Kreditmarkt verbessern. Vorstellbar sind »Investitionshilfen für Klein- und mittelständische Betriebe sowie freie Berufe«. Ein entsprechendes Programm könnte bei nicht ausreichend vorhandenen banküblichen Sicherheiten Unterstützung zur Überwindung der zweiten Investitionsschwelle sowie bei Betriebsübergängen geben. Die Bürgschaftshöhe könnte 90 bis 100 Prozent des Kreditvolumens betragen; maximale Höhe 1 Mio. Euro bei einer Laufzeit in der Regel von 10 Jahren.

Unabhängig von der Branche werden sachsen-anhaltische Unternehmen bei konkreten Vorhaben z. B. zur Erschließung neuer Märkte unterstützt.

Der Anteil innovativer und technologieorientierter mittelständischer Unternehmen im Land ist noch immer zu gering. In der Landes- und Kommunalpolitik wurde diesem Aspekt in den vergangenen Jahren zu wenig Bedeutung beigemessen. *Wir brauchen eine aufeinander abgestimmte Innovationsförderung für diese Unternehmen von der Forschung bis zum Absatz.* Für die Wirtschaftsförderung heißt das, Mittel genau dort einzusetzen, wo die besten Effekte für das Land erzielt werden können.

Mit einer gezielteren Strukturpolitik wollen wir innovative Potenziale und entstehende Cluster unterstützen. Das Land Sachsen-Anhalt sollte in diesem Zusammenhang durchaus den Anspruch einer Industriepolitik erheben und sich dafür verwenden, dass bisher für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehene Mittel aus dem Solidarpaket II dafür frei werden.

Struktur- bzw. industriepolitisch stehen folgende Bereiche im Zentrum:

- *Chemie:* Die hier bereits realisierten Investitionen dürften für die nächsten 10 bis 20 Jahre die Entwicklung bestimmen. Anlagen und Technologien entsprechen dem modernsten Stand der Technik. Es besteht

ein Netzwerk der chemischen Industrie an den Standorten Buna/Dow, Leuna, Bitterfeld/Wolfen, Zeitz. Hier gibt es auch betriebliche Forschungs- und Entwicklungstätigkeit – und das in Zusammenarbeit mit Hochschulen. Im eigenen Interesse der Unternehmen liegt ein Ausbau der Wertschöpfungsketten, Erneuerung von Produkten und Verfahren und damit die Sicherung und der Zuwachs von Umsatz, Gewinn und von Arbeitsplätzen.

■ *Ausrüstungen und Technologien zur Erschließung und Nutzung regenerativer Energien.* Es bestehen in Magdeburg Kapazitäten zur Windkraftnutzung (Enercon). Durch Innovation werden und können die Unternehmen ihre Position ausbauen. In Wolfen bestehen modernste Kapazitäten zur Umwandlung der Sonnenenergie direkt in elektrische Energie; neue werden errichtet.

■ *Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe.* Im Zellstoffwerk Arneburg wird Holz zu Zellstoff nach modernem Verfahren verarbeitet. Abprodukte werden energetisch genutzt. Moderne Anlagen zur Herstellung von Biodiesel oder Äthanol wie in Zeitz sind entstanden oder im Aufbau, die Pflanzen umwandeln. In zunehmendem Maße sollen Kraftstoffe aus Erdöl ersetzt werden. Weitere Möglichkeiten der Nutzung von Biomasse zur Deckung des Energiebedarfs sind zu erschließen.

■ *Entwicklung neuartiger Arzneistoffe und Spezialchemikalien* (weiße und rote Gentechnik, Biopharmaka, Entwicklung »maßgeschneiderter« Medikamente) und grüne Gentechnologien (Resistenzen gegen Pilzkrankheiten u. a.). Im Bereich Nordharz/Börde und der BioRegion Halle/Leipzig bestehen bereits rund 40 Unternehmen der Biotech-Branche mit mehr als 500 Arbeitsplätzen, und mit dem Aufbau des Biozentrums Halle verfügt die BioRegion über gute Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen und für die rasche Umsetzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte. Zu den international renommiertesten Einrichtungen der Pflanzenforschung gehört das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung IPK Gatersleben; in der Entwicklung befindet sich der Biopark Gatersleben, ein Kompetenzzentrum mit internationalem Transfer. Eingebunden sind auch die universitären Forschungsangebote der Universitäten in Halle und Magdeburg

sowie die Potenziale der Fachhochschulen Anhalt und Harz.

■ Der Maschinenbau kann mit anwendungsbezogenen Produkten seine Position ausbauen. Das betrifft die Unternehmen FAM Magdeburg, Kranbau Köthen, Dampfkesselbau Köthen, IFA-Maschinenbau Gardelegen u. v. a.

■ Das Netzwerk der *Automobilzulieferer* verfügt über flexible Kapazitäten in moderner Gießereiproduktion (Wernigerode, Harzgerode) und Plastverarbeitung zur Herstellung einbaufertiger Module.

■ Als weiteres zukunftsfähiges Innovationsfeld mit Chancen des Übergangs von der Forschung zur wirtschaftlichen Nutzung sollen *Nanotechnologien* (Miniaturisierung, Leistungssteigerung der Halbleiterbauelemente; Quantencomputer; Verknüpfung von Neurobiologie und Computertechnik, neuartige Werkstoffe) gefördert werden.

■ Im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft sind die zukünftigen wirtschaftlichen Potenziale von Ergebnissen der geriatrischen Forschung (Gesunderhaltung im Alter, regenerative Medizin, intelligente Prothesen, Telemedizin) zu erschließen. Fragen des Gesundheits- und Alterstourismus sollten angegangen werden.

Für eine wissensbasierte Wirtschaft ist charakteristisch, dass die Schnittmengen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stetig wachsen. Da Potenziale produktionsnaher Forschung und Entwicklung im Land bislang unzureichend verfügbar waren, sind die *Hochschulen* des Landes gefordert, als Partner für kleine und mittelständische Unternehmen wirksam zu werden. Sie sollten daher dabei unterstützt werden, Forschungs- und Entwicklungsaufträge anzunehmen, die anderswo in Unternehmen erbracht werden können. Deshalb sollte allen Versuchen entgegengetreten werden, Drittmittelsteigerungen von Hochschulen als Kompensation gekürzter Landesmittel zu betrachten.

Das Landeshochschulgesetz hat Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt, eigene Unternehmen zu gründen und sich an anderen Unternehmen zu beteiligen. Angehörige der Hochschulen, ProfessorInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Studierende sollten motiviert und unterstützt werden, Existenz- bzw. Ausgründungen aktiv zu begleiten oder selbst zu vollziehen.

Die Regularien der Wirtschaftsförderung müssen deshalb auf die Hochschulen des Landes zugeschnitten und zugunsten innovativer Förderungen neu ausgerichtet werden. Unterstützt werden sollte die zeitweise und preiswerte Nutzung von Geräten und Ausstattungsgegenständen ebenso wie die Nutzung von Räumen an Wissenschaftseinrichtungen, sofern andere Möglichkeiten nicht gegeben sind.

Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen beschäftigen selbst tausende Menschen, sie sind Träger einer erheblichen Kaufkraft sowie Auftraggeber für Handel und Dienstleister. Wegen ihrer Forschungskapazitäten und hoch qualifizierter AbsolventInnen kann die Standort- und auch die Lebensqualität von Städten und Regionen mit Wissenschaftseinrichtungen verbessert werden. Sie ziehen innovative Unternehmen an, vermitteln Impulse für regionale Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe. Sie können ganzen Regionen ein neues »Innovationsklima« vermitteln. Deshalb stärkt die öffentliche Finanzierung von Hochschulen die strukturellen Voraussetzungen für Innovationen.

Eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in der Tiefe des Landes braucht stabile *Finanzierungsstrukturen*. Die private Geldwirtschaft ist nicht mehr hinreichend willens und in der Lage, dies zu gewährleisten. Umso wichtiger ist es, die Sparkassen in ihrer Existenz zu erhalten und sie zu einem Instrument zu entwickeln, das für regionale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen notwendiges Pendant zu globalen Entwicklungen sein kann. Ein Verkauf der Sparkassen könnte zwar kurzfristig die Situation der öffentlichen Haushalte entspannen, bedeutet jedoch längerfristig einen Verzicht auf strukturpolitische Komponenten, eine Einschränkung des Wettbewerbs und eine Ausdünnung der flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen. Ihre Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung regionaler Entscheidungen sollen gestärkt werden.

Fusionen und verstärkte Kooperationen von Sparkassen auch in Sachsen-Anhalt können einen Beitrag zur Stabilität des öffentlich-rechtlichen Bankensystems in Deutschland leisten. Dabei sind verschiedene Modelle vorstellbar. Auf jeden Fall müssen dabei aber nachfolgende Grundsätze berücksichtigt werden:

- Sicherung des Vertrauens der Sparkassenkunden;
- Beibehaltung der Regionalität der Sparkassen als unmittelbare Ansprechpartner vor Ort;

- Zugang jedes Bürgers unabhängig von seiner finanziellen oder sozialen Situation zu einem eigenen Bankkonto;

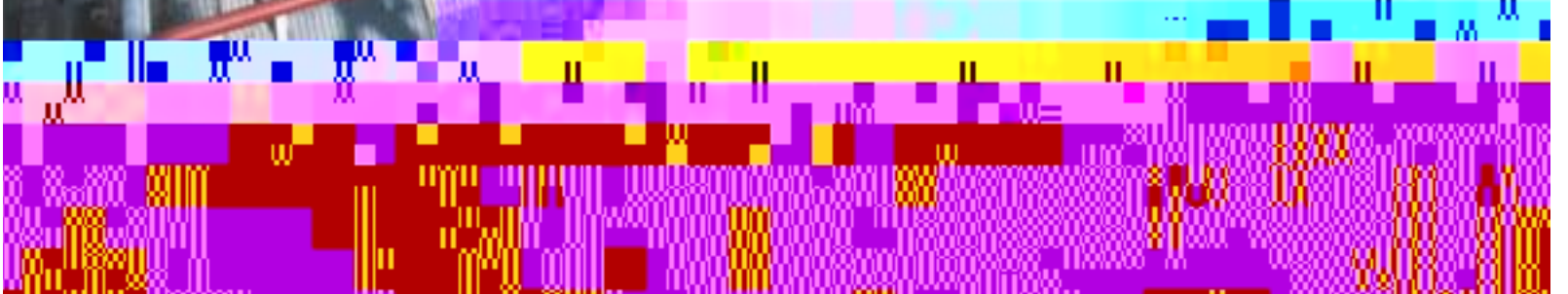
- Transparenz bei der Diskussion der Eckwerte von Fusionen wie auch bei den Entscheidungsprozessen in den zuständigen politischen Gremien und umfassende Einbeziehung der Betriebsräte.

Der Ausbau der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu einer Mittelstandsbank mit Hausbankfunktion (in Zusammenarbeit mit anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutionen) sollte geprüft werden.

### **Einbettung überregional tätiger Unternehmen in regionale Kontexte – von der Förderung industrieller Kerne zur Gestaltung innovativer Räume**

Angesichts der galoppierenden Deindustrialisierung Ostdeutschlands Anfang der 90er Jahre gewann in der politischen und wissenschaftlichen Debatte schnell die Idee von »Leuchttürmen«, vom Erhalt bzw. der Schaffung »industrieller Kerne« Einfluss. Sie zielte einerseits darauf, gegen den völligen industriellen Kahlschlag eine Auffanglinie zu ziehen; andererseits verband sich damit die Hoffnung, allein die Existenz solcher industrieller Kerne auf fortgeschrittenem technologischem Niveau würde genug Strahlkraft aufbringen, um die umliegenden Regionen wieder nach oben zu ziehen. Kleinere Unternehmen und Dienstleister sollten sich um die Kerne ansiedeln (Cluster bilden), von ihnen Aufträge bekommen, an der Kaufkraft der dort Beschäftigten partizipieren und eigene Wachstumsimpulse aussenden. Beträchtliche öffentliche Mittel und erhebliche politische Anstrengungen galten daher der Installierung derartiger »industrieller Kerne«. Das Chemiedreieck in Sachsen-Anhalt ist ein herausgehobenes Beispiel dafür – allerdings auch dafür, dass die Ausstrahlung solcher hoch entwickelter Produktionsstätten auf das Land unter den gegenwärtigen Umständen begrenzt ist.

In den letzten Jahren gewann daher die Idee regionaler Cluster mehr und mehr an Bedeutung – die Wirtschaftspolitik und -förderung setzte auf Netzwerke von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen (z.B. Hochschulen), Dienstleistern (z.B. Design- und Ingenieurbüros) und verbundenen Institutionen (z.B. Handelskammern) – und zwar in räumlicher Nähe. Sie sollten durch Austauschbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette verbunden werden, eine »kritische Masse« von Firmen erreichen, die dann ähnliche



Wirkung wie die großindustriellen industriellen Kerne erzielen und zugleich Wettbewerbsvorteile für alle beteiligten Firmen schaffen sollte.

Doch schon der bescheidene Zuwachs der Exportkraft ostdeutscher Unternehmen geht damit einher, dass der Trend einer Regionalisierung der Produktion aufgebrochen wird (s.o.). In einer Analyse der Landwirtschaft – ausdrücklich auch der sachsen-anhaltischen Landwirtschaft – als »Wunder der ostdeutschen Transformation« betont Rainer Land: »Die Integration der landwirtschaftlichen Großbetriebe in die europäische Agrarproduktion und ihre Netzwerke ging einher mit der Auflösung der lokalen bzw. regionalen agrarwirtschaftlichen Produktionscluster. Neue regionale Cluster aus Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft entstanden nur in Sonderfällen ..., nicht aber im Kern der modernen landwirtschaftlichen Massenproduktion ... Diese Auflösung lokaler [unter DDR-Bedingungen geformter – d. A.] Produktionskomplexe dürfte der entscheidende Grund für den Produktivitätssprung in der Landwirtschaft sein ...«<sup>6</sup>

»Es gibt Anzeichen dafür«, so Land an anderer Stelle, »dass die heutigen Umbrüche wirtschaftlicher Entwicklung zu neuartigen Industrialisierungsmustern führen, die zuweilen erheblich von den regionalen Clusterstrukturen abweichen.« So in den Hightechbereichen, wo – wie im amerikanischen Silicon Valley oder auch im mecklenburg-vorpommerschen Biocon Valley – »der räumlichen Konzentration ... kaum Wertschöpfungsketten zugrunde (liegen), sondern der Zugang zu Wissen (Nähe zu Forschungseinrichtungen) und noch mehr zu strategischen Entscheidungen und Investoren.«<sup>7</sup> Man könne sich »sehr wohl vorstellen, dass auch in einer klassischen fordistischen Branche der Zusammenhang von Forschung und Entwicklung, Finalproduktion, Zulieferung und Dienstleistungen räumlich auf neue Art – europaweit, global (?) – organisiert wird.«<sup>8</sup> Tatsächlich geschieht das auch – blickt man etwa auf die neuen dezentralen Produktionsstrukturen großer deutscher Automobilhersteller mit ihren Dependancen in Osteuropa.

So gesehen stellen sich ganz neuartige Fragen in der Kritik und im praktisch-politischen Umgang mit der in Sachsen-Anhalt entstandenen Filialökonomie – und erweist sich ein differenzierteres, sorgfältigeres Herangehen an die regionale Einbettung überregional orientierter Unternehmen als erforderlich, will man nicht letztlich nur Illusionen hegen oder gar Entwicklungen blockieren.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich der *strategische Handlungsansatz »innovativer Räume«*. Er beschränkt sich nicht auf die Stärkung einzelner Wachstumskerne (Leuchttürme) und industrieller Cluster. Die Politik innovativer Räume ist darauf gerichtet, nicht nur einzelne innovative Aktivitäten, Branchen und Netzwerke zu stärken, sondern die *regionalen Rahmenbedingungen* solcher Räume in ihrer Gesamtheit neu zu gestalten.

Wo und wie setzt das Konzept »Innovative Räume« an? »Es wird künftig, gerade auch vor dem Hintergrund zunehmend knapper werdender Mittel, nicht mehr darum gehen, immer wieder einzelne Innovationen anzustoßen und zu unterstützen. Vielmehr wird es darum gehen, diese einzelnen Innovationen nicht versickern zu lassen, sondern breit zur Geltung kommen zu lassen. Es geht also künftig immer stärker um die Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Branchen. Es geht um die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Cluster und die umfassende Positionierung von Regionen. Es geht um das kulturelle und soziale Klima in den Städten und Regionen und nicht zuletzt um die entsprechende Neuausrichtung von Strukturpolitik ... So geht es ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr allein oder in erster Linie um die Förderung der Gründung von Unternehmen, sondern um deren Übergang zu professionell und arbeitsteilig wirkenden Unternehmen und deren Zusammenwirken.«<sup>9</sup> Dabei spielt die

<sup>6</sup> Land, Rainer: Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V., [www.thuenen-institut.de](http://www.thuenen-institut.de). [2005] S. 2.

<sup>7</sup> Land, Rainer: Cluster von unten. Stellungnahme zur Anhörung »Clusterförderung – Königsweg einer neuen Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland« des Gesprächskreises Wissenschaft und Politik des Forum Ostdeutschland. Berlin, 14.1.2005. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V., [www.thuenen-institut.de](http://www.thuenen-institut.de). S. 3.

<sup>8</sup> Land, Rainer: Cluster von unten. Stellungnahme zur Anhörung »Clusterförderung – Königsweg einer neuen Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland« des Gesprächskreises Wissenschaft und Politik des Forums Ostdeutschland. Berlin, 14.1.2005. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e.V., [www.thuenen-institut.de](http://www.thuenen-institut.de). S. 2/3.

<sup>9</sup> Rehfeld, Dieter: Innovative Räume. <http://www.wz.nrw.de/magazin/archivartikel.asp?nr=526&ausgabe=2003/3&magname=&titel=Innovative^Räume>

Öffnung zur Nachfrageseite eine zentrale Rolle – die Umsetzung neuer Ideen in Produkte und deren Vermarktung.

Innovative Räume sind keine »Selbstläufer«; sie bedürfen der zielgerichteten politischen und institutionellen Unterstützung, um ihre Potenziale zu entfalten. »Innovative Räume« können eine *nachhaltige sozial-ökonomische Dynamik* entfalten,

- wenn es gelingt, wirtschaftliche Innovationspotenziale konsequent mit *regionalen* Wertschöpfungsketten und Kreisläufen zu verbinden; gleichzeitig die sozial-kulturelle Einbettung innovativer Unternehmen in die regionale Gesellschaft zu unterstützen;
- wenn Akteure und soziale Gruppen »offen« sind für die Umsetzung von Innovationen und dabei die Vorteile *räumlicher Nähe* nutzen, um das Handeln unkompliziert und auf Vertrauen gestützt in Netzwerken zu koordinieren.

Solcherart »lernförderliche Umgebungen« können Lernprozesse verstetigen, neue Dynamiken und Synergieeffekte erzeugen, die immer wieder »Raum« schaffen für Ideen und Projekte. Innovative Räume verfügen über ein hohes Maß an *Lernfähigkeit*. Lernförderliche Institutionen auf regionaler Ebene (wissensbasierte Dienstleistungen öffentlicher Verwaltungen, Lernnetzwerke, Runde Tische in lokalen und kommunalen Räumen etc.) stützen eine stabile Handlungskoordination und flache Hierarchien. Politische Intervention und institutionelle Unterstützung müssen darauf gerichtet sein, *strategische Ziele* zu setzen und diese langfristig zu verfolgen.

In Sachsen-Anhalt bieten die Räume um Bitterfeld-Halle-Merseburg, Magdeburg sowie die Harz-Region besondere Ansatzpunkte und Potenziale für die Entwicklung innovativer Räume; länderübergreifend ist Halle-Leipzig-Jena zu favorisieren.

*Merseburg* etwa ist einer der Eckpunkte des Chemiedreiecks – einer der potenziell höchstentwickelten Wirtschaftsräume Deutschlands und der dynamischste Entwicklungsraum in Ostdeutschland. Dies und andere günstige Standortbedingungen – optimale Verkehrsanbindung über alle Verkehrsträger, Nähe auch zu den neuen Automobilstandorten von BMW und Porsche, haben zu einer beachtlichen Investitionstätigkeit beigetragen. Das Gewerbegebiet Merseburg-Nord ist zu 85 Prozent ausgelastet; im Süden Merseburgs ist die Erschließung für das Industrie- und Gewerbegebiet

in vollem Gange. Die Stadt selbst setzt mit dem Konzept »Neue Milieus – neue Chancen« direkt am Problem des Bevölkerungsrückgangs an und entwickelt neue Strategien zur Verringerung der Bevölkerungsverluste. So sollen die städtebaulichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um bislang fehlende oder aufgrund der geschichtlichen und industriellen Entwicklung unterrepräsentierte soziale Milieus in Merseburg anzusiedeln und die Abwanderung der Bevölkerung, besonders der jungen Leute, zu bremsen.

Merseburg will eine Stadt werden, die nicht nur als Durchgangsstation oder Arbeitsstätte angesehen wird und die die Migration und Integration »Fremder« als Chance nutzt, um das urbane Leben zu bereichern. Die entsprechenden wissenschaftlichen und konzeptionellen Arbeiten werden mithilfe zahlreicher Partner bewältigt. Das Grundkonzept stammt von einer Projektgruppe der Hochschule Merseburg. Seit September 2004 treffen sich unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Vertreter der Stadtverwaltung und verschiedener Vereine, darunter u. a. Verein Agenda 21 e.V. und die Vereinigten Domstifter. Schließlich sind auch alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt aufgerufen, sich zu beteiligen.

#### **Erschließung neuer Geschäftsfelder und Beschäftigungsfelder**

Raum zur wirtschaftlichen Expansion bzw. zur Erschließung notwendiger Beschäftigungsfelder besteht in Sachsen-Anhalt vor allem in fünf Bereichen:

- bei den erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen einschließlich ihrer Verarbeitung und der dafür erforderlichen Vorleistungen,
- bei der Schließung der Lücke an industrie- und forschungsnahen Dienstleistungen,
- im Tourismus,
- bei der Entwicklung, Herstellung und Verbreitung spezifischer Produkte für Seniorinnen und Senioren und
- bei »sozialen Unternehmungen«.

1. Die fossilen Energievorräte werden absehbar knapper – zugleich steigt aber der weltweite Bedarf an Energie. Die Kernspaltung ist kein dauerhaft akzeptabler Ausweg. So müssen einerseits Technologien zur Reduzierung des Energieverbrauchs entwickelt werden; Fusionsreaktoren, bessere Brennstoffzellen oder So-

larzellen sowie als Energiespeicher generierte Mikroorganismen gewinnen an Bedeutung für nachhaltige Energieversorgung; neue Materialien helfen Energie sparen. Doch allein mit Einsparungen wird sich das Problem nicht lösen lassen. Daher wächst andererseits die Bedeutung regenerativer Energiequellen. Hier entsteht ein neues Feld wirtschaftlicher Entwicklung mit langfristig hohen Wachstumsraten – sehr geeignet für ländliche Regionen und zudem mit, so Rainer Land, »grundsätzlich neuen Schnittstellen für komplementäre Entwicklungen ..., also für neuartige Verbindungen zwischen modernen und überregional orientierten Agrarbetrieben und lokaler Wirtschaft.«<sup>10</sup> Sachsen-Anhalt verfügt hier bereits über gute Ansatzpunkte, insbesondere in Magdeburg und Wolfen.

Hier freilich sind aktive politische Gestaltung und ein gesellschaftlicher Konsens über notwendige und ehrgeizige Ziele gefragt. »Wenn die EU und Deutschland sich die Halbierung des Mineralölverbrauchs binnen zehn Jahren und eine weit reichende Umstellung auf neue Rohstoffe vornehmen würden, könnten auch neue Chancen für Ostdeutschland und speziell für Mecklenburg-Vorpommern, Nordbrandenburg und Sachsen-Anhalt entstehen. Ich denke dabei an die Ablösung der Kraftstoffe (Pflanzenöl, Ethanol und Biogas aus der Verarbeitung land- und forstwirtschaftlicher Rohstoffe, an Wasserstoff aus Solar- und Windenergie), an Strom und Heizenergie (Wind- und Solarenergie, Biomasse, speziell auch Holz und Holzabfälle), an Baustoffe verschiedenster Art (Holz, Stroh, Wolle), an Rohstoffe für die chemische und biotechnische Weiterverarbeitung, an Bio-Lebensmittel und Medikamente, an speziell entwickelte chemische Wirkstoffe wie Enzyme, Katalysatoren u. Ä.«<sup>11</sup>

Wenn Politik und Gesellschaft das wollen, dann wird sich auch die öffentliche Hand engagieren müssen – und können. Die Börse ist ein ungeeigneter Finanzier, der Markt ein ungeeigneter Impulsgeber für den Einstieg in eine solche Entwicklung, für den Aufbau einer solchen Industrie. Beiden fehlt dafür vor allem der lange Atem.

Aber auch die Politik muss eine neue Richtung eingeschlagen haben, um hier gestalten zu können – auf dem Weg des Nachbaus West wird man den beschriebenen Zielpunkt nicht erreichen, und mit Wertschöpfung und kurzfristiger Gewinnsteigerung der Wirtschaft unterwirft man sich genau den Regularien von Börse und Markt, die den Einstieg in ein so langfristiges Projekt verbauen.

2. Sachsen-Anhalt verfügt, wie bereits beschrieben, einerseits über eine als robust und produktiv eingeschätzte, allerdings insgesamt unterdimensionierte Industrie – und gleichzeitig über ein Defizit an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Zudem stehen am Arbeitsmarkt zu wenig qualifizierte IT-Fachkräfte zur Verfügung.

Zugleich gibt es im Land einen starken Dienstleistungssektor – mit einem Anteil von rd. 70 Prozent hat Sachsen-Anhalt damit auf den ersten Blick schon moderne Proportionen. Allerdings ist im Dienstleistungssektor selbst das öffentliche Segment sehr groß. Dazu kommt eine problematische Altersstruktur am Arbeitsmarkt. Die vierteljährlichen Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2/1999 bis 2003 weisen ein Minus von insgesamt 103.661 aus. In allen Altersgruppen unter 50 gibt es Rückgänge – aber Anstiege der Beschäftigtenzahlen bei den Altersgruppen ab 50:

+ 6.398 bei den 50- bis 60-Jährigen,  
+ 11.532 bei den 60- bis 65-Jährigen!

Das dürfte im Wesentlichen auf den öffentlichen Dienst zurückzuführen sein. Damit verbinden sich zwei Gefahren. Perspektivisch: Wenn die Jahrgänge mit Bestandsschutz etc. in den Ruhestand gehen, gibt es hier auch eine Reduzierung der Beschäftigtenzahlen, weil Stellen nicht besetzt werden. Aktuell: Schon die letzten Erhebungen zur Arbeitslosenstatistik wiesen die Gruppe der 20- bis 25-Jährigen als eine besondere Problemgruppe bundesweit aus. Unter den spezifischen Bedingungen Sachsens-Anhalts erleben sie ihre Heimatregion als eine Region, in der die Alten privilegiert und die Jungen unerwünscht sind – eine Wahrnehmung, die nicht nur den Abwanderungsdruck verstärkt und die Bindung an das Geburtsland löst. Eine bloße Umverteilung zwischen den Generationen ist schon angesichts der vielen auslaufenden Stellen ein unsinniger Ansatz – zudem stellt die Entlastung der einen Problemgruppe durch Belastung der anderen auch keinen Akt sozialer Gerechtigkeit dar.

<sup>10</sup> Land, Rainer: Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V., [www.thuenen-institut.de](http://www.thuenen-institut.de). [2005] S. 8f.

<sup>11</sup> Land, Rainer: Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V., [www.thuenen-institut.de](http://www.thuenen-institut.de). [2005] S. 8f.



Die Lösung liegt also nur im Ausbau des ohnehin entwicklungsbedürftigen industrienahen Dienstleistungssektors. Dem Unterangebot im Land steht gesamtwirtschaftlich ein Trend zu steigender Nachfrage gegenüber, denn die zunehmende Konzentration der Unternehmen auf ihre Kernkompetenz führt dazu, dass sie immer differenziertere Dienstleistungen benötigen, die sie selbst entweder gar nicht mehr oder nur zu extrem hohen Kosten erbringen können. Immaterielle Leistungen wie z. B. Softwareentwicklung und Engineering, Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationsdienste, Forschung und Entwicklung, technische Dienstleistungen, Präsentation und PR, Architektur und Ingenieurdienste, Finanzdienstleistungen spielen eine immer größere Rolle und werden nicht selten gemeinsam mit traditioneller Hardware angeboten.

Prognosen gehen davon aus, dass in Deutschland die Erwerbstätigkeit in den Dienstleistungsbranchen insgesamt auch künftig überdurchschnittlich – wenn auch mit niedrigeren Raten – zunimmt. Andererseits zeigt die Entwicklung anderer Bundesländer, z. B. Baden-Württembergs, dass hohe Wertschöpfung einerseits und geringere Arbeitslosigkeit andererseits zwar einen stabilen industriellen Pfeiler benötigen, zugleich aber auch auf einem starken und wachstumsintensiven Dienstleistungssektor beruhen.

Vor diesem Hintergrund sollte das Land eine *Gründungs- und Qualifizierungsoffensive für moderne (industrie- und forschungsnah) Dienstleistungen und IT-Berufe* starten, eine Gemeinschaftsinitiative zusammen mit den Kammern, mit Unternehmen, Bildungsträgern und auch dem Bund.

Perspektivisches Ziel sollte die Entstehung neuer privater Unternehmen als industrienaher, F/E-orientierter Dienstleister sein – forciert und vermittelt gleichermaßen über die Industriepolitik des Landes, über moderne Arbeitsmarktpolitik, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und eine umgebaute Förderkulisse.

Im Ergebnis würden alle profitieren – auch vor dem Hintergrund von Abwanderung und Bevölkerungsentwicklung, denn ein anspruchsvoller Dienstleistungssektor würde voraussichtlich gerade für jene Gruppe besonders attraktiv sein, die in besonders starkem Ausmaß derzeit das Land verlässt: junge, gut ausgebildete Frauen. Insgesamt arbeiteten im Bundesdurchschnitt 84 Prozent der berufstätigen Frauen im Sektors, aber nur 60 Prozent der berufstätigen

Männer. Der Frauenanteil bei den Dienstleistern liegt bundesweit bei knapp 56 Prozent.<sup>12</sup>

Genutzt werden könnten für ein solches Programm Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) – für Informationsveranstaltungen, Symposien, Workshops und Sprechtag für Unternehmensleiterinnen und Unternehmensleiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch für die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften. Inhaltliche Ansatzpunkte wären die Entwicklung neuer Dienstleistungen (Service-Engineering), Dienstleistungsinnovationen, Kundenorientierung, Dienstleistungsmarketing, Erschließung neuer Dienstleistungsmärkte im In- und Ausland oder auch Projekte im Rahmen von Private-Public-Partnership (PPP). Zugleich wäre es möglich, im Rahmen eines solchen Programms die Bildung sowie das Management von Kooperationen und Dienstleistungsnetzwerken zu fördern. Insbesondere kleine und mittlere Dienstleistungsunternehmen können in Form von Kooperationen und Dienstleistungsnetzwerken mehr produktbegleitende Dienstleistungen und Komplettangebote wie zum Beispiel im Bereich des Facility Managements erbringen. So vermögen sie überregional und international neue Märkte zu erschließen. Schließlich sind Zuschüsse für eine hoch qualifizierte Expertenberatung denkbar.

3. Als »ausbaufähig« beschreibt die jüngste Bertelsmann-Studie die Tourismusbranche in Sachsen-Anhalt. Trotz reichen kulturellen Erbes und landschaftlicher Schönheiten von Ost-Harz und Altmark bleibt das Land in dieser Studie beim Wirkungsfaktor »Fremdenverkehrsquote« unter seinen Möglichkeiten. Sachsen-Anhalt ist aus nachvollziehbaren Gründen im öffentlichen Bewusstsein nicht als geschlossene historische und kulturelle Region verankert; auch das Tourismusmarketing setzt auf der Wahrnehmungsebene vor allem auf attraktive Einzelstandorte – von der Himmelsscheibe bis zur Weinregion, von den Luther-Stätten über die anhaltischen Parks und die Harz-Städte bis zur Elbland im Norden. Die Imagekampagne des Landes blendet die kulturelle Dimension und Attraktivität völlig aus; Synergien werden kaum mobilisiert. Am ehesten bietet die »Straße der Romanik« einen lokal übergreifenden Ansatz; sie rückt ins Bewusstsein, dass Sachsen-Anhalt nach dem Kölner Raum über die

<sup>12</sup> Reuters; FAZ.NET, 20. Jan. 2005.



höchste Konzentration romanischer Bauten in Deutschland verfügt.

So sollte ein *Tourismus-Konzept* »Sachsen-Anhalt – eine Reise durch 1000 Jahre deutsche Landschaft« entwickelt werden – gemeinsam vom Land, den Landkreisen, den Tourismusverbänden, Unternehmen und Kulturvereinen. Genau in der Vielfalt und Attraktivität historischer Stätten, Landschaften und erlebbarer kultureller Traditionen liegt die touristische Stärke des Landes – nicht nur als einer deutschen, sondern einer europäischen Kulturregion. Immerhin befinden sich hier auf engstem Raum konzentriert allein vier Stätten, die von der UNESCO zum Weltkulturerbe gezählt werden. Entsprechend kann und muss das Land im Markt des europäischen und auch internationalen Kultur- und Bildungstourismus positioniert werden, wo durchaus auch kaufkraftstarke Konsumenten angesprochen werden. Die touristische Infrastruktur ist weitgehend vorhanden.

Doch weitere Synergien sollten erschlossen werden – insbesondere durch die Verknüpfung des Tourismus-Konzepts mit dem Anspruch der *Barrierefreiheit*. Bauliche und kommunikative Barrieren sollen beseitigt, bedarfsgerechte persönliche Assistenz angeboten werden. Damit stellt man sich bewusst gesellschaftlichen, ingenieurtechnischen, architektonischen, baulichen, gestalterischen, strukturellen und auch individuellen Herausforderungen, deren Bewältigung Nutzen für alle Beteiligten bringt – nicht zuletzt auch neue Arbeitsplätze.

Diese könnten auch in einem zielstrebig aufzubauenden Bereich einer den barrierefreien Geschichts- und Naturtourismus flankierenden Kulturwirtschaft entstehen – von der Event- bis zur Hochkultur, von Präsentationstechniken über Kunsthandwerk, Nahrungsgüter, Bildungsangebote bis zum Export des entstehenden Know-hows.

#### 4. Spezifische Produkte für Seniorinnen und Senioren.

Noch in keiner Rentnergeneration in West und Ost gab es – ungeachtet aller Probleme dieser Generation – so viele konsumfähige und konsumfreudige Menschen wie derzeit. Insbesondere die sog. »jungen Alten« zwischen 65 und 70 sind die erste Rentnergeneration, die mehr Geldvermögen auflöst als bildet. Ihr Konsumpotenzial wird auf 3,7 Billionen Euro geschätzt; ihre subjektive Zufriedenheit mit ihrer Lebenslage bezüglich Einkommen und sozialer Absicherung lässt Experten wachsende Konsumlust prognostizieren. »Anbieter

von Produkten und Dienstleistungen, die auf die spezifischen Bedürfnisse dieses Bevölkerungssegments eingehen, würden sich damit beträchtliche Absatzpotenziale eröffnen.«<sup>13</sup> Dabei wird davon ausgegangen, dass sie aufgrund ihrer Konsumerfahrung sehr hohe Ansprüche an Qualität und Langlebigkeit der Produkte haben. Zwar gibt es hier in Sachsen-Anhalt derzeit keine ausgeprägten Voraussetzungen für eine solche Branche – sie ist aber bislang nirgendwo tatsächlich entwickelt und etabliert; der Markt ist weitgehend unerschlossen.

Gleichwohl spielt die umfassendere Idee einer speziellen »Seniorenwirtschaft« zunehmend eine Rolle in Politik und Theorie. So gibt es in Nordrhein-Westfalen bereits eine »Landesinitiative Seniorenwirtschaft«, deren Bestreben darauf abzielt, »älteren Mitbürgern/-innen mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Selbstverwirklichung zu eröffnen und ihre Lebensqualität zu verbessern; zum anderen sind sie ökonomisch orientiert und wollen zur Erschließung der Kundengruppe Senioren/-innen beitragen und die nordrhein-westfälische Wirtschaft dahingehend sensibilisieren, angemessene Produkte und Dienstleistungen für Ältere zu entwickeln und zu vermarkten. Die Landesinitiative Seniorenwirtschaft will damit dazu beitragen, die herausgefilterten Handlungsansätze zu konkretisieren und in Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Partnern so umzusetzen, dass das Angebot an altenorientierten und altengerechten Produkten und Dienstleistungen nachhaltig verbessert wird.«<sup>14</sup>

Unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie arbeitet eine Geschäftsstelle am Institut Arbeit und Technik für die Landesinitiative; fachlich wird sie von der Forschungsgesellschaft für Gerontologie und dem Institut Arbeit und Technik in Wuppertal unterstützt. Ein vergleichbares Engagement des Landes wäre fraglos auch in Sachsen-Anhalt erforderlich.<sup>15</sup>

Fast eine Million Menschen hat seit Mitte des vorigen Jahrhunderts das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt verlassen. Das heißt nicht in jedem Fall, dass diese Menschen die Bindung an ihre Heimat verloren

<sup>13</sup> HVB Group, Economics – FX/FI Research. Trend-Analysis 04/03/04, München 2004, S. 2/6.

<sup>14</sup> seniorenwirt@iatge.de

<sup>15</sup> Vgl. <http://www.seniorenwirt.de/>

haben. Ein spezifischer Aspekt von Seniorenwirtschaft in Sachsen-Anhalt könnte daher darin bestehen, solchen Menschen einen Lebensabend in ihrer früheren Heimat anzubieten und zu ermöglichen.

5. Da weder die private Wirtschaft noch der staatlich verfasste Sektor imstande sind, *alle Bürger* mit den zum Leben erforderlichen Gütern und Dienstleistungen ausreichend zu versorgen, stellt sich nachgerade zwangsläufig die Aufgabe, den Dritten Sektor bzw. das »Dritte System« zu fördern und auszubauen. Denn mit dessen Hilfe können viele Menschen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse und Ansprüche an die Lebensqualität auf anderem Wege und in anderen Formen sicherstellen. »Soziale Unternehmungen« des Dritten Sektors sind darauf ausgerichtet, vielfältige soziale und kulturelle Problemlagen nicht sozialpolitisch, sondern mit sozialökonomischen Mitteln zu bearbeiten bzw. zu lösen.

Sie benötigen daher intelligente Modelle eines Finanzierungsmixes. Diese Strukturen agieren entweder wirtschaftsnah »zwischen« den Sektoren Staat und Markt und werden von der Wirtschaft nachgefragt, weil sie als »weicher« Standortfaktor für die Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Oder sie erschließen sich in gemeinwohlorientierten Bereichen Felder eines Finanzierungsmixes. Diese Strukturen, die einer *kontinuierlichen* Förderung bedürfen, sollen von vornherein mit flexiblen Arbeitszeit- und flexiblen Finanzierungsmodellen verbunden werden. Wir treten dafür ein, dass auch die beschäftigungsfördernden Instrumente der Arbeitsagentur schrittweise an diese Erfordernisse angepasst werden.

Diese Formen einer *Sozialen Ökonomie* können zugleich erhebliche Zukunftspotenziale bergen, insofern neue, einkommenssichernde Arbeits- und Erwerbsstrukturen entstehen bzw. bürgerschaftliche Aktivitäten mit bezahlter Erwerbsarbeit gekoppelt werden. In Bereichen des regionalen und clusterbezogenen Kooperationsmanagements, in unternehmensnahen oder regional relevanten Sozial-, Jugend-, Familien-, Kultur- oder Umweltfragen könnten auf diese Weise Arbeitslose und Existenzgründer gezielt das regionale Umfeld verbessern. Die dem Dritten System eigenen Formen der Produktivität, die sich deutlich ausweitende Vielfalt der Organisationsformen und Unternehmensgegenstände (z. B. gemeindenahe Dienstleistungen, Förderung lokaler Kultur und Freizeitgestaltung, Umweltreparatur und -schädenprävention, aber auch

produktivgenossenschaftliche Softwareunternehmen, lokale bzw. dezentrale Strukturen der Wohlfahrtsverbände) bedürfen mehr öffentlicher Anerkennung und verdienen politische Unterstützung. Wenn sozialwissenschaftliche Analysen und Beobachtungen zutreffen, dann etablieren sich soziale Unternehmen im Zusammenhang mit dem Umbau des Sozialstaates und dem Strukturwandel von Arbeit und Beschäftigung gegenwärtig zu einer »zweiten Säule« marktwirtschaftlicher Ökonomie. *DIE LINKE* unterstützt diese innovative Potenz und setzt sich dafür ein, dass soziale Unternehmungen des Dritten Sektors nicht zum Einfallstor für die Entstehung eines Niedriglohnssektors missbraucht werden. Besondere Wertschätzung in diesem Bereich verdienen all jene Aktivitäten, die zugleich in regionale Entwicklungsprojekte eingebunden sind.

Wo neue Geschäfts- und Beschäftigungsfelder erschlossen werden, gehört auch eine entwickelte »*Kultur der Selbstständigkeit*« dazu. Wir unterstützen Initiativen wie Projekte, die Wissen und Erfahrungen über berufliche Selbstständigkeit bündeln und vernetzen. Deutlich mehr *Studierende* der Universitäten und Fachhochschulen sollten als Existenzgründer gewonnen werden. Initiativen wie das Modellprojekt UNIVATIONS der Hochschulen im Süden Sachsen-Anhalts, das interessierte Studierende, Absolventinnen und Absolventen informiert, berät und begleitet (Mentorenetzwerke), weisen einen Weg, der breiter ausgebaut werden sollte. Der wirtschaftliche Aufbruch braucht Existenzgründer und Selbstständige – aber er kann nicht allein auf ihren Schultern ruhen.

#### Neue Pfade zur Rückkehr in die Erwerbsarbeit

Hartz IV kommt alle teuer zu stehen. Mit Milliarden Euro wird der dauerhafte Ausschluss von Millionen Menschen aus der Erwerbsarbeit finanziert – mit gelegentlichen Gastrollen am Rande der Arbeitswelt in Gestalt von »Arbeitsgelegenheiten« für einen Euro die Stunde. Die Mittel, die dafür aufgewandt werden, können und müssen anders verwendet werden: durch die Bündelung der gegenwärtig für das Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft und die so genannte Mehraufwandsentschädigung für Ein-Euro-Jobs aufgebracht Gelder sowie durch ihre Kombination mit bereits vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und Europäischer Union – zum Beispiel aus dem Europäischen Sozialfonds – sind durchaus existenzsichernde Löhne in regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäfti-



gung in öffentlich geförderten und gemeinnützigen Beschäftigungssektoren möglich. Auch damit könnte man *Hartz IV nach vorn auflösen* – freilich nicht für alle Betroffenen, aber doch bundesweit für schätzungsweise 500.000 Menschen. Sachsen-Anhalt mit seiner besonders hohen verfestigten Arbeitslosigkeit sollte hier in jeder Hinsicht eine Vorreiterrolle spielen.

Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich außerhalb des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch einen Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, für die die spezifischen Bedingungen tariflich auszuhandeln sind. Eine gegenüber bestehenden Tarifen für vergleichbare Tätigkeiten einstweilen geringere Bezahlung soll durch kürzere Arbeitszeiten, durch familien- und qualifizierungsfreundliche Arbeitsbedingungen, Chancen für Ältere und Geschlechtergerechtigkeit kompensiert werden. Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in transparenten Verfahren eingerichtet werden. Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine für kleine und mittlere Unternehmen schädliche Konkurrenz müssen vermieden werden.

Zu den Verlierern des globalen Verdrängungswettbewerbs gehören die gering Qualifizierten in unserem Land. Viele von ihnen werden als »überflüssig« behandelt oder in die Schwarzarbeit abgedrängt. Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden. Deswegen soll die Arbeit dieser Menschen für sie selbst und für die Unternehmen lohnender werden – und zwar nicht durch Kürzung der Nettolöhne, wie andere Parteien fordern, sondern durch Entlastung der Bruttolöhne (*LohnPlus-Modell*). Die Solidarität der Gesellschaft muss darin bestehen, dass die unteren Tarifgruppen von Sozialabgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollständig oder teilweise freigestellt werden. Die Arbeitsverhältnisse bleiben dabei sozialversicherungspflichtig – die Zahlung der Beiträge wäre von der öffentlichen Hand zu übernehmen. Und natürlich müssen die Tarifstrukturen erhalten bleiben. Lohnkürzungen und eine Ausweitung des Niedriglohnssektors, wie von anderen Parteien gefordert, sind kein gangbarer Weg zu mehr Beschäftigung. Notwendig sind zudem bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote.

Mit solchen neuen Arbeitsmarkt- und Wirtschafts-förderungsmodellen entstünden auch Keimformen einer neuen Art von öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren – basierend auf einer Verknüpfung von öffentlicher Förderung mit tatsächlichen unternehmerischen Subjekten im Non-Profit-Bereich – wie etwa bei der Anwendung von LohnPlus-Modellen.

Das Verfahren lässt sich aber auch andersherum denken: Öffentlich inspirierte und finanzierte Installation von unternehmerischen Subjekten, die bislang unerledigte gesellschaftlich notwendige Arbeit organisieren oder eben auch neue Geschäfts- und Beschäftigungsfelder erschließen, die angesichts der Kapital-schwäche im Osten sonst unerschlossen blieben. So könnte die beschriebene Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse, kombiniert mit weiterer zielgerichteter Förderung, am Anfang eines Prozesses stehen, wo aus Gründungen unter öffentlichem Dach eigenständige, sich selbst tragende Unternehmen entstehen. Dieser Prozess könnte sich über fünf bis sieben Jahre erstrecken – bei degressiver öffentlicher Unterstützung und mit dem Anspruch, am Ende dieser Periode zunächst im Non-Profit-Bereich stabil existenzfähig zu sein. Bei einsetzender Gewinnerwirtschaftung wäre über die Rückzahlung öffentlicher Mittel zur Refinanzierung neuer ÖBS-Projekte nachzudenken.

Derartige Möglichkeiten öffentlicher Förderung scheinen insbesondere geeignet, der Verteuerung von Dienstleistungen in immer weniger besiedelten ländlichen Räumen zu begegnen – einer Verteuerung, die dazu führt, dass sich die private Wirtschaft mangels Gewinn zurückzieht und damit zugleich Versorgungslücken aufreißt. Hier gilt es, sowohl eine andere Logik – nämlich die des Non-Profit-Bereichs – zu etablieren, als auch für den nötigen Anschlag und die Stabilisierung der Akteure zu sorgen. Dazu könnten die Versorgung mit Waren des Grundbedarfs, aber auch mit Dienstleistungen wie Post oder Apotheken, öffentlicher Transport oder auch die Unterstützung der ärztlichen Versorgung gehören. Die künstliche Verbilligung von Arbeitskraft würde in solchen Fällen die Daseinsvorsorge stützen und begleiten.

### **Umbau, Öffnung und Erweiterung der Arbeitswelt**

Die Arbeitsmarktreformen des Bundes und insbesondere von Hartz IV gingen am grundlegenden Beschäftigungsproblem in den neuen Bundesländern vorbei: Das Arbeitslosenproblem ist kein Problem der Vermitt-

lung oder der Inaktivität von Arbeitslosen, sondern ein Problem des Fehlens von Arbeitsplätzen und von Feldern für selbstständige Erwerbsarbeit. Eine Lösung kann deshalb nicht durch den verschärften Druck auf Arbeitslose entstehen, sondern nur durch die Suche nach innovativen Wegen zur Erhaltung bestehender und zur Entwicklung neuer Beschäftigungsverhältnisse. Zu mehr Beschäftigung werden wir nur kommen, wenn diese Erkenntnis endlich auch auf der Ebene der Bundespolitik Fuß fasst und wenn dort die Unterstützung innovativer Projekte und Verfahren in der Beschäftigungspolitik Vorrang vor der formalen Verwaltung der Arbeitslosigkeit erlangt. Wir wollen mit aller Kraft *innovative Projekte für eine neue, zukunfts-fähige Beschäftigungspolitik initiieren und hierbei die bestehenden Mittel aller Haushaltsressorts konzentrierter und intelligenter auf neue Wege zur Beschäftigung richten*.

Strategisch stellen wir in der Landespolitik folgende Ziele der Arbeitsmarktförderung in den Mittelpunkt:

■ **Strukturwandel der Arbeit unterstützen:** Ein zukunftsorientiertes Landeskonzept zur Erwerbsarbeit muss darauf gerichtet sein, den Strukturwandel von traditionellen Erwerbsverhältnissen in moderne, flexible und wissensbasierte Erwerbsstrukturen aktiv, gesellschaftlich innovativ und sozial zu gestalten. Wir halten es für möglich, in unserem Land innovative Projektideen zu suchen und zu realisieren, die dem Wandel der Arbeit bei sozialer Grundsicherung besser Rechnung tragen. Zu unterstützen wäre die experimentelle Erprobung sozial innovativer Tätigkeits- und Erwerbsmuster, die eine flexible Kombination von Erwerbsarbeit in abhängiger oder unabhängiger Form (neue Selbstständigkeit), Erwerbspausen für Bildungs- und Elternzeiten, Eigenarbeit und Bürgerarbeit im Lebensverlauf enthalten. Die Vielfalt sich abzeichnender neuer Arbeitsformen, Selbstständigkeit wie Projektarbeit, bedarf zum Teil neuartiger Formen sozialer Absicherung und Unterstützung. Hier kann Deutschland, kann unser Land von anderen Ländern viel lernen. Etwa vom dänischen Modell der *Vicare* – das sind Arbeitslose, die die Stelle von Erwerbstätigen besetzen, während diese sich weiterbilden. Im Schnitt bekommen drei Viertel der Arbeitslosen danach eine feste Stelle. Oder vom schwedischen Modellversuch *Projektarbeit*; Arbeitslose erhielten ein Anrecht auf Fortzahlung des Arbeitslosengeldes, während sie

gleichzeitig in Voll- oder Teilzeit an einem Projekt teilnehmen, das Praktika oder Ausbildung beinhaltete, die die übrigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht umfassten. Dabei war viel Spielraum für lokale Initiativen vorgesehen – vor allem für Gemeinden und Arbeitsämter, aber auch Gewerkschaften und gemeinnützige Organisationen.

Die vielfach beschworene, zumeist erzwungene Flexibilität des neuen »Arbeitskraftunternehmers« muss umgekehrt werden in eine selbstbestimmte vielgestaltige und reichhaltige Lebensführung, die mit unternehmerischen Interessen an hoch motivierten und kompetenten Arbeitnehmern durchaus kompatibel sein kann. Ein solcher Weg kann nicht allein aus der Kraft eines Bundeslandes heraus begangen werden, erfordert er doch eine hinreichende soziale Absicherung auch in den Zeiten von Erwerbspausen – letztlich den Anspruch auf eine Grundsicherung, die nicht nur den Überlebensbedarf, sondern auch die Teilhabe an Bildung, Kultur und Gesellschaft ermöglicht. Von großem Interesse sind auch hier die Erfahrungen in anderen europäischen Regionen. Grundsätzlich setzt sich *DIE LINKE* für eine sozial gerechtere Verteilung der verfügbaren Erwerbsarbeit ein. Das geht nur über eine Verkürzung von Jahresarbeitszeiten, die mit mehr Spielraum für selbstbestimmte Bildungs- und Erwerbsverläufe verbunden ist.

■ **»Neue Vollbeschäftigung«:** Das strategische Ziel einer »neuen Vollbeschäftigung« sieht grundlegend anders aus als die einst an den Mustern und Traditionen der Industriegesellschaft orientierte Vorstellung von »Vollbeschäftigung«. Beschäftigung wird in Zukunft nicht mehr wie im früheren Maße über wirtschaftliches Wachstum entstehen. Unsere Vorstellung einer »neuen Vollbeschäftigung« bezieht sich auf Lebenszeiten, schließt Kontinuitäten, Diskontinuitäten, neue Inhalte und neue Verteilungen gesellschaftlich anerkannter Arbeit ein. Sie schließt auch ein, dass es immer Menschen geben wird, die aus freier Entscheidung oder umständehalber keine Beschäftigung wahrnehmen. Es muss jedoch eine Entwicklung verhindert werden, bei der ein Drittel der Erwerbsfähigen über relativ gesicherte und qualifizierte Erwerbsverhältnisse verfügt und zwei Drittel entweder in dauerhaft prekären Erwerbsverhältnissen leben müssen oder vollständig von existenzsichernden Arbeitsverhältnissen ausgeschlossen sind.

■ **Existenzsichernde Erwerbseinkommen:** Flexibilisierung der Arbeit muss allen Bürgerinnen und Bürgern in der Summe ihrer Haushaltseinnahmen ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen. Das ist das Gegenteil der heutigen Flexibilisierungstrends, die sowohl auf mehr Arbeit als auch auf weniger verfügbares Einkommen hinauslaufen. Politik kann dies nicht vollständig steuern, muss aber so gut und so kreativ wie möglich hierauf Einfluss nehmen, insbesondere durch die Fixierung von *Mindeststandards für die Vergütung von Beschäftigung*. DIE LINKE tritt deshalb für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, der zumindest netto an der Pfändungsfreigrenze ausgerichtet sein muss. Sie unterstützt zudem die Gewerkschaften in ihrem Engagement um die Sicherung von Arbeitnehmerrechten. Hierbei sollten Spielräume für die lokalen, regionalen und branchenspezifischen Besonderheiten bleiben. Zum anderen geht es um die Suche und Unterstützung innovativer Projekte und Modelle, die Menschen in sozialbedürftigen Haushalten Wege zu ergänzendem und letztlich zu existenzsicherndem Erwerbseinkommen öffnen.

■ **Den Beschäftigungsgrad insbesondere der Frauen erhalten und schließlich erhöhen:** Das kann nicht nur Tendenzen der Abwanderung eindämmen, sondern ist grundsätzlich mit einer erhöhten Nachfrage nach personenbezogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen verbunden. Mehr Erwerbsarbeit für Frauen kann somit im doppelten Sinne Beiträge zur Entstehung neuer Arbeitsplätze erbringen. Der gegenwärtige Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen ist mit rund 46 Prozent etwas höher als im Durchschnitt der Bundesrepublik, andererseits sind in den letzten Jahren gerade Berufstätigkeiten von Frauen in Minijobs umgewandelt oder gänzlich beseitigt worden. Die Erhöhung der Frauenbeschäftigung muss mit gleichberechtigter Teilhabe einhergehen.

■ **Den Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung mit konstruktiven Konzepten entsprechen:** Qualifikationspotenziale, Kompetenzen und Lebenserfahrungen älterer Menschen sind besser zu nutzen und innerhalb wie außerhalb der Erwerbsarbeit, insbesondere in lokalen und regionalen Gestaltungsprozessen stärker zur Geltung zu bringen. Es wird der schrittweise Aufbau einer Seniorenwirtschaft im Bundesland angestrebt, die auf regionale wie interregionale Kooperationsmuster gestützt ist und sich an Er-

fordernissen, Ansprüchen an Lebensqualität und Nachfragepotenzialen einer älter werdenden Bevölkerung orientiert. Hierbei geht es um neue Synergieeffekte zwischen sozialen Trägern, Wohlfahrtsorganisationen, Wohnungsbau, Kultur, Tourismus, innovativen Technologien usw. mit dem Ziel neuer Dienstleistungen und Produkte für ältere Menschen. Das Altern der Gesellschaft ist keine Bedrohung, wohl aber eine Herausforderung und Chance für faktisch alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche. Wirtschaftliche und soziale Innovationen können so miteinander verbunden werden, dass neue, qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen auch anderen sozialen und Altersgruppen zugute kommen.

■ **Lokale und regionale Beschäftigungskonzeptionen:** In den Teilregionen des Landes Sachsen-Anhalt sollten innovative lokale und regionale Beschäftigungskonzeptionen erarbeitet werden. Hierzu muss der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilregionen des Landes wie auch in europäischer Dimension unterstützt werden. Die Entwicklung von Beschäftigung auf der lokalen und regionalen Ebene hängt nicht allein und oft auch nicht in erster Linie von finanzstarken Investoren ab. Durch die Zusammenarbeit regionaler Akteure können die Voraussetzungen für Wirtschaftsansiedlungen substanziell verbessert werden. Wirtschafts- und Beschäftigungsfelder können durch Bündelung der Aktivitäten regionaler Akteure systematisch entwickelt werden – so zum Beispiel in Feldern der stofflichen und energetischen Verwertung von Biomasse, der Anwendung regenerativer Energien, der Entwicklung regionaler Produkte in Verbindung mit dem Tourismus oder im Bereich sozialer Dienste. Ein Kernstück der Regionalisierung von Beschäftigungspolitik besteht deshalb darin, die Entwicklung regionaler Netzwerke für Wirtschaft, Marketing und Beschäftigung zu unterstützen und entsprechende Managementstrukturen hierfür zu stabilisieren.

Prinzipiell hängen all diese strategischen Wege auch davon ab, wie sich die **Bundesebene** in der Arbeitsmarktpolitik positioniert.

Wir treten dafür ein, dass die *Arbeitsmarktpolitik in Deutschland stärker regionalisiert wird*. Das betrifft sowohl die Regionalisierung von arbeitsmarktpolitischen Mitteln des Bundes (Regionalbudgets für Länder und Kommunen) als auch die Regionalisierung der

Strukturen der Bundesagentur für Arbeit selbst. Mit den jüngsten Reformen sind hierzu erste Schritte gegangen worden, aber nicht mehr.

Die Arbeitsmarktpolitik des Bundes muss sich *stärker auf Strukturförderungen, in denen Erwerbsarbeit entsteht, orientieren*. Das Problem der Arbeitslosigkeit lässt sich nicht über »Arbeitsmarktpolitik« allein lösen – Beschäftigungspolitik muss vielmehr zu einem zentralen Thema von Gesellschaftspolitik werden. So unterstützen wir die gemeinsame Forderung der ostdeutschen Arbeitsminister nach einem kommunalen Infrastrukturprogramm, mit dessen Hilfe Arbeitsplätze geschaffen werden können. Auf dieser Grundlage könnten beispielsweise auch Projekte gefördert werden, die über 3 oder 5 Jahre hinweg einen gleitenden Übergang in die Selbstständigkeit erlangen können. Wichtig ist die Unterstützung beschäftigungsfördernder Netzwerke und Managements, weil deren Ergebnisse vielfach zu neuer Beschäftigung führen können. So könnte es eine Förderung arbeitsmarktpolitischer Pilotprojekte zur betrieblichen Personalkooperation geben oder zur Bildung »sozialer Betriebe« und Genossenschaften, wenn dadurch nachhaltig Arbeitsplätze geschaffen werden.

Generell sollte künftig Wirtschafts- und Innovationsförderung enger mit Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung verbunden werden. Das betrifft auch erweiterte Möglichkeiten zur Kombination von Förderprogrammen.

*Dringlich ist eine beschäftigungsfördernde und armutsverhindernde Anpassung von Instrumenten der Bundesagentur*: Kommunal angesiedelte beschäftigungsfördernde Maßnahmen wie ABM, BSI (Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung) und MAE sollen als Eigenmittel der Kommunen bei geförderten Investitionsvorhaben angerechnet werden. Die Rahmenfrist für den Erwerb eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld soll verkürzt werden. Die mögliche Dauer von ABM-, MAE- und BSI-Maßnahmen soll verlängert werden und die Möglichkeit von bis zu 5-jährigen degressiven Projektförderungen einschließen, wenn damit aussichtsreich ein Übergang in selbstständige Erwerbsverhältnisse angestrebt wird. Statt das Renteneintrittsalter hinauszuschieben, müssen für erwerbslose Menschen über 55 Jahre wirksamere Formen der Verbindung von Beschäftigungsförderung, Rentenübergang und gesellschaftlicher Nachfrage nach den Erfahrungen Älterer gefunden werden. Die derzeitige Grenze für Arbeitslosengeld II – sie liegt bei 331 Euro –

soll nicht nur an das westdeutsche Niveau angepasst, sondern auch schrittweise erhöht werden. Ebenso sollen die Freibeträge für Einkommen und Vermögen der mit ALG-I-Empfänger/-innen zusammenlebenden Personen einer »Bedarfsgemeinschaft« bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II erhöht werden. Die Entschädigungssumme bei MAE muss auf ein menschenwürdiges Maß erhöht werden. Die Hinzuzuerdienstmöglichkeiten und die Kombinationsmöglichkeiten von MAE und anderen öffentlichen Mitteln sollen erweitert, Qualifikationsanteile erhöht, der Zwangscharakter beseitigt und bürokratische Prozeduren minimiert werden. MAE-Maßnahmen sind stärker an nachhaltige regionale Strukturentwicklungsprojekte anzubinden. Wir schlagen vor, dass MAE-EmpfängerInnen das Recht erhalten, statt der Zahlungen für ALG II, Wohnkosten und Ein-Euro-Jobs dieses Geld zuzüglich eines steuerfinanzierten Zuschusses selbst einzusetzen für die Finanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes oder einer selbstständigen Tätigkeit.

Durch den Rückgang der Erwerbsarbeit schaffenden Maßnahmen seitens der Bundesagentur werden die ESF-Mittel im Land Sachsen-Anhalt in der kommenden Förderperiode weniger als bisher zur Kofinanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen herangezogen. ESF-Mittel sollen deshalb stärker für die Entwicklung *innovativer Pilotprojekte* für Beschäftigung und für die *qualitative Entwicklung des Humanpotenzials* genutzt werden. So kann das Land Sachsen-Anhalt praktikable Wege suchen und aufbauen, die die oben genannten strategischen Ziele näher rücken.

Hierzu sind Informationsaustausch und Wettbewerb um die besten Wege zu organisieren. Ohne Umsteuerung von einer vorwiegend administrativen, regelorientierten Landesarbeitsmarktpolitik zu einer wirklich kreativen, innovativen Politik wird dies nicht gehen. Das betrifft die Umwidmung der Hartz-IV-Mittel zugunsten SV-pflichtiger Beschäftigung oder das Lohn-Plus-Modell. Wir wollen solche innovativen Pilotprojekte darüber hinaus in folgende Richtungen lenken:

■ Statt verschärften Drucks auf Erwerbslose sollen neue Möglichkeiten für die Entwicklung ergänzender und Nebenerwerbstätigkeit für Erwerbslose gefördert werden. Dadurch können neue Chancen für gleitende Wege von der Arbeitslosigkeit in abhängige oder selbstständige Teilerwerbs- und Vollerwerbstätigkeiten gefunden werden.



■ Anreize sollen stärker auf die Übernahme innovativer Entwicklungsprojekte hin entwickelt werden. Hierzu können ESF-Mittel stärker als bisher mit der Förderung von regionalen Entwicklungsprozessen verbunden werden.

■ Statt über eine Ausweitung von Arbeitszeiten den Zugang von Menschen zum Arbeitsmarkt zu blockieren, soll Landespolitik – auch und gerade für den öffentlichen Dienst – auf solidarische betriebliche und regionale Beschäftigungspakte für eine deutliche Verkürzung von Arbeitszeiten hinwirken. So können Arbeitsplätze erhalten und der Zugang von jungen Menschen in die Arbeitswelt geöffnet werden, darunter auch für junge Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Forschungs- und Entwicklungsinstituten oder an Technologiezentren, IT-Systembetreuer und andere Spezialisten in Verwaltungen usw. Wir brauchen hierfür Spielräume für unterschiedliche Wege, die Verbreitung von Erfahrungen und die Förderung innovativer Projekte, die zu mehr Beschäftigung führen.

■ Es sollen neue Wege für den Dialog der betrieblichen und tariflichen Sozialpartner geöffnet und kommuniziert werden. So z. B. über finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten von Arbeitnehmern an Unternehmen, über die Entwicklung moderner Arbeitsbeziehungen, über eine flexible Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeiten im Sinne kreativer Gemeinschaftsarbeit und Projektentwicklung und unter Einbeziehung der Teilhabe von Arbeitnehmer/-innen. Hierbei geht es auch um die Entwicklung von Modellen zur Wahrnehmung sozialer Verantwortung seitens der Unternehmen.

### **Bildung: Das Tor in die Zukunft öffnen**

Mit dem Übergang zur »Wissengesellschaft« sind Produkte und Dienstleistungen immer stärker auf Wissen basiert. Nicht nur einzelne Teilbereiche, sondern die ökonomische Gesamtstruktur unterliegt einer dynamischen Veränderung: Produkte und Dienstleistungen gründen auf »eingebaute Intelligenz und Expertise«. Gewiss wird die wirtschaftliche Zukunft Sachsen-Anhalts nicht ausschließlich durch den Trend zu wissensbasierten Produkten und Dienstleistungen gekennzeichnet sein. Aber selbst traditionelles Meisterhandwerk und einfache manuelle Arbeiten sind heute eingebunden in die Formen telematischer Koordina-

tion und Kommunikation. Moderne Autos haben sich in »Computer auf Rädern« verwandelt, wer sie heute reparieren will, kommt mit dem Maulschlüssel allein nicht mehr zurecht, er muss sich auch in Informatik auskennen. Dieser Prozess verläuft höchst widersprüchlich – klar ist jedoch: Der Trend zur wissensbasierten Wirtschaft wird sich in den nächsten Jahren weiter beschleunigen und verbreitern.

Vom Bildungsniveau in seiner ganzen Komplexität hängt also entscheidend ab, ob und inwiefern unser Land und jeder einzelne Bürger, jede einzelne Bürgerin eine Zukunftschance hat oder nicht. Der jetzige Stand ist vor diesem Hintergrund bei weitem nicht ausreichend.

International vergleichende Analysen (OECD-Studien, PISA, IGLU, TIMMS) bestätigten das. Die dreigliedrigen schulischen Bildungssysteme der Bundesländer sind in ihren Grundstrukturen nicht zeitgemäß, sie entsprechen weder sozialen noch wirtschaftlichen Erfordernissen einer auf Bildung und Wissen basierten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nicht nur die ermittelten *Lernleistungen* deutscher Schüler geben Anlass zu größter Besorgnis, auch die soziale Chancengerechtigkeit ist höchst unzureichend gewährleistet: In keinem der 31 Vergleichsländer ist die Abhängigkeit der Bildungspartizipation von der *sozialen Herkunft der Kinder* so stark ausgeprägt wie in Deutschland. Bereits bestehende soziale Ungleichheiten werden durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung reproduziert und verstärkt. Gute Bildung ist nicht allen Kindern und Jugendlichen zugänglich; Spitzenleistungen werden nicht in der Breite herausgebildet und gefördert.

Auch wenn Bildungsaufgaben in Schulen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen längst nicht allein von staatlichen Institutionen wahrgenommen werden, behält der Staat eine Schlüsselrolle, allen den Zugang und die Teilhabe an hoher und höchster Bildung zu gewährleisten, bei der Evaluation und Qualitätssicherung, bei der Lehrerfort- und -weiterbildung, der Unterrichtsforschung, bei der Bestimmung von Bildungsstandards und bei der Organisation eines breiten demokratischen Diskurses über Bildungsfragen. Es muss gewährleistet werden, dass erworbene Kompetenzen, Abschlüsse und Zertifikate mehr als bisher im nationalen und internationalen Rahmen anerkannt werden und für Weiterqualifizierungen kompatibel sind. Bei der Festlegung und Einhaltung von Qualitätsstandards hat der Staat eine aktive Rolle zu

spielen. Wir sehen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen – dafür, dass sie Entwicklungschancen haben, und dafür, dass sie sie nutzen können. Die Verantwortung der Familie wird dadurch weder ausgehebelt noch ignoriert, sondern kann erst auf dieser Grundlage wirklich wahrgenommen werden. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung in die Familien zu delegieren und lediglich Restbestände als soziale Notfallhilfe zu belassen, ist keine akzeptable Entwicklung.

Notwendig ist eine auf soziale Gerechtigkeit gerichtete, demokratische und an den Herausforderungen moderner gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklung orientierte **Gesamtreform des Bildungssystems**. Sie muss Schul- und Berufsausbildung, Hochschulbildung, Weiterbildung und wissenschaftliche Transfereinrichtungen umfassen:

■ *Frühkindliche Bildung und Erziehung*: Bereits im frühen Kindesalter werden entscheidende Weichen gestellt, welche Lebenspläne reifen und realisiert werden können. Alle Kinder brauchen daher einen Rechtsanspruch auf einen vollen Kita-Platz – unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern. (Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Änderung des § 24 SGB VIII ein, damit auch bundesweit jedes Kind dieses Recht erhält.) Der Bildungsauftrag für Kitas ist gemeinsam mit allen Beteiligten fortzuschreiben, weiterzuentwickeln und umzusetzen. Das schließt auch eine entsprechende Ausbildung der ErzieherInnen ein. Neben Malta ist Deutschland das einzige EU-Land, wo die Ausbildung von ErzieherInnen nicht maßgeblich an die Hochschule gebunden ist. Die bereits in der Praxis tätigen ErzieherInnen benötigen die Möglichkeit, sich entsprechend fort- und weiterzubilden. Dies kann nicht allein dem ehrenamtlichen Engagement nach Feierabend überlassen werden und darf schon gar nicht auf Kosten des Personalschlüssels erfolgen. Hierfür sind entsprechende Finanz- und Zeitbudgets gesetzlich zu verankern.

Gute Kita-Angebote setzen eines nicht außer Kraft: Starke Kinder brauchen starke Eltern. Die Ohnmacht vieler Eltern aber ist nicht zu unterschätzen. Damit dürfen Eltern und ErzieherInnen nicht allein gelassen werden. Eine stärkere Kooperation mit den im Land existierenden Familienverbänden und weiteren Angeboten anderer Träger ist angeraten. Hierfür bedarf es kommunaler Verbände, die durchaus auf ehrenamtli-

cher Ebene tätig sein sollten. Dies kann zugleich eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements darstellen.

■ Langfristig führt auch in Sachsen-Anhalt nichts am *Konzept der »Gemeinschaftsschule«* vorbei. Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt will eine Schule für *alle* Kinder, in der von Anfang an jede Schülerin und jeder Schüler mit dem Ziel unterrichtet wird, am Ende des 10. Schuljahrgangs einen qualifizierten Schulabschluss erlangen zu können. Keinem sollen aufgrund einer Entscheidung im 4. oder 6. Schuljahrgang Bildung vorenthalten und Chancen verwehrt werden. In Sachsen-Anhalt soll der Weg zur Gemeinschaftsschule vor allem über eine deutliche Entwicklung der Sekundarschulen erfolgen. Diese Schulen sollen den heute noch vorhandenen Niveauunterschied zum Gymnasium überwinden und zugleich eigene Stärken ausbauen. So soll eine einheitliche Organisationsform von Schule in der Sekundarstufe I möglich und die klassische Trennung in Gymnasium und Sekundarschule aufgehoben werden. Darüber hinaus sollen dort, wo heute schon die Aufteilung der schwindenden Schülerzahlen auf verschiedene Schulformen ein wohnortnahes, leistungsfähiges Bildungsangebot erheblich erschwert, alsbald neue Schulstrukturen eingeführt werden können. So sollen in allen Regionen qualifizierte Bildungsangebote wirtschaftlich vertretbar vorgehalten werden.

Die Veränderungen sollen schrittweise erfolgen, um Irritationen und Brüche in den Abläufen, die durch tiefe Einschnitte entstehen können, zu vermeiden. Auch die öffentliche Akzeptanz und Unterstützung wird erst allmählich wachsen können, schließlich zielt die Reform auf eine inhaltliche und strukturelle Umgestaltung des gesamten Schulsystems, die mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren in Anspruch nehmen wird.

Der Gefahr der Gleichmacherei muss begegnet werden. »Eine Schule für alle Kinder« wird sich nur behaupten können, wenn sie sich fähig zeigt, jede und jeden individuell zu fördern, anzusprechen, zu akzeptieren. Sie muss mehr Spitzenköpfe hervorbringen, mehr Nachteile ausgleichen und völliges Versagen möglichst ausschließen.

Durch den Einsatz speziell ausgebildeter pädagogischer Fachkräfte an allen Schulformen soll die Arbeit der LehrerInnen unterstützt werden. Insbesondere der Umgang mit leistungsgemischten Lerngruppen erfordert eine differenzierte Vermittlung des Lernstoffs und stellt neue anspruchsvolle Aufgaben an die Pädagogen.



Für die Zukunft müssen für diese pädagogischen Fachkräfte spezifische Ausbildungsprofile entwickelt werden, die in Form eines Hochschulstudiums zu vermitteln sind.

»Schulen für alle Kinder« brauchen ein individuelles Profil, ein hinreichendes Maß an Handlungsspielräumen und Autonomie; sie können untereinander in einen produktiven Wettbewerb eintreten. Für ihre öffentliche Wirksamkeit sollten Schulen zunehmend unterstützende Partner gewinnen und ein festgesetztes Rahmenbudget als Impuls für Kreativität und Eigenverantwortung erhalten. Schulen benötigen eine stärkere zivilgesellschaftliche Verankerung, »soziales Kapital« (Fördervereine, Partnerschaften) und als wichtiger kommunalpolitischer Akteur die feste Einbettung ins gesellschaftliche Umfeld.

■ Fundamentale Bedeutung hat die *Grundschule*. Durch individuelle Förderung jedes Kindes müssen hier bestmögliche Voraussetzungen für weiterführende Bildungsgänge entstehen. Förderkonzepte, beginnend mit der ersten Klasse, werden sowohl auf Nachteilsausgleich wie auf die Förderung besonderer Begabungen ausgerichtet. Es sollen Modellprojekte gefördert werden, die Teamarbeit und klassen- oder jahrgangsübergreifendes Lernen ermöglichen. Die bisherige Ausgestaltung der flexiblen Schuleingangsphase an einigen Modellschulen hat sich bewährt, um individuelle Fähigkeiten zu entwickeln und Bildungsbenachteiligungen auszugleichen. Die flexible Schuleingangsphase ist seit 2005 für alle Grundschulen verbindlich. Ziel muss es sein, sie inhaltlich weiter auszugestalten und zu entwickeln.

■ Der Grundschule soll sich eine moderne *Sekundarschule* anschließen, die allen Kindern offen steht und als ein Bildungsgang angelegt ist, der auf neue Lernformen und neue Anforderungen der Allgemeinbildung flexibel reagieren kann. Ohne Nachteile gegenüber einer gymnasialen Ausbildung sollte sich an die Sekundarschule in der Regel nach erfolgreichem Abschluss der 9. Klasse auch ein *direkter dreijähriger Bildungsgang* zum Abitur anschließen können. Die Schulzeit bis zum Abitur soll zwölf Jahre nicht überschreiten. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems vollzieht – mit beträchtlicher Verzögerung – die Auflösung der klassischen Gliederung der Arbeitswelt in Blue- und White-Collar-Beschäftigte, in ausschließlich handwerklich und ausschließlich geistig Tätige nach.

Insbesondere die Sekundarschule soll sich der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen verpflichtet fühlen und vor allem einen zielgerichteten Nachteilsausgleich realisieren.

Es ist wichtig, dass insbesondere die Sekundarschule auf das spätere berufliche Leben der Schüler bezogen ist und enge Verbindungen zum wirtschaftlichen wie zum sozialen Leben des Umfelds in ihr Bildungsprofil integrieren kann (polytechnische Orientierung). Sie sollte mit Einrichtungen der Berufsbildung zusammenwirken, um Berufsorientierung und -beratung qualifiziert anbieten zu können. Jede Sekundarschule wird kooperative Beziehungen zu wichtigen lokalen bzw. regionalen Unternehmen anstreben und vielfältige Formen praktischer Tätigkeit mit dem Wissenserwerb verbinden.

An den *Gymnasien* soll eine weitere Entwicklung des Inhalts und der Lehr- und Lernmethodik erfolgen. Es geht um das Lehren und Lernen in heterogenen Gruppen; der weitgehend selektive, auf Tests, Punkte und Abschlüsse orientierte Bildungsstil soll zugunsten auf Kompetenzerwerb orientierter Lehr- und Lernstrategien überwunden werden. Der Zugang zum Gymnasium darf nicht eingeschränkt werden.

Förderzentren sollen einen wirksamen Beitrag leisten zum spürbaren Ausbau des gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen, mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Diskriminierungen jeglicher Art im Bildungsprozess sollen überwunden, Unterschiede für alle produktiv gemacht werden. Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf bzw. ihre Eltern sollen nach Beratung selbst entscheiden können, ob sie eine Förderschule oder eine andere Schule besuchen wollen.

■ Auf der Grundlage des geltenden Hochschulrechts sollen *mehr Wege zum Hochschulstudium* eröffnet und der Anteil der Jugendlichen erhöht werden, der ein Hochschulstudium aufnimmt. In beruflichen Ausbildungsgängen sollen in größerem Umfang als bisher Zusatzangebote bereitgestellt werden, um eine fachgebundene oder allgemeine Zugangsberechtigung zu Hochschulen zu erwerben. Dabei sind Studienquoten wie in den fortgeschrittensten Ländern anzustreben (z. B. Finnland: 60 Prozent); zu prüfen wäre, ob solche Quoten hilfsweise festzuschreiben wären.

■ *Ganztagsschulen* sollen sich in allen Schulformen entwickeln und durch eine höhere Qualität von Unterricht und Bildung auszeichnen. Sie sollen mehr Zeit zum Lernen ermöglichen, Zeit, erlerntes Wissen auszuprobieren und zu vertiefen. Ganztagsschulen müssen Lern- und Gestaltungsorte sein mit einem besonderen kreativen Anspruch. Sie stehen dafür, dass Bildung mehr ist als Wissen und Kompetenz. Sie sollen viel Raum geben für demokratische Mitgestaltung und gesellschaftliches Engagement von Kindern, Jugendlichen und Pädagogen. Im Land soll ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Netz von Ganztagsschulen entstehen, die ungeachtet der möglichen Öffnung der Schulbezirke in jedem Fall frei angewählt werden können. Das erfordert eine zielgerichtete Entwicklung in allen Landkreisen und Städten.

Ein von der Linkspartei angestrebtes neues Schulgesetz soll darüber hinaus neue Angebote zur institutionellen pädagogischen Begleitung und zur regelmäßigen Fort- und Weiterbildung vorsehen. Allen Fachkräften sollen hochwertige Fortbildungsangebote zur Entwicklung ihrer Professionalität auf allen Ebenen offen stehen. Angestrebt werden gesetzliche Rahmenbedingungen, um den Pädagogen im Berufsleben mehrfach längerfristige Fortbildungsabschnitte zu ermöglichen.

Das bis 2006 entstehende Schulnetz darf nicht weiter ausgedünnt werden. Die Rahmenbedingungen der Schulentwicklungsplanung sollen Landkreisen und kreisfreien Städten ermöglichen, vorhandene Schulen zu erhalten und ggf. durch sinnvolle Konzentration von Schülerströmen effektiver zu nutzen. Es soll geprüft werden, inwieweit im Zuge von Verwaltungsreformen deutlich vergrößerten Landkreisen ein Pool von Lehrpersonalstellen zur eigenen Bewirtschaftung übertragen werden kann.

■ Eine qualifizierte *berufliche Erstausbildung*, die auf auswahlfähigen modernen Angeboten gegründet ist, bildet ein wichtiges Fundament für das Erwerbsleben junger Menschen. Neben den fachlichen Qualifikationen gewinnt auch in dieser Bildungsphase die Befähigung zu selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln, die Entwicklung sozialer Kompetenzen und von Kreativität eine immer größere Bedeutung dafür, sich im gesellschaftlichen Leben zurechtzufinden. Die berufliche Erstausbildung muss darüber hinaus Grundlagen für berufliche Flexibilität und Weiterbildungsinteressen vermitteln. Es ist nicht hinzunehmen, dass

sich große Unternehmen immer mehr der Pflicht zur Ausbildungsfinanzierung entziehen, während viele kleine Firmen (insbesondere des Handwerks) oftmals Vorbildliches leisten. Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt drängt auf eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) durch den Bundestag, um es gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen anzupassen. Der Geltungsbereich des Gesetzes ist zu erweitern, insbesondere auf ausbildungsvorbereitende Maßnahmen, eine bessere Verzahnung von betrieblicher Ausbildung und Berufsschule sowie verpflichtende Praktika für Lehrerinnen und Lehrer. Die Zugangsmöglichkeiten zu Hochschulen auf der Grundlage abgeschlossener Berufsausbildungen sollen gesetzlich verankert und schrittweise erweitert werden.

■ Unabhängig von der sozialen Stellung des Individuums soll allgemeiner Zugang zu allgemeiner, kultureller, politischer und beruflicher *Weiterbildung* gesellschaftlich garantiert, Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit hergestellt werden. Dazu bedarf es einer angemessenen staatlich finanzierten Förderung von Trägern der Weiterbildung. Die Bildungssozialgesetzgebung zur spezifischen Förderung von Bildungssuchenden muss ausgebaut werden. Bildung und Qualifizierung können nicht mehr allein auf Formen und Institutionen systematischer Bildungs- und Wissensvermittlung begrenzt werden.

Sachsen-Anhalt muss sich auf die Folgen der demografischen Entwicklung für die Berufsausbildung einstellen. Ab 2007, besonders deutlich ab 2010, werden die geburtenschwachen Jahrgänge viele herkömmliche Berufsbildungszentren in die Krise stürzen und die Frage aufwerfen, was mit ihnen geschehen kann. Wir sehen darin auch eine Chance, wenn es gelingt, diese Potenziale für die Herausforderungen der Wissensgesellschaft umzuprofilieren – etwa als Weiterbildungszentren, die auch bis zum Bachelor führen können.

Bildung und Wissenserwerb erweisen sich immer mehr als lebensbegleitende Prozesse – vom frühkindlichen bis zum hohen Alter. Damit sind erhebliche Chancen für die berufliche, vor allem insgesamt für die persönliche Entwicklung verbunden. Aber die anhaltende Dynamik neuer Herausforderungen kann auch zu erheblichen sozialen Verwerfungen, dauerhaftem Stresserleben, Ängsten und neuen Unsicherheiten bei

vielen Menschen führen. Es bedarf der gezielten Intervention und politischen Gestaltung auf Landesebene, damit neue Lern- und Bildungsanforderungen zum allgemeinen Bedürfnis der Persönlichkeitsentwicklung werden können. Notwendig ist eine *neue gesellschaftliche Lernkultur*, in der Teilhabe an Bildung und Wissenserwerb für alle interessierten Bürger sozial gesichert ist und emanzipativ in Anspruch genommen werden kann und *die vorrangig auf breite Bürgerbeteiligung und demokratische Mitwirkung an lokalen, kommunalen und regionalen Projekten gegründet ist*.

Politische Unterstützung verdienen *regionale Lernnetzwerke*, in denen neue, vorrangig informelle Formen des Lernens, der Lernberatung, der interkulturellen und der Medienkompetenz experimentell erprobt und vermittelt werden. Erfahrungen in dieser Richtung werden heute zum Beispiel in den sechs vom Bund geförderten »Lernenden Regionen« in Sachsen-Anhalt gesammelt. Die Stabilisierung und Einbindung von Lernnetzwerken in die Regionalentwicklung spielen eine herausragende Rolle. Wie in vielen Staaten der EU bereits erfolgreich praktiziert, sollten neu erworbenes Wissen und neue Kompetenzen in diesen Lernformen auch *zertifiziert* und gesellschaftlich stärker anerkannt werden.

#### **Sachsen-Anhalt zum europäischen Hochschulstandort ausbauen**

Während an vielen Universitäten und Hochschulen anderer Länder die Hörsäle überfüllt sind und keine gute Ausbildung mehr ermöglichen, bestehen in Sachsen-Anhalt gute Voraussetzungen dafür, mehr Studenten aus anderen deutschen und europäischen Regionen aufzunehmen. Dies hängt auch damit zusammen, dass – demografisch bedingt – in der Perspektive mit einem Rückgang der Bewerberzahlen aus dem Land selbst zu rechnen ist. Sachsen-Anhalt kann in der Hochschulbildung zum Dienstleister für andere Regionen werden. In diesem Zusammenhang treten wir für einen finanziellen Bildungsausgleich zwischen den Ländern der Bundesrepublik und den europäischen Regionen ein. Maßstab dafür wären Quantität und Qualität der Studienplätze in Relation zum Bevölkerungsanteil des Landes in der Bundesrepublik und in der EU.

Gleichzeitig ist die Gewinnung von Studenten aus anderen Regionen Deutschlands und Europas ein Weg, um junge Menschen, Familien, Wissen, kulturelle Vielfalt und nicht zuletzt auch Kaufkraft nach Sachsen-Anhalt zu holen.

Dies alles stellt aber hohe Anforderungen an die qualitative Entwicklung der Hochschulen. Die individuelle Betreuung von Studierenden, insbesondere durch Lehrende wie auch durch Studienberatung, Sozialberatungssysteme und Studentenwerke, gewinnt an Bedeutung und sollte ausgebaut und qualifiziert werden.

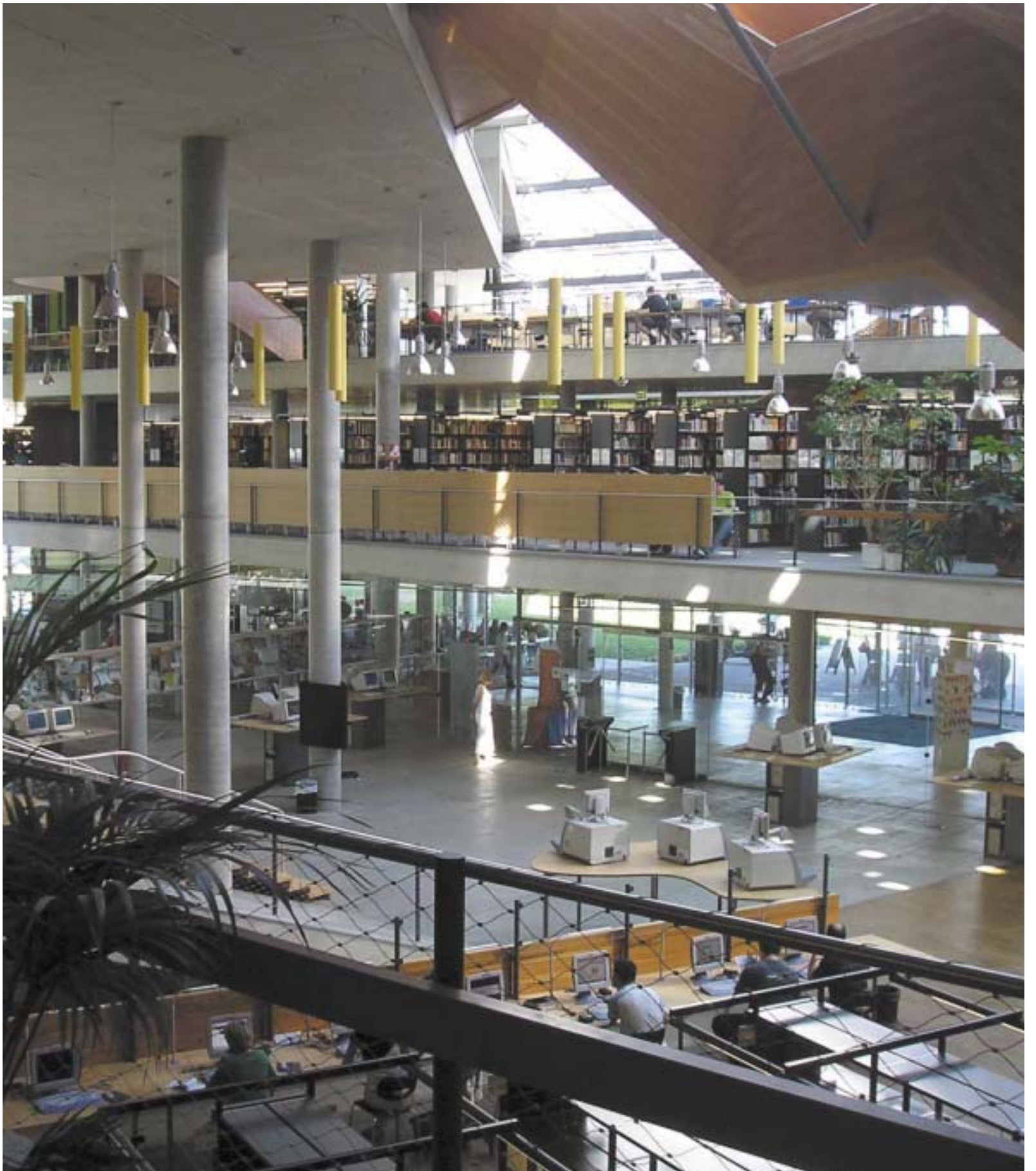
Akademische Bildung darf nicht zu einem Privileg von Besserverdienenden werden. Deshalb muss das Studium gebührenfrei zugänglich sein. Dazu sind alle Initiativen zu unterstützen, die das Modell einer *Grundsicherung für Studierende* als Gegenkonzept zur Privatisierung von Bildungskosten in diesem Bildungssektor durchsetzen helfen.

Hochschulen und Universitäten müssen sich als gesellschaftliche Entwicklungszentren erweisen und bewähren. Von ihrer Leistungsfähigkeit, Profilierung und internationalen Anerkennung werden wirtschaftliche, kulturelle und soziale Zukunftsperspektiven der Region Sachsen-Anhalt bis 2020 entscheidend bestimmt. Hochschulen sollten künftig noch stärker darauf Einfluss nehmen, wie neues Wissen ohne Zeitverzug in alle gesellschaftlichen Bereiche einfließen kann, kreative Lernkulturen entstehen und internationale Kooperationsbeziehungen ausgebaut werden können.

Um die hochwertige wissenschaftliche Infrastruktur in Sachsen-Anhalt zu stärken und weiter auszubauen, müssen mittel- und langfristig entsprechende finanzielle Ressourcen im Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft kreativ erschlossen werden. *Entweder es gelingt, die Hochschulen finanziell ausreichend auszustatten, oder das Land verliert in zukunftsentscheidenden Bereichen den Anschluss an internationale Entwicklungen*. Die in der Vierten Legislatur des Landtages beschlossenen Kürzungen im Hochschulwesen sollen zurückgenommen werden.

*Zielvereinbarungen* mit der Landesregierung sollen die Hochschulen auf Schwerpunkte – auch unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes – orientieren und ihnen finanzielle Anreize sowie eine Grundausstattung im Sinne eines verlässlichen und längerfristig abgesicherten Mindestsockels gewähren.

Der Katalog leistungsbezogener Mittelvergabe soll neben der gezielten Förderung wissenschaftlicher Profillinien der Hochschulen auch Zielsetzungen enthalten wie z. B. die Gleichstellung von Männern und Frauen; Hochschulzugänge für Personen und Gruppen mit gesundheitlichen Einschränkungen; die Kreation neuer Lehr- und Lernformen; die Verbesserung der Bedin-



gungen für die Integration ausländischer Studierender etc.

Die Grundausstattung der Hochschulen sollte sich insbesondere an der Zahl der bestehenden Studiengänge, an der Zahl der bei Vertragsbeginn eingeschriebenen Studierenden, an der Zahl der Beschäftigten im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich, an Erfordernissen von Graduiertenförderung und Weiterbildung, an den Erfordernissen der Sanierung, kleinen Baumaßnahmen sowie von Ersatz bzw. Wiederbeschaffung orientieren.

Die Entwicklung offener, demokratisch verfasster und regional verwurzelter Hochschulen muss weitergeführt werden. Korrekturen in der *Hochschulstrukturplanung* sollen sich insbesondere auf die wissenschaftliche Nachwuchsförderung, die Stärkung des akademischen Mittelbaus sowie die inhaltliche Vernetzung mit innovativen Unternehmen der Region beziehen. Überlegungen, die sich auf eine Erneuerung bzw. Novellierung des Hochschulgesetzes beziehen, sollten durch einen demokratischen Diskussionsprozess an den Wissenschaftseinrichtungen gründlich vorbereitet und erst auf dieser Basis entschieden werden.

Insgesamt sollen die Möglichkeiten der *Partizipation* von Hochschulangehörigen erweitert werden. Sie sollen Grundordnungen, Berichterstattungen, Planungen und Mittelverteilungen in Forschung, Studium, Lehre und Weiterbildung beeinflussen. Leistungsansprüche, Leistungsbereitschaft und Ergebnisse sollten Gegenstand hochschulöffentlicher Diskussionen sein. Es ist sinnvoll, den Hochschulen uneingeschränkte, praktisch wirksame Eigenverantwortung entsprechend dem Grundgesetz zuzugestehen und abzuverlangen.

### **Regionen und Räume – differenzierte Entwicklung, kooperatives Handeln**

Die regionale Differenziertheit in unserem Lande hat zugenommen. Dynamischen Zentren stehen Regionen mit »erheblichen Zukunftsrisiken« gegenüber. Der Wettbewerb der deutschen und europäischen Regionen um Unternehmen, Investoren und Humankapital sowie generell um die regionalen Entwicklungschancen wird weiter zunehmen.

Wir können dies nicht ignorieren; wir können nicht nur auf Ausgleich setzen. Wir lehnen aber auch einen Weg ab, der allein die Konzentration der Förderungen auf die wenigen Zentren oder so genannten »Leuchttürme« in den Mittelpunkt stellt. Das Ziel unserer Regionalpolitik sehen wir darin, in Sachsen-Anhalt die

Regionen so zu entwickeln, dass sie auf ihre jeweils spezifische Weise und mit ihren besonderen Merkmalen lebenswert sind und über relativ gleichwertige (nicht gleiche!) Lebensbedingungen verfügen.

Unsere Strategie besteht in einem Gesamtansatz, mit dem insbesondere »innovative Räume« gestärkt und gebildet werden sollen, mit dem aber auch regionaltypische Potenziale in eher strukturschwachen Räumen beachtet werden.

Wir gehen davon aus, dass sich das Konzept innovativer Räume nicht auf den Typus wirtschaftsstarker Regionen oder auf Hochschulstandorte beschränken muss. Innovative Entwicklungspotenziale gibt es trotz unterschiedlicher Voraussetzungen in allen Regionen des Landes. Innovative Räume können sich ebenso im Kontext moderner, international agierender Chemiecluster entwickeln wie im ländlichen Bereich in Verbindung mit kürzeren innovativen Wertschöpfungsketten zur Herstellung hochwertiger Produkte aus der stofflichen Verwertung von Biomasse oder bei der Entwicklung innovativer Produkt- und Vermarktungslinien regionaler Lebensmittel in Verbindung mit Tourismus und regionaler Kultur. Die Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte sind sehr unterschiedlich und müssen entsprechend dieser Spezifika genutzt werden.

Wir wollen die Besonderheiten der verschiedenen Regionalräume in der Landespolitik besser berücksichtigen und deren Stärken durch eine kooperative Regionalpolitik nutzen. *Innovative Gestaltung der regionalen Entwicklung* bedeutet, regionale Kompetenz und Kooperation zu stärken, die Konzentration auf eine langfristige Öffnung von innovativen Entwicklungsräumen mit der eigenständigen Entwicklung von regionalen Leitbildern (Standards) und einer ausreichenden Daseinsvorsorge für alle Regionen zu verbinden. Da mit zunehmender regionaler Identifikation tendenziell die Bereitschaft wächst, sich bürgerschaftlich, politisch oder gemeinnützig zu engagieren, sollte eine qualitative Weiterentwicklung der Wirtschaftskraft/Lebensqualität einer Region durch die *Förderung regionaler Identität und durch entsprechende regionale Entwicklungskonzepte und Entwicklungsprojekte* erfolgen.

Dazu gehört ein entsprechendes *Regionalmanagement* zur Entwicklung von regionalen Netzwerkbeziehungen, Wertschöpfungsketten, Wirtschaftskreisläufen, Marketingaktivitäten und sonstigen Projekten. In den von der Linkspartei angestrebten Landkreisen mit regionalem Zuschnitt soll diese Aufgabe zu den *Kern-*





bereichen des eigenen Wirkungskreises gehören. Bis dahin werden administrative Grenzen durch verschiedenste Kooperationsformen und Netzwerke zu überwinden sein. Doch das wären eben nur zeitweilige Provisorien; notwendig ist die zügige Bildung von Großkreisen (Regionalkreisen), die wir bis 2009 vollzogen haben wollen.

Die Zukunft des Landes kann nur so hoffnungsvoll sein, wie die Chancen zur Entwicklung von regionalen Räumen und von regionalen Kooperationsbeziehungen genutzt werden. Dazu wird eine Landespolitik benötigt, die gerade wegen der sinkenden finanziellen Ressourcen einen fairen Ausgleich zwischen allen Teilräumen sichert und eine Zusammenarbeit der Kommunen mit Regionen auch außerhalb der Landesgrenze fördert. Der Finanzausgleich und die Förderpolitik werden sich dabei nicht allein an der Bevölkerungszahl oder der Fläche orientieren, sondern müssen auch auf die jeweils besonderen Vorzüge und Entwicklungschancen gerichtet sein.

Eine gewisse Grundstruktur des Regionalen hat sich in den letzten zehn Jahren über die fünf Planungsregionen herausgebildet:

- Altmark (Kreise Salzwedel und Stendal)
- Börderegion mit Magdeburg (Ohrekreis, Bördekreis, Jerichower Land, Magdeburg, Schönebeck, Bernburg, Altkreis Staßfurt)
- Anhalt (Dessau, Köthen, Anhalt-Zerbst, Wittenberg, Bitterfeld)
- Harz und Nordharzvorland (Wernigerode, Halberstadt, Quedlinburg, Altkreis Aschersleben)
- Halle-Saale-Unstrut (Saalkreis, Halle, Merseburg-Querfurt, Weißenfels, Burgenlandkreis, Sangerhausen, Mansfelder Land).

Insbesondere die Letztere weist eine Binnendifferenzierung sowie Überlappungen mit den Regionen Anhalt und Harz, der Metropolregion Halle/Leipzig sowie Nordthüringen (Goldene Aue – Kyffhäuser – Unstrut – Südharzer Gipskarst) bzw. Nordthüringen und Westsachsen (Zeitlitz – Osterland – Altenburger Land) auf.

*Generell muss eine innovative Regionalisierungs politik des Landes lernen, mit regionalen Unterschieden produktiv umzugehen.* Das Leben in den ländlichen Regionen wird anders organisiert sein als das in urbanen, wissensbasierten und industriellen Verflechtungsräumen, aber deswegen nicht schlechter. Struk-

turstarke und -schwache Regionalräume sollten miteinander Partnerschaftsbeziehungen aufbauen, um gegenseitig vorteilhafte Angebote zu entwickeln. *Es geht um die Realisierung funktionaler wirtschaftlicher Verbindungen zwischen den wirtschaftlich stärkeren und den schwächeren Regionalräumen.* Diese funktionalen Zusammenhänge müssen in aller Breite systematisch durch Regionalpolitik erschlossen werden und alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft umfassen. Durch eine Konzentration von Wirtschaftsförderungsmitteln auf ökonomische Entwicklungskerne, Branchen- und Kompetenzzentren darf die Unterstützung von Managementstrukturen für regionale Entwicklungsaufgaben in den strukturschwachen Regionen nicht leiden.

Besonders in den strukturschwachen Regionen ist davon auszugehen, dass Entwicklungsperspektiven durch den Aufbau von zukunftsfähigen kooperativen Handlungsstrukturen weitgehend aus eigener Kraft zu erschließen sind. Dies erfordert ein besonders hohes Maß an sozialer Innovation, an Management- und Entwicklungsarbeit für den Aufbau von sektorübergreifenden Kooperationsbeziehungen, bei der Suche nach neuen Produkten und Dienstleistungen im ländlichen Raum für eine integrierte ländliche Entwicklung. Zudem müssen auch bei Konzentration von Fördermitteln auf lokale und branchenspezifische Entwicklungskerne Spielräume für die Unterstützung von hoffnungsvollen Innovationen, von regionalen und lokalen Kreisläufen und Wertschöpfungsansätzen in den strukturschwachen Räumen verbleiben. Zu beachten sind soziale und ökologische Eigenheiten ländlicher Lebensräume.

Strukturschwache Räume sind oft zugleich Räume einer leistungsfähigen modernen Landwirtschaft. Diese und zugleich den Prozess der Diversifizierung von ländlichen Produkten und Dienstleistungen zu unterstützen, bleibt eine wichtige Aufgabe. Die strukturschwachen Räume bedürfen auch der besonderen Unterstützung für gesellschaftliche Innovationen wie sie in der Organisation kooperativer Formen von ländlicher Eigenversorgung für Lebensmittel, Wasser, Abwasserentsorgung oder Energie, Kinder- und Altenbetreuung oder Kultur ihren Ausdruck finden. Einen besonderen Entwicklungsschwerpunkt in den strukturschwachen Regionen bildet die Unterstützung von elektronischer Kommunikation. Sie soll sozialen Zusammenhalt, Bildung, Erwerbsfähigkeit auch in dünn besiedelten Regionen begünstigen.

Kooperative Regionalpolitik schließt die Platzierung Sachsen-Anhalts und seiner regionalen Teilräume in einem intensiver werdenden Wettbewerbs- und Kooperationsprozess der deutschen und europäischen Regionen sowie im internationalen Wettbewerb ein. Sachsen-Anhalt will sich als ein weltoffenes Land darstellen und als ein Mittler zwischen West und Ost, Nord und Süd in einem zusammenwachsenden Europa. Sachsen-anhaltische Wirtschafts- und Wissensschaftsstrukturen sind zu klein, um langfristig global wahrgenommen zu werden. *Wir unterstützen deshalb die Entwicklung einer innovativen, länderübergreifenden Wissenschafts- und Wirtschaftsregion Leipzig-Jena-Halle über Verbundprojekte.* In diesem Verbund können Universitäten, Fachhochschulen, private Hochschulen und Institute gemeinsam mit Technologiefirmen und anderen Wirtschaftsunternehmen an der Entwicklung, Produktion und Vermarktung wissensbasierter und zukunftsfähiger Produkte arbeiten. Mitteldeutschland kann als Markenzeichen einer innovativen Region profiliert werden, die im internationalen Wettbewerb Chancen hat.

Die Aufrechterhaltung und die Profilierung eines möglichst reichhaltigen und geistig anregenden kulturellen Angebots in Städten und Dörfern ist eine Aufgabe von zentraler Bedeutung. Damit werden nicht nur Ortsbindung und Lebensqualität der BürgerInnen verbessert; Kultur und Bildung sind nicht voneinander zu trennen.

Schulen sind wichtige Zentren regionaler und lokaler Entwicklung. Dies trifft sowohl auf Verdichtungsräume als auch auf dünn besiedelte ländliche Räume zu. In ländlichen Regionen haben sie in vielen Fällen als einzige öffentliche kulturelle Einrichtung vor Ort eine besondere Kommunikations- und Impulsgeberfunktion zu übernehmen. Sie müssen dazu entsprechend ausgestattet werden. Schulstandorte von Sekundarschulen in Grundzentren sollten auch dann vorgehalten werden, wenn sie geltende Mindestgrößen lediglich um ein festzulegendes Maß unterschreiten. Die Schulentwicklung gehört deshalb in die gesamte regionale Planung integriert. Alternative Entwicklungs- und Nutzungskonzepte für ehemalige Schulgebäude sollen zielgerichtet unterstützt und als Best-Practice-Beispiele veröffentlicht werden.

Mobilität wird in den Regionen immer wichtiger. Wir wollen Mobilität ermöglichen, die sozialen und ökologischen Anforderungen gerecht wird. Deswegen kommt dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

(ÖPNV) und des Regionalverkehrs auf der Schiene im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge große Bedeutung zu. Das Verkehrssystem soll integrierte Lösungen bevorzugen und zum Bestandteil einer nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung werden. Verkehrswende heißt: Verkehrsvermeidung, Verkehrsreduzierung und Verkehrsverlagerung.

Statt Streckenstilllegungen ist bürger- und umweltfreundlicher Ausbau des Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene gefragt – auch mithilfe des Wettbewerbs. Über den Bundesrat streben wir an, dass das Schienennetz aus dem Konzern Deutsche Bahn AG herausgelöst und wieder in die Verantwortung der öffentlichen Hand übernommen wird, um die Mindestvoraussetzungen für die Gleichberechtigung der Verkehrsträger zu schaffen.

Im öffentlichen Personennahverkehr und im Eisenbahnregionalverkehr geht es um Qualitätsverbesserungen. Taktzeiten sollen flächendeckend angeboten werden. Linien und Strecken im ÖPNV und im Bahnverkehr sind zu vernetzen und durch kleinteilige Lösungen den Besonderheiten der ländlichen Regionen anzupassen. Da die Einzugsbereiche der Schulen in den meisten ländlichen Räumen wachsen werden, sind innovative Formen eines flexiblen Schülernahverkehrs in Abhängigkeit von konkreten lokalen Gegebenheiten und personalen Potenzialen (Eltern, Schulvereine u. a.) anzustreben. Gleiches gilt für den Beförderungsbedarf von Kindern und Jugendlichen, die auf Verkehrsmittel angewiesen sind, um *Kultur- und Bildungsangebote in Verdichtungsräumen* zu erreichen, die jedoch nur bedingt durch den öffentlichen Nahverkehr vorzuhalten sind. Koordinierte, vernetzte Initiativen zwischen Orten, Gemeinden und Unternehmen verdienen besondere Beachtung und Unterstützung, um Lebensqualitäten und regionale Bindungen zu erhalten und zu stabilisieren.

Der ÖPNV muss in allen Regionen barrierefrei und die Fahrpreisgestaltung sozial ausgewogen sein. Bei der öffentlichen Finanzierung von Verkehrsangeboten ist dem ÖPNV Vorrang einzuräumen.

Dabei sind auch neue Formen öffentlicher Beschäftigungssektoren zu erproben, um auf immer mehr dezentralen Bedarf bei immer weiteren Strecken – so auch bei der Schülerbeförderung – reagieren zu können. Einerseits ist die öffentliche Schülerbeförderung als Rückgrat des ÖPNV in der Fläche lebensnotwendig, andererseits dürfen notwendige Umstellungen nicht dazu führen, allein den Eltern die Last aufzu-

bürden. Gerade hier sind neue Formen von Dienstleistungen zu etablieren.

Beim Straßennetz liegt für uns der Schwerpunkt bei der Instandsetzung und Instandhaltung. Durch eine solche Änderung der Prioritäten können Mittel für Infrastrukturverbesserungen im Schienenbereich freigesetzt werden. Regionale und überregionale Radwege sollen in Umsetzung einer zu erstellenden Radwegekonzeption für das Land zu einem Netz verbunden werden, das den Anforderungen verschiedener Nutzergruppen gerecht wird.

Virtuelle Kommunikation kann das Leben in den immer dünner besiedelten ländlichen Regionen beträchtlich erleichtern – zugleich aber ist zu verzeichnen, dass gerade die ohnehin schon strukturschwachen Regionen auch von den modernen Kommunikationstechniken und -wegen zunehmend abgehängt werden. Dabei geht es nicht mehr nur um Nutzung oder Nichtnutzung des Internets, sondern auch um die Art des Zugangs. Während sich etwa in einer Metropole wie Hamburg 30 Prozent der Erwachsenen zu Hause über einen Breitbandanschluss in das Internet einwählen, sind es in Sachsen-Anhalt nur 13 Prozent. Etwa die Hälfte der Bevölkerung in den ländlichen Regionen ist nach wie vor der Telekom als Monopolist im Markt für DSL-Anschlüsse ausgeliefert. Selbst wenn ihre Gemeinde bereits DSL-Anschluss hat, sind die Preise hoch. Damit ist die Mehrheit z. B. von modernen Internetanwendungen wie E-Learning abgeschnitten.

Aber auch Unternehmen meiden Standorte ohne Breitbandanbindung. Nachdem die Bundesnetzagentur – die frühere Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post – im August 2005 die an die Deutsche Telekom zu zahlenden Entgelte deutlich gesenkt hat, besteht jetzt die Aussicht auf eine Veränderung der Lage durch günstigere Anbieter und deren Investitionen. Man wird im Auge behalten müssen, inwieweit diese Möglichkeit auch umgesetzt wird. Und der Kampf gegen den »digitalen Analphabetismus« und die »digitale Spaltung« der Gesellschaft bleibt auf der Tagesordnung von Politik und Gesellschaft – von Schulen, Weiterbildungsträgern, Vereinen, ehrenamtlichem Engagement und Nachbarschaftshilfe.

### **Sozialpolitische Schwerpunktvorhaben: Vorsorge und Teilhabe statt Nachsorge und Isolation**

Die bevorstehenden gesellschaftlichen Wandlungen verlangen neue Antworten auf die Frage, wie unser Land trotz zunehmender sozialer Differenzierungen

Entwicklungsperspektiven für alle Menschen und soziale Sicherheit wahren kann. Eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ist aufgrund ihres Transformationsschicksals (Arbeitslosigkeit und Maßnahmekarrieren/kein Einstieg in den Arbeitsmarkt) aktuell und perspektivisch von Armut in ihren verschiedenen Facetten bedroht oder bereits deutlich gezeichnet.

Wenn wir vom Paradigmenwechsel sprechen, der von nachsorgender Sozialpolitik hin zu vorsorgender Gesellschaftspolitik führen soll, dann sollen damit künftig solche Schicksale mehr und mehr verhindert, das Abgleiten der jetzt Betroffenen gestoppt, ihnen ein Leben in Würde und auch wieder eine Perspektive auf volle Integration in das gesellschaftliche Leben gegeben werden. Das verlangt, klassische Instrumente und Anliegen der Sozialpolitik nicht aufzugeben, sie weiter zu entwickeln und zu stärken sowie die Sozialpolitik enger mit anderen Politikbereichen zu verknüpfen.

Stattdessen haben wir es jedoch in Deutschland nicht mit Umbau, sondern mit dem umfangreichsten Sozialabbau der Nachkriegsjahrzehnte zu tun. Dem können wir aus Landesmitteln nur wenig entgegenstellen. Verantwortungsbewusste Landespolitik wird daher einerseits weiterem Sozialabbau Widerstand leisten und der Bundespolitik eigene Alternativen entgegenstellen. Im Zentrum steht dabei eine *Anhebung und inhaltliche Neubestimmung sozialer Grundsicherung*. Mit der Reform der bestehenden sozialen Grundsicherungen soll all denjenigen, die aufgrund des Wandels der Arbeitsgesellschaft nicht die Chance haben oder jemals wieder erhalten werden, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, ein Leben in Würde, frei von der Sorge um die Sicherung der alltäglichen Existenz ermöglicht werden. Darüber hinaus wollen wir auch das Wissen, die Erfahrungen, die Fähigkeiten dieser Bürgerinnen und Bürger für eine vielfältige ehrenamtliche und gemeinnützige Arbeit nutzen, sie in die Aufgaben des Gemeinwesens integrieren. Genau dem stehen Demütigung und soziale Ausgrenzung, wie sie mit Hartz IV und »Ein-Euro-Jobs« verbunden sind, im Wege. Arbeitslosigkeit ist in den wenigsten Fällen individuell verschuldet, sondern transformationsbedingt. Wer sie erleidet, hat nicht nur Anspruch auf Solidarität, sondern auch auf einen geachteten Platz in der Gesellschaft, auf selbstbewusste Teilhabe.

Auch wenn Bildungsaufgaben in Schulen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen längst nicht allein von staatlichen Institutionen wahrgenommen werden, behält der Staat eine Schlüsselrolle, allen den

Zugang und die Teilhabe an hoher und höchster Bildung zu gewährleisten, bei der Evaluation und Qualitätssicherung, bei der Lehrerfort- und -weiterbildung, der Unterrichtsforschung, bei der Bestimmung von Bildungsstandards und bei der Organisation eines breiten demokratischen Diskurses über Bildungsfragen. Es muss gewährleistet werden, dass erworbene Kompetenzen, Abschlüsse und Zertifikate mehr als bisher im nationalen und internationalen Rahmen anerkannt werden und für Weiterqualifizierungen kompatibel sind. Bei der Festlegung und Einhaltung von Qualitätsstandards hat der Staat eine aktive Rolle zu spielen. Wir sehen eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen – dafür, dass sie Entwicklungschancen haben, und dafür, dass sie sie nutzen können.

Die Verantwortung der Familie wird dadurch weder ausgehebelt noch ignoriert, sondern kann erst auf dieser Grundlage wirklich wahrgenommen werden. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung in die Familien zu delegieren und lediglich Restbestände als soziale Notfallhilfe zu belassen, ist keine akzeptable Entwicklung.

Verantwortungsbewusste Landespolitik wird sich aber nicht nur auf bundespolitische Rahmenbedingungen zurückziehen, sondern bestehende Spielräume nutzen und ausbauen. Dazu braucht es eine *Strategie zur Rückgewinnung und Ausweitung sozialpolitischer Handlungsspielräume im Landesmaßstab*:

■ *Soziale Prävention* zielt als Querschnittsthema der Gesellschaftspolitik darauf, dass soziale Notlagen möglichst in nur geringem Ausmaß entstehen, chronische Armut jedoch verhindert wird. Zugleich muss soziale Sicherheit im Sinne eines institutionalisierten Schutzes vor grundlegenden Existenzrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter gewährleistet sein. Staat, Kommunen und die Träger der sozialen Sicherungssysteme müssen vorausschauend und hinreichend in den Stand versetzt werden, diese Leistungen unter den Bedingungen dynamischen sozialen Wandels zu erbringen.

■ *Mehr Selbstorganisation, Aktivierung, Eigenverantwortung und Berücksichtigung differenzierter Lebenslagen* treten nicht an die Stelle von Sozialstaat und Solidarität, sondern ermutigen und stützen Menschen dabei, ihrem Leben eine neue Richtung zu geben, helfen dabei, dass es nach einem Abwärts auch wieder

ein Aufwärts gibt und tragen so dazu bei, dass eine solidarische Gesellschaft nicht eine vormundschaftliche, sondern eine emanzipierte Gesellschaft ist.

■ Für Teilräume Sachsen-Anhalts bleibt es bei dem Ziel, in wichtigen Bereichen annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten – jedoch ist das zunehmend mit *differenzierten Mitteln* zu erreichen. Im Konkreten können sich aber Betreuungsstrukturen im ländlichen Raum anders als in urbanen Ballungszentren darstellen. Entsprechend würden Standards, Zuschüsse, Ausgleichsfinanzierungen usw. differieren. Auf diese Weise sollen langfristig bessere Leistungsanreize für Träger sozialer Dienstleistungen geschaffen werden. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern darf für 2020 erwartet werden, dass Sachsen-Anhalt von anderen Bundesländern hinsichtlich seiner Sozialstandards teils nach oben, teils nach unten abweicht. Nur ist es das Ziel einer innovativen Politik für dieses Land, die Zahl der Felder, in denen Sachsen-Anhalt für andere beispielhafte Lösungen vorweisen kann, zu erhöhen.

Ein Mehreinsatz an finanziellen Mitteln wird nicht möglich sein. Sozialpolitik im weitesten Sinne – darunter die Politik für und mit Kindern und Jugendlichen, für und mit Familien, für und mit behinderten Menschen und für Gesundheit kann sich zudem nicht an vermeintliche »Durchschnittsbürger und -bürgerinnen« richten, sondern darf an unterschiedlichen Lebenslagen, Bedürfnissen und Ansprüchen nicht vorbeigehen. Ziel muss es sein, dass Schrumpfungs- nicht in Degenerationsprozesse umschlagen.

Im Gegenteil: **Sachsen-Anhalt soll bundes- und EU-weit zu einer Modellregion für die produktive, sozial verantwortungsbewusste Bewältigung und Gestaltung von Schrumpfungsprozessen werden.** Das ist unser Anspruch.

Deswegen ist ein *planvoller und ausgewogener Prozess sozialpolitischer Schwerpunktvorhaben* angeraten:

1. Der auch in Sachsen-Anhalt beginnende *Kreislauf generationenübergreifender Armut* muss gestoppt werden. Noch haben wir die Chance, hierauf Einfluss zu nehmen. Wir wollen ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt und müssen entsprechende Vorsorge dafür treffen, dass Kinder und Jugendliche nicht dauerhaft in soziale Notlagen geraten.

*Sachsen-Anhalt muss kinder- und familienfreundlicher werden.* Dies kann die Politik nicht allein aus eigener Kraft, nicht stellvertretend für Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzen. Vor allem in der Wirtschaft, in den Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen sind Fortschritte dringend nötig. Politik kann über Kammern, Unternehmerverbände, Gewerkschaften und unternehmerische Netzwerke die Firmen ermuntern, familienfreundliche Lösungen zu erproben und einzuführen. Die Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zur Förderung des Gedankens »Familiäre Interessen sind nicht Hemmnis, sondern Chance für die Wirtschaft« (Audit Beruf-Familie) ist ein ermutigender Ansatz aus der Wirtschaft selbst heraus und verdient alle Unterstützung.

Was die Politik leisten und entscheiden kann, muss sie allerdings auch tun – und zwar auf der jeweils geeignetsten Ebene. Sinnvoller als ein Landesfamilienpass ist die *Förderung kommunaler Familienpässe*. Die Teilhabe an kulturellen, touristischen und sozialen Angeboten in der Region für Familien, darunter vor allem einkommensschwache Familien, wird auf diese Weise vor allem lebenspraktische Unterstützung ermöglicht. Eine solche Förderung ist für Familien jeden Tag nutzbar, Kultur und Bildung in der Region erfüllen eine Aufwertung und könnten sich so neue InteressentInnen erschließen. Die vorhandenen Ressourcen vor Ort könnten von Vernetzung profitieren und durch Synergieeffekte unter Umständen effizienter arbeiten. Familienpolitik ist für uns am besten in der Kommunalpolitik aufgehoben. Das Land sollte dies nach seinen Möglichkeiten unterstützen.

Ein im Wachsen begriffener Anteil von Familien und Lebensgemeinschaften in Sachsen-Anhalt ist mit sozialen Konflikten und Einkommensknappheit überfordert. In ihrem Interesse sollten die im Land bereitgestellten finanziellen Mittel für soziale Beratungsstellen und Begegnungsstätten in einer *kommunalen Sozialpauschale* gebündelt, aber zweckgebunden den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. So kann entsprechend den regionalen Bedarfen und den eigenen vorhandenen Möglichkeiten ein soziales Netz für *Beratung, Hilfe und Schutz* effizient und bürgernah ausgestaltet werden. Menschen in sozialen Not- oder Konfliktlagen verfügen oft genug nicht über ausreichendes Wissen über Gesetzlichkeiten und vorhandene Institutionen, um mögliche sozialstaatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen oder aber eigene aktive Vorsorge zu organisieren. Daher gilt es, den Komm-Strukturen

Abhol-Strukturen an die Seite zu stellen – gerade die Kinder dürfen nicht unter der Resignation ihrer Eltern leiden. Ferner legen nicht nur die knappen Mittel, sondern auch die Gebote der sozialen Gerechtigkeit nahe, sozial gestaffelte Lösungen bei der Eigenbeteiligung von Personen und Gruppen an Kosten zu suchen.

In Sachsen-Anhalt leben immer mehr Kinder in sozial prekären Verhältnissen (Bedarfgemeinschaften), die objektiv nicht die Möglichkeit zur vollen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben haben. Es werden viel zu wenig Kinder geboren – und das Land ist nicht bereit und sieht sich nicht in der Lage, die Kinder wenigstens optimal zu fördern. Man mag zu Recht die Belastung der nächsten Generation durch die Haushaltsverschuldung beklagen – aber der eigentliche Skandal besteht darin, dass einem großen Teil der nächsten Generation der Zugang zum allentscheidenden Bildungskapital verwehrt und damit der Gesellschaft insgesamt die Perspektive genommen wird.

2. Die Gesundheitsziele Sachsen-Anhalts dienen der gesundheitlichen Vorsorge. Das ist eine richtige Orientierung, die allerdings stärker auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Menschen ausgerichtet werden muss. Die gesundheitspolitischen Ziele des Landes Sachsen-Anhalt und die damit geförderten Projekte und Prozesse sollen sozialpolitisch differenziert geführt und evaluiert werden. Unterschiedliche Lebenslagen erfordern unterschiedliche Angebote, Menschen mit unterschiedlichen Lebensgewohnheiten und Bedürfnissen müssen unterschiedlich angesprochen werden.

Zudem geht es um die Aufrechterhaltung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung in allen Teilen des Landes. Es wird immer schwerer, die ambulante medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte sicherzustellen. Das hängt nicht unwesentlich mit den Risiken zusammen, die Ärzte *als Unternehmer* in Regionen mit schwindenden Patientenzahlen und immer größeren Einzugsbereichen eingehen. Die Benachteiligung von Ärztinnen und Ärzten im Osten verschärft dies noch. Angesichts dieser Tendenzen besteht in den ländlichen Räumen eine Chance zur Überwindung des Ärztemangels darin, dass Gesundheitszentren freie Praxen übernehmen. Um freie Stellen für angestellte Ärzte an den Krankenhäusern und Gesundheitszentren schneller zu besetzen, ist eine enge Kooperation mit den Agenturen für Arbeit notwendig – auch außerhalb des Landes. Dies ist keine Abkehr vom Arztberuf als freiem Beruf. Deswegen

muss gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung, den Krankenkassenverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden geprüft werden, welchen Beitrag das Land durch die Übernahme von Bürgschaften oder die Förderung von Existenzgründungen zur Beseitigung des Ärztemangels leisten kann. Hierin eingeschlossen sein muss auch die Unterstützung von Kommunen bei der Ansiedlung von Ärzten. Und auch hier könnte wieder die Idee neuartiger öffentlich geförderter Beschäftigungssektoren zum Tragen kommen – etwa im Bereich von Schwestern- und HelferInnenstationen und der Kooperation mit ländlichen Arztpraxen.

3. Die Zukunft der *Eingliederungshilfe* ist zu sichern. In Sachsen-Anhalt leben ca. 220.000 behinderte Menschen, darunter ca. 170.000 mit einem Grad der Behinderung von 50 Prozent und mehr. In ihrer Lebensperspektive hat sich – beginnend in den 90er Jahren – ein Paradigmenwechsel »weg von der Fürsorge, hin zu mehr Selbstbestimmung und Würde« manifestiert. Diesem wollen wir mit unserem Wirken zum vollen Durchbruch in der Realität verhelfen. Solche Leitbegriffe wie Normalisierung, Integration, Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion müssen sich auch im Lebensalltag von Menschen mit Behinderungen, auch bei Menschen mit einem sehr hohen Hilfebedarf, widerspiegeln. Dabei sehen wir solche Angebote wie das persönliche Budget, die Beachtung des »Mehr-Milieu-Prinzips« sowie die Sicherung einer hohen Durchlässigkeit der Einrichtungs- und Dienstleistungsangebote als wichtige Prinzipien an.

Insgesamt stellen wir uns zwei zentralen Zukunftsaufgaben:

- Wir wollen für Menschen mit Behinderungen eine Eingliederungshilfe, die ihnen zu Selbstständigkeit, Selbsthilfe und Selbstbestimmung verhilft.
- Wir wollen dabei zugleich die Versorgungsstrukturen der Eingliederungshilfe so effektiv gestalten, dass der erhebliche Kostenanstieg begrenzt werden kann, der unter gleich bleibenden Bedingungen unvermeidlich wäre. Insbesondere wollen wir die strikte und zumeist statische Dreiteilung von ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen überwinden, indem differenzierte Wohnformen und ambulant betreutes Wohnen sowie ambulante Hilfen für den Verbleib in den Familien eingeführt und gestärkt werden.

Ein derartiges Vorgehen verlangt Innovation und eine neue Gemeinsamkeit aller Beteiligten, vor allem nur mit den betroffenen Menschen und ihren Organisationen. Ein Erfolg setzt den Ausbau der Selbsthilfe und der sozialen Infrastruktur voraus.

Im Rahmen einer innovativen und zukunftsfähigen Politik für dieses Land halten wir es zudem für angebracht, im Wettbewerb der Länder und Regionen mit der *Vision »Sachsen-Anhalt – barrierefrei!«* zu punkten und einen Spitzenplatz zu gewinnen. Dies stünde in engem Zusammenhang mit dem Aufbau einer Seniorenwirtschaft im Land. Wir verstehen das Prinzip der Barrierefreiheit nicht allein als ein Gebot, um behinderten MitbürgerInnen und BesucherInnen unseres Landes das Leben zu erleichtern. Die Vision der Barrierefreiheit ist ein Programm, ein Angebot für alle. Und diese Vision tangiert nicht nur die Sozialpolitik, sondern mindestens ebenso Wirtschafts- und Industriepolitik, Bauen und Wohnen, Technologieentwicklung und Design, die Kreation von nutzerfreundlichen Gebrauchsgütern aller Art.

Wir wollen indes nicht nur räumlich-gegenständliche Barrieren beseitigen und dem Prinzip der Barrierefreiheit verpflichtete Produkte und Lösungen zu einem Markenzeichen unseres Landes machen. Als demokratische Sozialisten sehen wir uns auch in der Pflicht, soziale Barrieren in den Blick zu rücken, die die formal gleichen Zugangschancen zu Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Gesundheit, intakter Umwelt, Sicherheit und anderen Gütern abhängig machen von Herkunft, Alter, Geschlecht und Zahlungsfähigkeit.

4. In der *Seniorenpolitik* werden ältere Menschen gemeinhin überwiegend als arm, schwach und pflegebedürftig betrachtet. Zwar besteht auch in dieser Hinsicht erhöhter Handlungsbedarf, aber die große Gruppe der aktiven 60- bis 80-Jährigen darf dabei nicht übersehen werden. Sie sind die Zielgruppe einer *aktivierenden Seniorenpolitik*, die die Ansprüche der älteren Generation nach gesellschaftlicher und sozialer Integration stärkt und die bisher ungenügend genutzten gesellschaftlichen Potenziale, die in der Lebenserfahrung und im Erfahrungswissen der älteren Generation liegen, erhält und aktiviert. Sie fördert Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement; sie nimmt den Wunsch der älteren Generation nach politischer Teilhabe ernst.

5. Um die Selbstorganisationskräfte und Lebensmöglichkeiten von Langzeitarbeitslosen und Angehörigen anderer Gruppen, die unter schwierigen Bedingungen leben, zu stärken und ihnen bei der Bewältigung ihres Alltags zu helfen, sind Lösungen zu unterstützen, im Rahmen derer Erwerbslose Arbeit, Kompetenzen, Dienstleistungen bargeldlos gegen Arbeit, Kompetenzen, Dienstleistungen anderer austauschen. Dies funktioniert gelegentlich spontan, in der Regel aber nur dann, wenn es für Tauschringe und Börsen dieser Art stützende Strukturen gibt. Solche Formen der Lebenshilfe sollen durch die Anschubfinanzierung von Stützungsstrukturen gefördert werden. Die Alternative zur »selbstverwalteten Armut« besteht unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen leider meist in fremdverwalteter oder gar versteckter und allein ertragener Armut.

6. Der demografische Wandel ist für Sachsen-Anhalt eine besondere Herausforderung. Viel zu viele junge Menschen – darunter vor allem Frauen – wandern ab, viel zu wenige siedeln sich auf Dauer in unserem Land an. WissenschaftlerInnen haben der Politik eine Reihe von Vorschlägen für *Bindestrategien und Rückgewinnungsstrategien von »Auswanderern«* mit praktikablen Handlungsempfehlungen vorgeschlagen, die zudem Erfahrungen und erfolgreiche Praktiken anderer Regionen der EU, die vor vergleichbaren Problemen stehen, einbeziehen:

- Dazu gehört der Erhalt von Schulen/Bildungseinrichtungen in der Fläche.
- Dazu gehört, Hoch- und Fachhochschulen als Magneten für junge Leute ins Spiel zu bringen durch Steigerung ihrer Attraktivität und Ausbildungsleistungen über den Landesbedarf hinaus.
- Dazu gehört es vor allem, die Bildungsbedürfnisse / Studienrichtungswünsche junger Frauen verstärkt zu berücksichtigen. Es gilt nicht nur, den Zugang von jungen Frauen zu männerdominierten Studienrichtungen zu öffnen und zu verbreitern. Wir müssen in Sachsen-Anhalt stärker als bisher auch jene Studienrichtungen vorhalten, die für Frauen attraktiv sind: pädagogische, Sprach-, Sozial- und Kulturwissenschaften.
- Dazu gehört die Förderung von Haus- und Grundeigentum.
- Dazu gehören Lösungen, die das Pendeln erleichtern und ermöglichen.
- Dazu gehören kommunale Kontaktstellen, die die Ausgewanderten mit Informationen über das Gesche-

hen in ihrer Heimat auf dem Laufenden halten (via Internet) und so Bindungen nicht abreißen lassen.

Wir wollen die Städte und Gemeinden, die KommunalpolitikerInnen sowie andere Akteure ermuntern, Erfolg versprechende Binde- und Rückgewinnungsstrategien zu praktizieren sowie Modellversuche zu starten. Insbesondere *die Zuwanderung von Fach- und Nachwuchskräften*, nicht zuletzt von Ärzten im ländlichen Raum, wird dabei ein Schwerpunkt sein.

Eine wirkungsvolle neue Sozialpolitik wird in Sachsen-Anhalt nicht möglich sein ohne eine Reform der Strukturen und Institutionen und ohne die größtmögliche Mobilisierung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Die Zuständigkeit für sozialpolitische Aufgaben und Einrichtungen ist zwischen Staat und Kommunen vielfach gesplittet. Jahrelang geführte Förderprogramme sind oftmals lediglich Reaktion auf einzelne bekannt gewordene Problemfelder. Ein ganzheitliches sozialpolitisches Handeln, flexible Reaktionen auf sich verändernde Bedarfe, die Vernetzung von vorhandenen Ressourcen, die Nutzung von Synergieeffekten ist erschwert, wenn nicht gar unmöglich. Eine Neuordnung der sozialpolitischen Zuständigkeiten und eine Vernetzung aller vorhandenen Ressourcen muss diese Strukturen entflechten. Der Schwerpunkt der Linkspartei liegt hierbei vor allem auf einer *Kommunalisierung der vorhandenen Aufgaben und der dazugehörigen Mittel und Kompetenzen*.

Rund 16 Prozent der Haushalte unseres Landes verfügen über ein Vermögen von mehr als 100.000 Euro. Wir glauben, dass es möglich ist, ihre soziale Verantwortung anzusprechen und zu aktivieren, sodass sie als Stifter oder durch Spenden ausgewählte Sozialprojekte unterstützen. *Kommunale Stiftungen für Selbsthilfe und soziales Engagement* könnten ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung jenseits staatlicher Sozial- oder Steuerpolitik befördern.

### **Staat, Kommunen, Bürgergesellschaft: stabilisieren und wandeln**

Die Rahmenbedingungen sowie die Strukturen, Funktionen und Aufgaben für den Staat und für die Kommunen im Lande Sachsen-Anhalt werden sich in den nächsten 15 Jahren grundlegend wandeln. Es sind vor allem folgende übergreifende Entwicklungstrends, aus denen sich neue Herausforderungen für den Struktur-, Funktions- und Aufgabenwandel öffentlicher Institutionen ergeben:

1. Veränderungen in den Ansprüchen und Bedarfen an öffentliche Dienstleistungen seitens der BürgerInnen und Unternehmen, so in der Bildung, im Sozialbereich, bei der Erhaltung und Verbesserung von Infrastrukturen, bei der Steuerung von regionalen Entwicklungsprozessen, bei der inneren Sicherheit sowie hinsichtlich der Teilhabe der Bürgerschaft an öffentlichen Angelegenheiten und der Dienstleistungsqualität öffentlicher Institutionen.

2. Rückgang der Bevölkerungszahl des Landes (bei regional und lokal differenzierten Entwicklungen) – dies erfordert Veränderungen in Strukturen, Funktionen, bei der Kooperation, Spezialisierung und räumlichen Dichte öffentlicher Institutionen.

3. Rückgang der zur Verfügung stehenden öffentlichen Finanzen (beim Landeshaushalt ca. um ein Drittel) – in diesem Zusammenhang erforderlicher Rückbau des öffentlich bediensteten Personals; Reduktion und Veränderung von Schwerpunkten bei den öffentlichen Ausgaben.

4. Die Kleinteiligkeit kommunaler Strukturen führt zu einer wesentlichen Behinderung wirtschaftlichen Erstarkens sowie ineffektivem Mitteleinsatz bei der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

5. Zunehmend werden auf den Struktur- und Aufgabenwandel öffentlicher Institutionen auch die Diskussionen um einen Zusammenschluss zum Bundesland Mitteldeutschland und die Entwicklung des Wettbewerbs und der Kooperation deutscher und europäischer Regionen Einfluss nehmen.

Sachsen-Anhalts Zukunft wird mit einer tief greifenden Erneuerung des Verhältnisses von Staat, Markt und ziviler Gesellschaft verbunden sein. Der Staat wird viele seiner gegenwärtigen Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Gestaltungsaufgaben nicht mehr selbst vollziehen, wird deren Durchführung aber weiter gewährleisten müssen und hat hierzu neue, nichthierarchische, kooperative Steuerungsfunktionen zu entwickeln. In dieser Hinsicht kann von einer »progressiven Entstaatlichung« gesprochen werden, darunter durch Auslagerung eines Teils von Aufgaben, Strukturen und Personal in Zivilgesellschaft und Markt und vor allem durch eine umfassende Kommunalisierung bisher staatlicher Verwaltungsaufgaben.

Das Ziel einer solchen *kooperativen Staatspraxis* besteht in der Anregung, Förderung und produktiven Verknüpfung der endogenen und insbesondere der regionalen Potenziale in Gesellschaft und Markt. Es bedeutet nicht Demontage des Staates als eines der wichtigsten Akteure für die Gewährleistung eines zukunftsfähigen Entwicklungsweges unseres Landes. Vor allem in den Bereichen Bildung, öffentliche Sicherheit und für übergreifende Fragen der Landesentwicklung wächst die Bedeutung staatlichen Handelns. Die staatlichen Institutionen werden ihre Funktion immer mehr in einer Mittlerrolle zwischen den regional handelnden Akteuren einerseits sowie den Rahmenseetzungen des Bundes und der Europäischen Union andererseits finden. Beratende und moderierende, verhandelnde und aktivierende Funktionen der Verwaltungen des Landes – der Staat als innovativer Impulsgeber – gewinnen an Gewicht. Insofern geht es nicht einfach um die Begrenzung des Staates »auf seine Kernaufgaben«, wie oft gesagt wird. Vielmehr geht es darum, administrative Funktionen zu reduzieren und Gestaltungsfunktionen in den für die Zukunft relevanten Feldern zu erweitern und zu qualifizieren.

■ *Bürgergesellschaft und Bürgerkommune – das offensive Modell der Zukunft.* Dieses Modell versteht bürgerschaftliches Engagement nicht als Lückenbüßer staatlicher Defizite, sondern als eine Bereicherung der Angebote der Gesellschaft im Sinn der neuen Balance zwischen Staat, BürgerInnen und Wirtschaft. Für den Staat geht es um Machtabgabe, für die repräsentative Demokratie auf kommunaler Ebene trifft das ebenfalls zu. Eine neue Kultur in der Kommunalpolitik heißt letztlich »Mehr Demokratie wagen«.

■ *Kommunale Aufgaben neu definieren.* Neue Wege für und in der Kommunalpolitik zu finden bedeutet u. a. auch, die klassische Aufgabenteilung zwischen freiwilligen und pflichtigen Aufgaben und ihren Bezug zum übertragenen und eigenen Wirkungskreis kritisch zu hinterfragen.

Alle Aufgaben, bei denen die Bürgerinnen und Bürger sich in einer bestimmten Angelegenheit an eine Verwaltung wenden müssen, sollten erstinstanzlich bürgernah vor Ort, also auf der Gemeindeebene konzentriert und wenn möglich auch schon entschieden werden. Schon heute und umso mehr für die perspektivisch anzustrebenden Regionalkreise sind Konzepte zur Entwicklung »integrierter Regionalverwaltungen«



auszuarbeiten und umzusetzen. Für die Bürgerinnen und Bürger soll es demnach unerheblich sein, ob im Einzelnen der Kreis oder die Gemeinde oder evtl. sonstige Verwaltungsbehörden für die Erstellung der Verwaltungsleistungen zuständig sind.

Ergänzt werden müssen die kommunalen Aufgaben durch »Selbsthilfeaufgaben« bzw. »Aufgaben des bürgerschaftlichen Engagements«. Es sind jene Aufgaben, die verstärkt durch BürgerInnen wahrgenommen werden. Deshalb gewinnt die Unterstützung von BürgerInnenaktivitäten und deren Einbeziehung in kommunale Aufgaben und Entscheidungsprozesse ein völlig neues Gewicht: Bürgerinitiativen, Stadtmarketingvereine, Stadt- und Ortsteilbeiräte, Selbsthilfenetzwerke, Kinder-, Jugend- und Seniorenparlamente bzw. -beiräte, Runde Tische zur Migration usw.

Gerade diese Aufgaben benötigen die entsprechenden finanziellen und materiellen Rahmenbedingungen. Sachsen-Anhalt muss daher auf der Bundesebene sein ganzes Gewicht geltend machen, damit durch Fortsetzung der Gemeindefinanzreform die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Kommunen über stetige, hinreichende Finanzen verfügen. Durch mangelnde Gemeindefinanzierung und prekäre wirtschaftliche Entwicklungen können wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge von den Kommunen nicht mehr wahrgenommen werden. Die öffentliche Infrastruktur, Sozial-, Bildungs- und Kulturaufgaben leiden dramatisch unter den leeren Kassen der Kommunen. Im Zusammenhang mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit wachsen in der Bevölkerung Enttäuschungs- und Frustpotenziale. Die Gefahr liegt nahe, dass bürgerschaftliches Engagement für die Entwicklung des Gemeinwesens weiter zurückgeht. Das Gegenteil wird aber notwendig sein.

■ *Kommunales Ehrenamt stärken.* Das kommunale Ehrenamt wurde in der gesamten Reformdebatte zu Unrecht vernachlässigt oder aber auch als Schild gegen die Regionalkreisbildung eingesetzt. Tatsache ist, dass es hohe Zeit wird, das kommunale Ehrenamt zu qualifizieren, unter anderem durch verbesserte Rahmenbedingungen, die die gemeindlichen und kreislichen Verwaltungen zu gewährleisten haben (Zugang zu Informationen, professionelle Beratung, Kontaktpunkte, Aufwandsentschädigung usw.). Die Arbeitsweise, angebotene Fortbildungen, die materiellen und finanziellen Rahmenbedingungen sind deutlich an den derzeitigen und künftigen Erfordernissen auszurichten. Dazu

wiederum bedarf es zuallererst der Einsicht der kommunalen MandatsträgerInnen selbst, dass sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wie gegenüber der Verwaltung die politischen Impulsgeber für neues, auf bürgerschaftliches Engagement ausgerichtete kommunalpolitisches und Verwaltungshandeln sind. Dies bedeutet, dass sich das kommunale Mandat zunehmend hin zur Formulierung langfristiger, strategischer Entwicklungsziele entwickelt, welches dem Grundsatz der Schaffung annähernd gleichwertiger Lebensbedingungen, also gemeinwohlorientiert, verpflichtet ist. Diese Entwicklungsziele sind im breiten gesellschaftlichen Dialog zu vertreten und zu qualifizieren, und schließlich ist auf dem Wege der direkten Demokratie darüber zu beschließen. Die nächste Aufgabe der kommunalen MandatsträgerInnen ist es dann, für die Umsetzung dieser strategischen Entscheidungen in der Verwaltung zu sorgen und dies zu kontrollieren.

■ *Kommunale Politikreform: Verwaltung als Dienstleister und Manager für bürgerschaftliches Engagement.* Im Verlaufe der letzten 15 Jahre ist auf kommunaler Ebene das Kräftedreieck zwischen Bürgerschaft, KommunalpolitikerInnen und Verwaltung deutlich in die Schiefelage zugunsten der Verwaltung geraten. Daher ist es erforderlich, unverzüglich die Strukturreformdiskussion mit der Diskussion um eine *kommunale Politikreform* zu verbinden – mit dem Ziel einer deutlichen Stärkung der Bürgerschaft und des kommunalen Ehrenamtes.

Die Kommunalverwaltungen beider Ebenen (Kreis und Gemeinde) haben zu garantieren, dass Verwaltungsleistungen für den Bürger aus einer Hand angeboten werden. Das bedeutet, durch Verwaltungskooperation zu sichern, dass auf der gemeindlichen (Verwaltungsgemeinschafts-)Ebene alle Bürgeranliegen entgegengenommen und einer Entscheidung zugeführt werden. Die Abkehr von rein administrativen staatlichen Verwaltungen hin zu einem Staatsmodell von Bürgergesellschaft und Bürgerkommunen bedingt eine grundsätzlich andere Gestaltung der Informationsbeziehungen (Informationszugang), Mitsprachebedingungen sowie Kontrollmechanismen durch die Bürgerschaft (Akteneinsichtsrecht, Auskunftsrecht, Informationspflicht der Verwaltung). Statt der bisher separierten Verantwortung der Verwaltungsbereiche geht es um Kooperationsverfahren, bürger- und kundenorientierte Neuzuschnitte und ressortübergreifende Projektarbeit.

Aufbau und Funktionsweise der kommunalen Verwaltungen müssen stärker vom Bürger, vom Kunden her (lebenslageorientiert) gedacht und konzipiert werden. Bürgerinnen und Bürger sind aber nicht nur als Empfänger von Dienstleistungen zu betrachten, sondern deren Aktivität ist ein entscheidender Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Das Subsidiaritätsprinzip schließt die direkte Übernahme von Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung durch die Bürgerschaft ein. Es geht um die Entwicklung zu demokratischen Bürgerkommunen, die sich in die Gesellschaft öffnen, umfangreiche Möglichkeiten und Stimulanzen zivilgesellschaftlicher Beteiligung und Verantwortung sowie einen neuen Mix von professioneller Verwaltung und bürgerschaftlichem Engagement ermöglichen.

All dies wird nur möglich sein, wenn die öffentlichen Institutionen schnelle Fortschritte bei der Nutzung moderner Medien (eGovernment) machen, die Bürgerinnen und Bürger flächendeckend dazu auch Zugang haben sowie die entsprechenden Verbindungs- und Kulturtechniken beherrschen.

■ *Einheit von Landesverwaltungs-, Funktional- und kommunaler Strukturreform.* Um diese deutliche Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der kommunalen Selbstverwaltung zu erreichen, ist die Einheit von Funktional-, Verwaltungs- und kommunaler Strukturreform auf neue Weise zu garantieren.

■ Die bisherigen Reformprozesse der staatlichen Verwaltungen haben nicht konsequent zur *Reduzierung der Verwaltungsstufen* geführt. Statt die Aufgaben der ehemaligen Regierungspräsidien in Verbindung mit einer Funktional- und Kreisgebietsreform in die Regionen zu geben, wurden sie lediglich im Landesverwaltungsamt zusammengeführt. Statt Subsidiaritätsprinzip, Dezentralisierung und Kommunalisierung von Verwaltungsaufgaben sowie umfassender Einbeziehung der Bürgerschaft wurde der umgekehrte Weg beschritten: Zentralisierung und Erweiterung von Verwaltungsaufgaben beim Staat, verbunden mit einem Kompetenzverlust der Kreise. Hier ist eine konsequente Umkehr in die Richtung einer tatsächlichen *Zweistufigkeit der staatlichen Verwaltung* zu erreichen. Die Aufgabenteilung zwischen den Verwaltungsstufen ist am Subsidiaritätsprinzip auszurichten. Die Ministerialverwaltung soll – unter anderem durch Reduzierung auf sieben Ministerien – deutlich gestrafft werden. Die Verteilung

von Personal und Finanzen auf die Verwaltungsstufen muss entsprechend der veränderten Aufgabenwahrnehmung angepasst werden. Beim kommunalen Finanzausgleich sind die gewachsenen Aufgaben und Ausgabeverpflichtungen der Kommunen hinlänglich zu berücksichtigen.

■ Eine weitreichende Funktionalreform zur Übertragung bisheriger Staatsaufgaben auf die kreisliche Ebene setzt *leistungsfähigere Kreise* voraus. *Die Anzahl der Kreise soll auf fünf Kreise reduziert werden*, weil dadurch mehr Aufgaben in den kommunalen Bereich verlagert werden können und der wachsenden Bedeutung auch in den administrativen Strukturen Rechnung getragen wird. Die kreisfreien Städte werden zu starken Oberzentren innerhalb eines Landkreises. Im Grundsatz bilden die Wirtschaftsregionen auch einen Landkreis. Die Regionen Harz, Halle, Anhalt, Magdeburg und die Altmark sollen somit jeweils einen leistungsstarken und europaweit wettbewerbsfähigen Kreis im Regionalzuschnitt bilden. Die vergrößerten Zuschnitte der Landkreise ermöglichen es, Landesaufgaben in die Kreise zu verlagern – beispielsweise die staatliche Schulaufsicht oder die Bildung von Lehrerpools, die Aufgaben der Sozialagentur, die Entscheidungen über EU-Fördermittel für den ländlichen Raum, die Regionalplanung, die Forst- und Landwirtschaftsverwaltung, ebenso die Verlagerung von Aufgaben des Arbeitsschutzes und der Gewerbeaufsicht. Damit können sich die Kreise zu effizienten Bündelungsbehörden vor Ort entwickeln. Das Landesverwaltungsamt wird in dem Maße verzichtbar, wie der Staat sich mit seinen Sonderbehörden aus der Fläche zurückzieht. Das ist eine Form progressiver Entstaatlichung. Sie ist umso tief greifender, je mehr es gelingt, mit der Aufgabenverlagerung auch eine echte Kommunalisierung der Aufgabe zu erreichen.

Wir gehen davon aus, dass sich die Kreisgebietsreform an den Grenzen der bisherigen Planungsregionen orientiert. Der Weg zu den neuen Kreisen führt jetzt über die Erweiterung von Aufgaben, Entscheidungskompetenzen und Budgets für die heutigen Planungsgemeinschaften. Diese sollen vorerst über Institutionen realisiert werden, die im Rahmen der Regionalen Planungsgemeinschaft tätig sind: Regionalkonferenz/ Regionalversammlung, Regionalausschuss, Regionalmanagement, regionale Entwicklungskonzepte und Aktionsprogramme. Sie schließen zugleich die Entwicklung von Verwaltungskooperation zwischen den

gegenwärtig bestehenden Kreisen und kreisfreien Städten ein. Ergebnis der damit entstehenden Kooperationserfahrungen soll im Jahr 2009 die Bildung von fünf großen Regionalkreisen im Lande Sachsen-Anhalt sein.

Die Stadt-Umland-Beziehungen der Städte Halle, Magdeburg und Dessau sind zeitgleich im Gesetz über eine Kreisneugliederung zu regeln. Kreiszuschnitte müssen im Einklang mit den Entwicklungsbedürfnissen der drei Großstädte stehen. Für die Bewältigung der objektiv gegebenen Stadt-Umland-Konflikte sind innerhalb der neu zu bildenden Kreise geeignete Bewegungsformen sowie Konfliktvermeidungs- und -lösungsstrategien zu bestimmen.

■ *Effiziente, demokratische Gemeindestrukturen entwickeln.* Die Reformen der gemeindlichen Verwaltungsstrukturen der Vergangenheit haben entscheidende Defizite dieser Ebene nicht beseitigt – vor allem wurde der zunehmenden Regionalisierung von Aufgaben mit überörtlicher Bedeutung nicht Rechnung getragen. Das wird besonders bei Schulträgerschaften, im Kindertagesstättenbereich und beim Vorhalten kultureller und touristischer Angebote deutlich. Aufgaben von überörtlicher Bedeutung müssen aber auch überörtlich entschieden werden, weil nur so den Voraussetzungen für demokratische Teilhabe und effiziente Aufgabenerfüllung entsprochen, der Verwaltungsaufwand deutlich reduziert und die Aufgaben effizient wahrgenommen werden können.

Beispielsweise ist keinem Wähler zu vermitteln, dass er selbst keinen politischen Einfluss auf kommunale Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Schwimmbäder hat, die von ihm genutzt werden, nur weil sie sich in der Nachbargemeinde befinden. Künftig – ab dem Jahre 2009 – dürfen daher Verwaltungsgemeinschaften nur noch gebilligt werden, wenn die Mitgliedsgemeinden Aufgaben von überörtlicher Bedeutung in die Entscheidungskompetenz der Gemeinschaftsausschüsse verlagern und zugleich die Anzahl der Mitgliedsgemeinden auf maximal sieben begrenzt wird. Das erfordert, innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft selbstbestimmt Gemeindezusammenschlüsse zu bilden. Verwaltungseinheiten auf der Gemeindeebene sollten auf der Basis einer Mindesteinwohnerzahl von 10.000 tätig werden.

■ *Verwaltungspersonal in die Gestaltung der Reformen einbeziehen, strukturelle Wandlungen sozial ver-*

*träglich und gerecht gestalten.* Verwaltungsreformen dieser Tragweite sind nur möglich, wenn innovatives Gestaltungspotenzial des Personals in den öffentlichen Verwaltungen freigesetzt werden kann und damit der Gefahr des Rückzugs auf Bürokratisierung und Konkurrenz entgegengewirkt wird. Gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen sowie mit den Gewerkschaften müssen hierbei Wege gesucht werden, die sich den Wandlungserfordernissen nicht verschließen und zugleich die Interessen der fast 88.000 im unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes beschäftigten Menschen (einschließlich Schulen, Hochschulen, Polizei, öffentliche Krankenhäuser usw. – Stand 2003) einbringen. Das trifft auch für die rund 64.000 Beschäftigten bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden in Sachsen-Anhalt zu.

Erhebliche Umstellungen werden dennoch von allen Seiten abverlangt werden. Personal, das infolge von Umstrukturierungen freigesetzt wird und nicht an anderen Stellen der Verwaltung eingesetzt werden kann, sollte nicht einfach in Pools »aufbewahrt«, sondern in sinnvollen, kreativen Projekten zugunsten der Entwicklung des Landes eingesetzt werden. Die Reform wird auch dann nicht zum Erfolg gelangen, wenn sie lediglich intern in den Verwaltungen angegangen wird, statt sich in die Gesellschaft hinein zu öffnen. Und sie wird sehr schnell an Grenzen stoßen, wenn sie in den Handlungsmustern von traditionellen Parteilobbys bleibt. Politik und Verwaltung müssen quer über die Parteigrenzen offener werden für innovative Ideen, externe Fachleute und die Öffentlichkeit stärker einbeziehen.

■ Auch die Gewährleistung *öffentlicher Sicherheit* verlangt in neuer Weise kooperatives Staatshandeln und kann nicht allein auf die Wahrnehmung von Polizeiaufgaben reduziert werden. Sicherheit verlangt zuerst Vorsorge, also die Bekämpfung von Ursachen, begünstigenden Bedingungen und strukturellen Wurzeln von Kriminalität. Eine gute Politik in den Bereichen Jugend und Bildung, Beschäftigung und Soziales, Familie und Chancengleichheit sowie bei der Integration von MigrantInnen ist die beste Prävention. Mehr öffentliche und persönliche Sicherheit können wir in der Tendenz nicht mit der immer empfindlicheren Einschränkung des hohen Gutes persönlicher Freiheit erreichen. Wahrung der individuellen Freiheitsrechte, wirksame Strafverfolgung und früh ansetzende Prä-

vention müssen neu austariert werden. Die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit verlangt eine bürgernahe, effektiv arbeitende, gut ausgestattete, vor Ort präsente und motivierte Polizei. Notwendig ist eine Polizeistruktur, welche die Polizeireviere und damit die »Polizei in der Fläche« stärkt und bürokratische Strukturen auf der Ebene der Polizeidirektionen reduziert.

■ *Direkte Demokratie erweitern.* Wir bauen auf die Kräfte der Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, wir setzen auf die Selbstorganisationskräfte der Bürgerinnen und Bürger und wissen zugleich, dass wir in die Zivilgesellschaft im wörtlichen und übertragenen Sinne kräftig investieren müssen, um ihre Potenzen zu stärken.

Mehr Partizipation der Bürgerschaft werden wir nur erreichen, wenn auch die Inhalte und Formen direktdemokratischer Verfahren erweitert werden. Alles, wofür das Land Verantwortung trägt – von Bildung über Sicherheit bis zum Landeshaushalt –, gehört in die Entscheidungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Wir treten für einen gesellschaftlichen Dialog mit dem Ziel ein, die Schwellen für direktdemokratische Verfahren auf staatlicher und kommunaler Ebene deutlich zu senken. So sollten Volksentscheide auf Landesebene und Bürgerentscheide auf Gemeindeebene – nachdem sie die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren des Volks- bzw. des Bürgerbegehrens bestanden haben – ohne Quorum zum Erfolg gelangen, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre Stimme gültig abgegeben haben, zugestimmt hat.

■ *Demokratische Offensive gegen Rechtsextremismus.* Der Rechtsextremismus hat eine neue Qualität erreicht. Rechtes Gedankengut ist inzwischen in der Gesellschaft breit verankert und keine alleinige Sache einzelner rechtsextremer oder neofaschistischer Parteien mehr. Wir wollen eine Bürgergesellschaft, die sich entschlossen mit jeglicher Form von Rechtsextremismus bereits im Entstehen auseinandersetzt.

*DIE LINKE* in Sachsen-Anhalt wird sich auch in Zukunft aktiv an breiten demokratischen Bündnissen zur Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Denken und Handeln beteiligen. Gegen Rechtsextremismus hilft vor allem Zivilcourage im Alltag. Für Strukturen, Vereine und Organisationen, die sich dieser Aufgabe stellen, sollen verlässliche Rahmenbedingungen gewährleistet werden.

Die tagtägliche erfolgreiche Auseinandersetzung mit jeder Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus wird jedoch zuallererst davon abhängig sein, ob und wie es der Politik gelingt, die verbreiteten Zukunftsängste der Menschen abzubauen, indem ihnen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben in einer offenen und demokratischen Gesellschaft ermöglicht wird.

■ *Selbstbewusst Länderfusion anstreben.* Wer den Entwicklungsprozessen einer immer dynamischer verlaufenden Regionalisierung und zunehmender Komplexität zu bewältigender Aufgaben gerecht werden will, darf mit seinen Überlegungen nicht an der Landesgrenze stehen bleiben. Die Diskussionen zum Struktur- und Aufgabenwandel öffentlicher Institutionen sind gegenwärtig verstärkt auch auf die Diskussion um einen Zusammenschluss zum Bundesland Mitteldeutschland gelenkt worden. Sachsen-Anhalt sollte selbstbewusst und zielstrebig einen Weg einschlagen, der mittelfristig zu einer Fusion der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen führt. Hierzu ist die »Initiative Mitteldeutschland« neu zu beleben und weiter zu entwickeln. Die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den drei Bundesländern soll transparent, mit parlamentarischer Begleitung und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit geschehen.

*Wir streben die Länderfusion innerhalb der nächsten 10 Jahre, spätestens bis 2020 an.* Damit geben wir den Anspruch auf ein gutes Leben in Sachsen-Anhalt nicht auf – und wir entziehen uns auch nicht der Verantwortung der Politik dafür. Die mitteldeutsche Länderfusion ist im Gegenteil eine große Herausforderung für Innovation und soziale Gestaltung im heutigen Bundesland Sachsen-Anhalt und eine große Chance für Innovation und sozialer Gestaltung des Lebensraums Sachsen-Anhalt in einem künftigen gemeinsamen Bundesland. Um diese Chancen zu nutzen, wollen wir als starkes Land in diese Vereinigung gehen, das bereits die wichtigsten Weichen zur Zukunftsfähigkeit nachhaltig gestellt hat.

### **Öffentliche Finanzen, Modernisierung von Haushaltsrecht und Förderkulisse**

Ein verantwortbarer Umgang mit dem Haushalt, der Konsolidierung und Gestaltung gleichermaßen beinhaltet, ist die Voraussetzung für die Realisierung der in diesem Programm dargelegten Ziele. Das erfordert nachgerade die Beantwortung der Frage, welche öf-

fentlichen Aufgaben Bund, Länder und Kommunen zukünftig für ihre Bevölkerung erfüllen wollen und welche Finanzen dafür benötigt werden. Insbesondere weil wir wissen, dass in den nächsten Jahren der Haushaltsumfang des Landes aufgrund demografischer Entwicklungen, des Auslaufens von Solidarpakt II, sinkender Steuereinnahmen und geringerer EU-Einnahmen stark schrumpfen wird, müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, Haushaltsstrukturen zugunsten *zukunftsorientierter und nachhaltiger Aufgabenpolitik* zu verändern.

Haushaltsstrategisch müssen wir von der kleinteiligen Sicht auf einzelne Haushaltsposten – separiert durch die Haushaltshoheit der einzelnen Ministerien – wegkommen und uns fragen, wo die wirklichen *Schwerpunkte für die Entwicklung des Landes* liegen. Aus unserer Sicht liegen sie vor allem in der Entwicklung des Humanpotenzials (Bildung) und in der Entwicklung innovativer Räume.

Konsolidieren und »Sparen an sich« ist genauso wenig ein Ziel innovativer Haushaltspolitik wie »Mehr Geld ausgeben« für bestimmte Bereiche. *Prioritätensetzung und Synergieeffekte* stehen deshalb bei den Ausgaben für uns an oberster Stelle, wenn es um die künftige Haushaltspolitik geht. Um Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung des Landes wirksam betreiben zu können, kann es erforderlich sein, mittelfristig eine *moderate Verschuldung* zu verantworten, wenn die dadurch mehr zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden *für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit*. Setzt sich bundespolitisch der Kurs auf Steuerdumping und radikale Senkung der Staatsquote fort, kann eine solche Entwicklung sogar zwingend sein. Entscheidend für die politische Bewertung haushaltspolitischer Eckpunkte im Land und in den Kommunen sind die Perspektiven und Chancen der Bürgerinnen und Bürger.

Ohne *Mitwirkung der kommunalen Ebene* ist eine Wende in der Haushaltspolitik nicht zu gestalten, sie ist ohne sie auch nicht denkbar, da ein nicht unwesentlicher Teil der Bildungsausgaben, insbesondere für vorschulische und schulische Bildung, den kommunalen Bereich betreffen. Wir werden uns nachhaltig für eine Demokratisierung von Haushaltspolitik einsetzen. Dabei sind partizipative *Bürgerhaushalte* ein wichtiger Schritt, um die Teilhabe und aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gerade auch in Zeiten knapper Kassen zu befördern.

Eine Neuorientierung der Finanzpolitik in unserem Land muss einschließen, auf der *Bundesebene* Veränderungen der Finanz- und Steuerpolitik einzufordern. Insbesondere durch die Absenkung der Einkommenssteuer und durch die geänderte Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften verminderten sich die Haushaltseinnahmen Sachsen-Anhalts in den vergangenen Jahren um hunderte Millionen Euro, die für den Einsatz zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes fehlen. Wir können einer Finanzpolitik nicht zustimmen, die für Großunternehmen enorme Geschenke bereithält und darüber nachdenkt, wie über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor allem Geringverdienende und Einkommenschwache erneut stärker belastet werden. *DIE LINKE* hat ein Steuerkonzept vorgelegt, in dem eine Steuerpolitik gefordert wird, die es Bund, Ländern und Kommunen gestattet, die Mittel einzunehmen, die zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge notwendig sind und dem Kriterium der sozialen Gerechtigkeit genügen.

Haushaltsaufstellung und Ausgabenpolitik im Land sollten sich künftig durch eine Reihe von Neuansätzen auszeichnen:

- *Bildungsquote* statt alter Investitionsquote: Über Sinn und Inhalt von Zukunftsinvestitionen ist neu nachzudenken. Bisher werden Ausgaben für Bildung und Wissenschaft als konsumtive Ausgaben angesehen, allein Ausgaben für materialisierte Anlagevermögen und Infrastruktur gelten als wertschöpfend. In einer wissensbasierten Gesellschaft wie der unseren entscheiden aber bereits heute und zukünftig die Ausgaben im Bereich Bildung maßgeblich über wirtschaftliches Wachstum und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Daher sehen wir den Bereich der Bildung und der Entwicklung des Humanpotenzials als den zukünftig wichtigsten und entscheidenden für eine nachhaltige Entwicklung Sachsen-Anhalts und seiner Kommunen an. Der bisherige Begriff einer Investitionsquote ist nicht mehr in der Lage, als Ausdruck einer zukunftsorientierten Haushaltspolitik zu dienen. Wir wollen die Investitionsquote durch eine *Bildungsquote* ersetzen.

Die Berechnung der Bildungsquote, in die sämtliche Ausgaben des Staates für Bildung und Forschung einfließen, legt offen, wie hoch der Anteil öffentlicher Haushalte für Bildungsausgaben sein sollte, um Wert-

schöpfungsprozesse nachhaltig und zukunftsorientiert zu beeinflussen. Dieser Ansatz wird jedoch nur dann als schlüssig gelten können, wenn Ausgaben im Bildungsbereich nicht vorrangig als individuelle (z. B. Studiengebühren), sondern als *gesellschaftliche Investitionen* betrachtet und akzeptiert werden.

Bildungsinvestitionen wirken nur langfristig entlastend auf öffentliche Haushalte. Es kann nicht sichergestellt werden, dass sie dem »Investor« selbst (z. B. Bundesland) unmittelbar zugute kommen. Auch deshalb ist eine qualifizierte und intensive öffentliche Diskussion erforderlich.

Die Bildungsquote, die derzeit bei knapp 23 Prozent des gesamten Landeshaushalts liegt, muss in den nächsten Jahren auf etwa 25 Prozent und bis 2020 auf 30 Prozent des Gesamthaushalts angehoben werden. Es muss dabei gelingen, eine ausgewogene, auf längere Sicht stabile Finanzierungsgrundlage für alle Bildungsbereiche – von der vorschulischen Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung – zu gewährleisten. Derzeit gibt es erhebliche Disparitäten. Während die Finanzierung vorschulischer Bildung zu wachsenden Anteilen den Kommunen und Erziehungsberechtigten übertragen wird, steigen die vom Land zu finanzierenden Aufwendungen für einen schulischen Ausbildungsplatz, die eingesetzten Landesmittel pro Studierenden sind rückläufig.

Auch bei einer Anhebung der Bildungsquote um zwei Prozent in den nächsten Jahren ist bei sinkendem Gesamthaushaltsvolumen der Effektivität der eingesetzten Mittel vor allem in der allgemeinen Schulbildung große Aufmerksamkeit beizumessen.

■ *Verantwortung der regionalen und kommunalen Ebene über den Einsatz ihrer Mittel erweitern.* Der Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen ist zukünftig so zu gestalten, dass aufgrund einer zielgerichteten Änderung des Verhältnisses zwischen Zweck- und pauschalen Zuweisungen die Kommunen tatsächlich in die Lage versetzt werden, eigenständig Prioritäten auf ihrer Ebene festzulegen, und nicht unter dem Diktat der Zweckbindung gefesselt bleiben. Der Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen wird in Zukunft zugleich Differenzierungen einschließen müssen, die sich nicht allein an der Bevölkerungszahl, sondern auch an den übernommenen Aufgaben orientieren. Geht man davon aus, dass bei Kreisgebiets- und Gemeindeverwaltungsreformen bestehende Kompetenzzentren erhalten bleiben und nicht einfach in Zentren zusammen-

gefasst werden sollen, wird dies über differenzierte Finanzverteilungssysteme für die Gemeinden zu berücksichtigen sein. Seitens des Landes sind gesetzlich fixierte, verbindliche Mitsprache- und Beteiligungsrechte für die Kommunen bei allen staatlichen Normensetzungsverfahren zu gewähren.

Ein Teil der bisher durch das Land zentral verteilten Fördermittel sollte in Regionalbudgets und damit in die Verantwortung der Planungsgemeinschaften übergehen.

■ *Modernisierung der Förderkulisse.* Wir benötigen eine Förderpolitik, die innovative Entwicklungen mit der Perspektive von mehr Wertschöpfung, Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Arbeitsplätzen in den Regionen verbindet. Dabei bedarf es neben dem konsequenten Zusammenführen und Straffen von Förderprogrammen und -instrumenten und ihrer Konzentration bei der Investitionsbank als Förderbank des Landes einer ständigen Evaluierung und Untersuchung jeglicher Entscheidungen und langfristiger Investitionen auf ihre Wirkungen und ihre Folgekosten. Nötig ist eine *neue Organisationskultur* der Förderstrukturen, die durch Koordination und Transparenz der Verfahren sowie eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten gekennzeichnet ist. Der Prozess der Wirtschaftsförderung muss zur *wissensbasierten Dienstleistung* umgebaut werden. Wirtschaftsförderung soll stärker an der Förderung *marktorientierter Unternehmensnetzwerke* ausgerichtet sein (kooperative Lösungen zur Entwicklung, Herstellung und Vermarktung neuer Produkte; Netzwerklogistik). Förderprogramme müssen zu einer überschaubaren Zahl zusammengefasst werden. Von besonderer Bedeutung ist die Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung in den Regionen unseres Bundeslandes.

■ Sinnvoll ist es, das Bürgschaftssystem im Lande – unter Beachtung des europäischen Regelwerks – zu erweitern und Fördersysteme daraus, etwa zur Unterstützung des Zugangs zum Kreditmarkt, umzustellen. Auf diesem Weg könnten zudem Barmittel eingespart und in andere Bereiche umgelenkt werden. Ein solches Bürgschaftsprogramm könnte aufgelegt werden, um der anhaltenden Verschlechterung der Eigenkapital-situation einheimischer Unternehmen zu begegnen und drohende Insolvenzen zu vermeiden. Denkbar wäre ein Programm »Investitionshilfen für Klein- und mittelständische Betriebe sowie freie Berufe«, das bei nicht



ausreichend vorhandenen banküblichen Sicherheiten Unterstützung zur Überwindung der zweiten Investitionsschwelle sowie bei Betriebsübergängen gibt. Die Bürgschaftshöhe könnte 90 bis 100 Prozent des Kreditbetrags betragen – bei einer maximalen Höhe von einer Mio. Euro und einer Laufzeit von in der Regel zehn Jahren. Der Umfang des Bürgschaftsfonds beläuft sich auf insgesamt 80 Mio. Euro.

■ Innovative Existenzgründungen im Bereich der Kammern bedürfen einer spezifischen Unterstützung durch die öffentliche Hand. Auch Gründungswillige scheitern mit ihrer Finanzierung häufig an den Regelungen der Banken. Es muss darum gehen, möglichst viele innovative Ideen zur Existenzgründung, die in Sachsen-Anhalt geboren wurden, auch im Land zu behalten und umzusetzen. *Gepprüft werden sollte, ob die Einrichtung eines spezifischen Risikokapitalfonds* den Interessen innovativer Existenzgründer besser entsprechen könnte. Sinnvoll erscheinen auch »Bürgschaften für Existenzgründer«: Die Existenzgründerförderung könnte auf Bürgschaften unter Beachtung der vorhandenen KfW-Programme des Bundes umgestellt werden. Die Bürgschaftshöhe würde hier 90 bis 100 Prozent betragen – bei einer Laufzeit von maximal acht Jahren. Der Umfang des Fonds könnte bei 80 Mio. Euro liegen, wobei das Land gleichzeitig auf eine Barfinanzierung von Existenzgründungen verzichtet.

Einer gründlichen Überprüfung bedarf die *Finanzierung der Technologie- und Gründerzentren* bzw. vergleichbarer Einrichtungen. Die Aufgabe, innovativen Existenzgründungen optimale Perspektivchancen zu geben, gerät vor dem Hintergrund betriebswirtschaftlicher Eigensicherung allzu oft aus dem Blickfeld. Wichtig ist ihre Einbindung in die gesamte Wertschöpfungskette.

Die Landes- und insbesondere die Förderungspolitik müssen deutlicher als bisher an den konkreten Stärken und Schwächen der einzelnen Teilräume orientiert sein und mithin verstärkt regional differenzierende Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung vorsehen und stärker als bisher die räumlichen Entwicklungsaktivitäten unterstützen. Dabei setzen wir folgende Orientierungen:

– Erhaltung und Ausbau von regionalen Strukturentwicklungsinvestitionen sind oftmals bei knapper werdenden Finanzen vernünftiger als die Installation neuer

Entwicklungsvorhaben. Es bedarf eines Paradigmenwechsels in der regionalen Strukturförderung. Das Konzept der zentralörtlichen Gliederung des Landes und der Regionen gehört auf den Prüfstand. Die einfache planerische Ausdünnung zentraler Orte, in denen in Zukunft alle lokal übergreifende Daseinsvorsorge der Menschen konzentriert wird, ist mit intelligenten regionalen Schrumpfungs- und Stabilisierungskonzepten nicht vereinbar. Die Bewältigung der demografischen Ausdünnung von schwach oder ländlich strukturierten Regionalräumen besteht nicht immer in mehr Zentralität, sondern oft auch in mehr koordinierter Dezentralität.

– Mit dem umfassenderen Ziel der Stärkung und Bildung innovativer Räume lassen sich konkret Vorschläge zu einer *differenzierten Ausrichtung der Regionalpolitik an Entwicklungskernen* aufgreifen. Das betrifft die Konzentration auf bereits vorhandene branchenspezifische und branchenübergreifende Netzwerk- und Innovationsstrukturen; zugleich die allgemeine, branchenneutrale und nicht zwischen einzelnen Regionen differenzierende Förderung von Unternehmensnetzwerken sowie der unternehmerischen Forschung und Entwicklung insbesondere für KMU; die regionale Bündelung von Förderinstrumenten und Weiteres.

Alles in allem muss bei der Haushaltsführung von der kameralistischen auf eine Sicht nachhaltiger wirtschaftlicher Vernunft umgestellt werden. Statt der Fixierung auf Jahresscheiben braucht auch der Landeshaushalt eine Übersicht über Vermögen, Belastungen und Entlastungen. Entlastungen von heute müssen gegen ihre Folgen abgewogen werden: So bringen Massenverbeamtungen zwar momentan eine Entlastung bei den Sozialabgaben – doch als Pensionslasten kehren sie über die Jahre und Jahrzehnte wieder in die Haushalte zurück. Public-Private-Partnership- und andere Mietkaufmodelle entlasten den Haushalt aktuell von Investitionskosten, binden die öffentliche Hand aber ebenfalls langfristig – nicht an die Bank, aber an den Investor, und um den Preis, die Investition zwar zu nutzen, aber zunächst nicht zu besitzen. Kredite sind eben nicht an sich ein Problem – es kommt darauf an, ob und wie sie sich volkswirtschaftlich und gesellschaftlich amortisieren. Auch deswegen ist der Weg einer degressiven Verschuldung zu bevorzugen – und willkürliche Festlegungen für ein Ende der Verschuldung sind nicht nur in der Regel unrealistisch, sondern auch politisch kontraproduktiv.

## Allianz für ein innovatives Sachsen-Anhalt

»Sachsen-Anhalt 2020« – das ist ein *Entwicklungskonzept für unser Land*. Es ist kein Parteiprogramm der Linkspartei, kein Wahlkampfpapier, sondern sucht Antworten auf die Frage: Wie sieht ein Land aus, das aus einer neuen Innovations- und Reformpolitik entsteht. Es ist deshalb ein *strategisches Angebot an alle*, denen es um die Zukunft unseres Landes geht. Die Vision eines innovativen und sozial stabilen Landes liegt im Interesse der großen Mehrheit der sachsen-anhaltischen Bürgerinnen und Bürger – vom Arbeitnehmer und Sozialarbeiter bis zum Unternehmer, vom Berufsschüler oder Abiturienten bis zum Rentner, vom Großstädter in Magdeburg bis zum Dorfbewohner in der Altmark. Dieses Konzept bietet Chancen zur Beteiligung und erfordert Beteiligung.

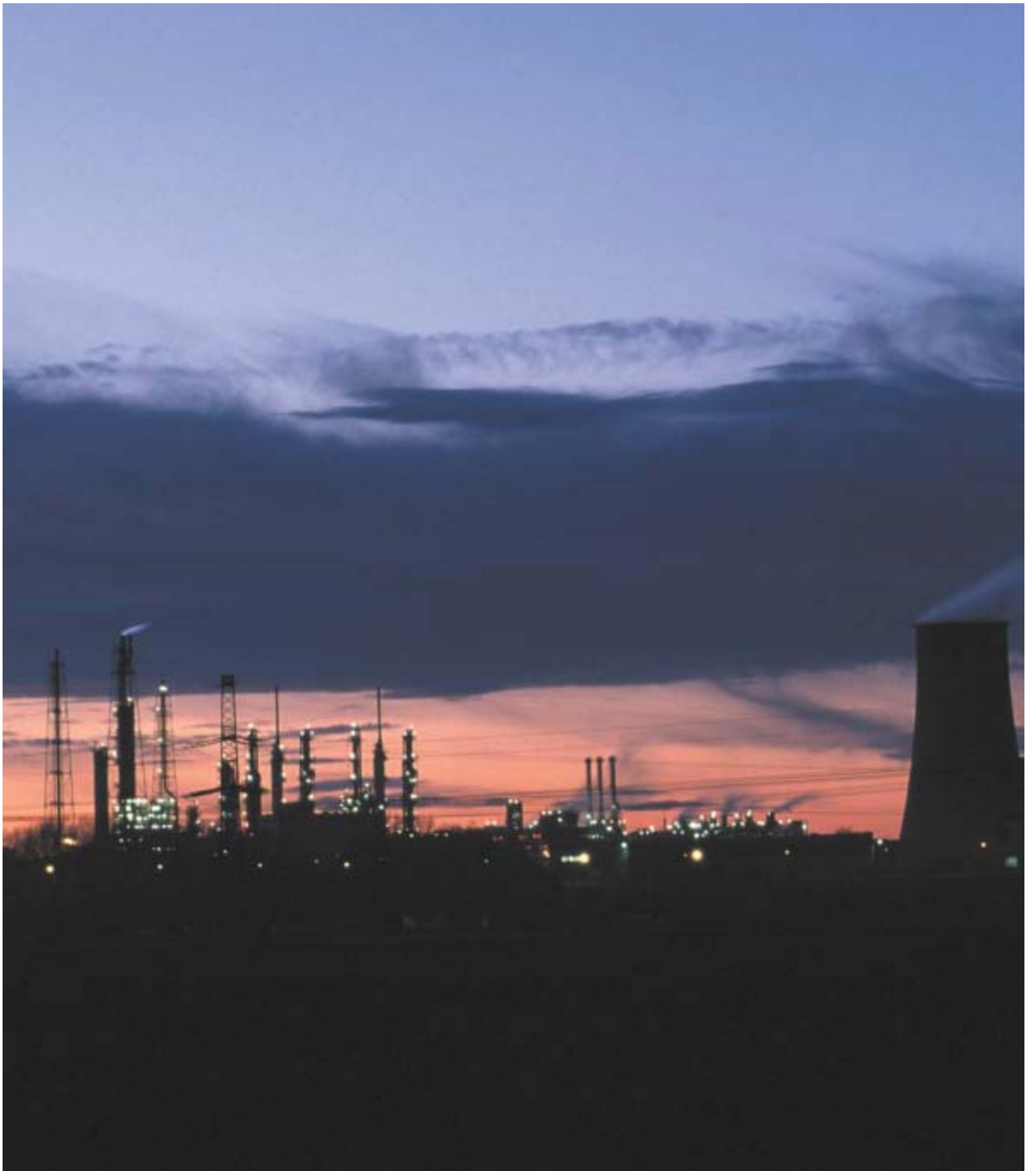
Die Visionen für unser Land, die Wege zu ihrer Verwirklichung werden unterschiedlich sein und werden unterschiedlich gesehen. Dies ist in einer pluralistischen Gesellschaft ganz selbstverständlich. Wir gehen deshalb davon aus, dass auch zu unserem strategischen Angebot ein *breiter gesellschaftlicher Dialog erforderlich, wünschenswert und möglich ist*. Zukunft durch Innovation kann weder auf schon beantwortete Fragen setzen, noch lassen sich tragende Akteure einfach »mitnehmen«. Innovation ist kein exklusives Konzept, sondern muss gemeinsam erarbeitet und durchgesetzt werden: Es ist »das Einfache, das schwer zu machen ist«. Wir setzen auf die selbstbewusste Beteiligung der Menschen in unserem Land, weil es um nicht weniger geht als um unsere gemeinsame Perspektive.

»Sachsen-Anhalt 2020« ist ein *Gestaltungskonzept* für die Zukunft unseres Landes. Es kommt aus der Mitte unseres Landes, nicht »von oben« und auch nicht von außen. Wir unterbreiten mit diesem Strategieangebot keinen »Masterplan«, keine Projektplanung, die nur noch umgesetzt zu werden brauchte. Das wäre mit einem Verständnis von gesellschaftlicher Innovation nicht zu vereinbaren. Wir setzen auf den Wettbewerb der Ideen, auf Lernprozesse und damit auf Korrekturen, Präzisierungen und konkrete Ausgestal-

tungen. Gestaltung statt Anpassung bedarf der breiten Aktivierung so unterschiedlicher Akteure wie jener eines kooperativen Staates, von handlungsfähigen Kommunen, einer Zivilgesellschaft, von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen. Niemand will und kann den Wettbewerb der Parteien außer Kraft setzen. Er sollte aber über die enge Sicht der eigenen Parteiklientel hinausgehen und sich an den Zukunftsfragen unseres Landes ausrichten. Parteipolitik muss Bürgerpolitik sein.

Das Besondere an diesem Gestaltungskonzept ist: *Es zielt im Kern auf Innovation* – im wissenschaftlich-technischen wie im umfassenden gesellschaftlichen Sinne. Deshalb fordert es besonders das Engagement der Fachhochschulen, Universitäten und wissenschaftlichen Institute, der Technologie- und Gründerzentren, der Unternehmen der Wissensindustrie, qualifizierter Facharbeiter und vieler anderer heraus, die über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft in der sich entwickelnden Wissensgesellschaft nachdenken. Herausgefordert sind bei einer solchen Strategie ebenso die Kammern, wirtschaftsfördernde Einrichtungen, regionale Agenturen. Mit den umfassenden Gestaltungsansprüchen können Kirchen, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, kulturelle Akteure, Medien und eine breite Öffentlichkeit ihre Erfahrungen und Interessen einbringen und einen wichtigen Beitrag leisten. Wir ziehen keinerlei Grenzen entlang politischer, religiöser, ethnischer Unterschiede. Parteienbindungen sind demgegenüber zweitrangig. Es ist die Breite unseres Innovationskonzepts, mit dem sich Beteiligungschancen ergeben. Gerade diese ist einer marktzentrierten Innovationsrhetorik fremd. Innovation heißt nicht Ausschluss, sondern Integration.

Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen lautet: Trotz und gerade wegen der schwierigen Lage unseres Landes brauchen wir einen Stimmungswechsel, der auf Zukunft baut. Nicht wenige in unserem Land haben sich zwar schon auf den Weg aktiver Gestaltung begeben. Aber viele haben sich in stumme Verweigerung zurückgezogen, enthalten sich sozialer und politischer



Proteste, verweigern Partizipation und artikulieren selbst ihr Missvergnügen nicht. Eine Veränderung im Land setzt eine Veränderung im Denken voraus. Nur wenn wir gemeinsam die Resignation überwinden und eine neue Aufbruchstimmung erzeugen, gerät politisch etwas in Bewegung und kann unser Land seine Aufgaben lösen. Eine neue politische Öffentlichkeit ist die wichtigste Voraussetzung für eine emanzipatorische Innovations- und Reformpolitik. Eine solche Politik für unser Land muss auf die integrative Kraft und befreiende Wirkung von öffentlichem Konflikt, Widerspruch und Streit setzen. Grundlegend sind dabei, trotz aller Interessen- und Wertekonflikte, Respekt vor und Anerkennung des anderen. Wir setzen auf eine Kultur sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe aller.

*Wir trauen Sachsen-Anhalt Zukunft zu* und wollen diese mit einer neuen und von einer breiten Bürgerallianz getragenen Politik gestalten. Um Zukunft für Sachsen-Anhalt zu gewinnen, ist es zwingend, dass soziale und politische Kreise, Milieus und Gruppen in eine lebendige und produktive Beziehung treten, ergebnisorientiert kooperieren – auch solche, die bislang dafür wenig Anlass sahen oder Gelegenheit dazu hatten. Viele Probleme werden allein und nur aus dem Land heraus nicht zu lösen sein. Dennoch – wir stehen in einer besonderen Verantwortung für unser Land. Wir schließen dabei unser Land nicht ab, wir suchen den Dialog, die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus.

Wir brauchen eine Allianz für ein innovatives und sozial stabiles Sachsen-Anhalt.

#### Impressum

Herausgeber:  
Die Linkspartei.PDS  
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6–9 · 39104 Magdeburg  
Telefon: 03 91/5 60 50 03 · Fax: 03 91/5 60 50 08  
fraktion@pds.lt.lsa-net.de  
www.linkspartei-pdslsa-lt.de

Autoren:  
Wulf Gallert  
Frank Berg, Thomas Koch, Rudolf Woderich,  
Manfred Thomas (Brandenburg-Berliner Institut  
für Sozialwissenschaftliche Studien BISS e. V.),  
Thomas Falkner

Besonderer Dank gilt den Arbeitskreisen  
der Fraktion der Linkspartei.PDS  
im Landtag Sachsen-Anhalt für ihre Unterstützung.

Fotos:  
transit ARCHIV, Leipzig; Thomas Kläber (S. 4)

Diese Veröffentlichung der Fraktion der  
Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt  
dient ausschließlich der Information. Sie darf  
während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke  
der Wahlwerbung verwendet werden.

Gestaltung:  
TRIALON Marketing & Kommunikation GmbH, Berlin

© Die Linkspartei.PDS  
Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, 2005



